

WIFO

A-1103 WIEN, POSTFACH 91
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**AUSWIRKUNGEN DER
EU-ERWEITERUNG AUF DIE
WIRTSCHAFT ÖSTERREICHS**

WILFRIED PUWEIN (KOORDINATION)

Februar 2002

AUSWIRKUNGEN DER EU-ERWEITERUNG AUF DIE WIRTSCHAFT ÖSTERREICHS

WILFRIED PUWEIN (KOORDINATION),
FRITZ BREUSS, PETER HUBER, PETER MAYERHOFER,
GERHARD PALME, FRITZ SCHEBECK,
JAN STANKOVSKY

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Vereinigung der Österreichischen Industrie mit Unterstützung der Österreich-Plattform

Begutachtung: Fritz Breuss, Peter Mayerhofer
Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi,
Gabriele Wellan

Februar 2002

INHALTSVERZEICHNIS

NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSRÄUME WERDEN WIEDER VEREINT	1
1. Problemstellung	1
2. Integration bringt mehr Wohlstand für den gesamten Wirtschaftsraum	2
3. Wechselhafte Handelsbeziehungen zwischen 1920 und 1989	4
4. Aufschwung des Osthandels seit 1989	9
OSTÖFFNUNG UND IHRE ÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN AUF ÖSTERREICH	19
1. Die MOEL – Ein neuer Wachstumsmarkt	20
2. Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Ostöffnung	23
MAKROÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN DER EU-ERWEITERUNG AUF ALTE UND NEUE MITGLIEDER	29
1. Integrationseffekte	29
1.1 Handelseffekte	33
1.2 Binnenmarkteffekte	35
1.3 Faktorwanderungen	37
1.4 Kosten der Erweiterung für die EU – Nutzen für die MOEL	38
2. Gesamtbewertung	40
SEKTORALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT	49
1. Sachgüterproduktion	50
2. Dienstleistungen	53
3. Landwirtschaft	55
4. Regionale Wettbewerbsfähigkeit	56
ARBEITSMARKTWIRKUNGEN	61
1. Ausmaß des Zustroms	61
2. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen	62
3. Siedlungsmuster ausländischer Beschäftigter	62

VERKEHR	65
DIREKTINVESTITIONEN IN OSTEUROPA	69
1. Problemstellung	69
2. Bedeutung der Direktinvestitionen für Wirtschaftspolitik und Unternehmen	70
3. Österreichische Direktinvestitionen im Ausland	71
3.1 <i>Rückstand Österreichs bei aktiven Direktinvestitionen</i>	71
3.2 <i>Derzeitige Situation</i>	72
3.3 <i>Österreichs Direktinvestitionen im internationalen Vergleich</i>	74
4. Direktinvestitionen in Osteuropa	76
4.1 <i>Überblick</i>	76
4.2 <i>Ungarn und Tschechien wichtigste Zielländer im Osten</i>	77
4.3 <i>Langfristige Positionsverluste im Osten nur teilweise aufgeholt</i>	80
4.4 <i>Ostinvestitionen vor allem in Industrie und Banken</i>	82
4.5 <i>Österreichische Osteuropazentralen</i>	83
5. Ausblick: Bedeutung der EU-Osterweiterung für österreichische Direktinvestitionen	85
ZUSAMMENFASSUNG	87
Literaturhinweise	91

AUSWIRKUNGEN DER EU-ERWEITERUNG AUF DIE WIRTSCHAFT ÖSTERREICHS

WILFRIED PUWEIN (KOORDINATOR), FRITZ BREUSS, PETER HUBER, PETER
MAYERHOFER, GERHARD PALME, FRITZ SCHEBECK, JAN STANKOVSKY

NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSRÄUME WERDEN WIEDER VEREINT

WILFRIED PUWEIN UND JAN STANKOVSKY

1. Problemstellung

Die EU verhandelt mit den zehn mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien sowie mit Zypern und Malta über deren Beitritt zur Union. Die nunmehr anstehende fünfte Erweiterung der EU gestaltet sich wesentlich schwieriger als die bisherigen Runden. Es geht dabei um die Integration von Ländern mit zusammen über 100 Mio. Menschen, die, abgesehen von Zypern und Malta, über ein halbes Jahrhundert hinweg von Westeuropa durch den Eisernen Vorhang getrennt waren. Die frühere staatswirtschaftliche Ordnung hinterließ in diesen Ländern nicht nur ungelöste ökonomische Probleme, sie erklärt auch eine zum Teil noch heute vorhandene andere sozioökonomische Denkweise ihrer Bürger.

Für die österreichische Wirtschaft bedeutet der bevorstehende EU-Beitritt der MOEL eine besondere Herausforderung. Die gemeinsame Grenze mit den MOEL bildet fast die Hälfte der österreichischen Staatsgrenze. Österreich war bis 1918 mit Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien und Teilen Polens und Rumäniens in einem "Binnenmarkt" unter Habsburgs Krone vereint. Auch nach der Auflösung der Donaumonarchie konzentrierte sich der Außenhandel Österreichs stark auf diese Länder. Erst die politische Entwicklung nach 1945 führte zu einer wirtschaftlichen Desintegration. Die Westöffnung und die

stufenweise EU-Assoziierung der MOEL nach 1989 brachte wieder eine Intensivierung der Handelsbeziehungen. Die Integration der MOEL in einen gemeinsamen Binnenmarkt wird deren wirtschaftliche Verflechtung mit Österreich verstärken.

Aus österreichischer Sicht zählen die Themen Migration, Transitverkehr und Landwirtschaft zu den sensiblen Bereichen der EU-Erweiterung:

- Die Löhne in den Beitrittsländern liegen heute zumeist bei einem Fünftel der österreichischen Löhne; dies und der höhere Sozialstandard könnten eine stärkere Zuwanderung auslösen.
- Die kürzesten Verkehrsverbindungen zwischen den nordöstlichen Beitrittsländern und Italien sowie den südöstlichen Beitrittsländern und Westeuropa verlaufen durch Österreich. Die EU-Erweiterung wird den Handelsverkehr zwischen den MOEL und Westeuropa beleben. Die mit dem Beitritt verbundene Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs lässt erwarten, dass ein Großteil des Transportzuwachses auf der Straße transportiert werden wird.
- Österreich wird als relativ reiches EU-Land nicht nur die Lösung der Agrarprobleme der MOEL mitfinanzieren, sondern auch die Kosten der Regional- und Strukturverbesserungsprogramme der EU mittragen.

Die EU-Erweiterung erleichtert aber auch der heimischen Wirtschaft den Zugang zu einem großen Absatzmarkt. Das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften kann sowohl durch Investitionen in den MOEL, als auch durch den Ausbau der Produktionskapazitäten in Österreich genutzt werden. Erfahrungsgemäß profitieren innerhalb der EU die unmittelbaren Nachbarländer der neuen Beitrittsländer vom Integrationsprozess am stärksten.

2. Integration bringt mehr Wohlstand für den gesamten Wirtschaftsraum

Die EU-Erweiterung ist eine Investition in die Zukunft Europas. Von dieser Investition werden Frieden, Freiheit, Stabilität und Sicherheit erwartet. Sie beschleunigt aber auch das wirtschaftliche Wachstum in der gesamten EU.

Die Handelsbeziehungen der MOEL waren bis 1989 auf die Mitgliedsländer des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ausgerichtet. Dieser von der Sowjetunion dominierte Wirtschaftsraum löste sich 1991 auf. Die EU schloss bereits 1989/90 mit den meisten MOEL Handels- und Kooperationsabkommen ab. Im Rahmen von Interims- und Assoziationsverträgen ("Europaabkommen") wurden der Außenhandel mit Industriegütern liberalisiert und die Zollsätze gesenkt. Die Europaabkommen brachten auch einige Erleichterungen für den Agrarhandel. Seit 1993 sind rund 50% des Industriewarenhandels zollfrei. Die Zölle und Quoten für verschiedene sensible Güter, Kohle und Stahl sowie für Textilien und Bekleidung wurden 1997 endgültig beseitigt. Bereits die schrittweise Assoziierung führte zu einem kräftigen Wachstum der Handelsbeziehungen zwischen der EU und den MOEL.

Die Integration der MOEL in den Binnenmarkt wird die wirtschaftlichen Beziehungen weiter verstärken. Die MOEL kommen in den Genuss der vier Freiheiten und werden in die Gemeinschaftspolitiken eingebunden (gemeinsame Handelspolitik, gemeinsame Agrarpolitik, gemeinsame Wettbewerbspolitik, Regionalpolitik usw.). Die Integration hat verschiedene Effekte, die zu einer Ausweitung des Handels zwischen den Mitgliedsländern führen (Breuss, 1999):

- Produktionen werden in Länder mit besseren Produktionsvoraussetzungen verlagert und dort konzentriert (im Sinne einer optimalen Ressourcenallokation zu einem bestimmten Zeitpunkt kommt es zu einer verstärkten Arbeitsteilung).
- Handelsströme werden von Drittländern zu den Mitgliedsländern umgelegt.

Neben diesen *statischen Handelseffekten* kommt es auch zu verschiedenen Wirkungsketten, die *dynamische Effekte* auslösen:

- Der freie Kapitalverkehr und das verminderte Investitionsrisiko im Binnenmarkt lässt Standortvorteile wirksamer werden. Investitionen werden verlagert.
- Vermehrte Investitionen erhöhen die Kapitalausstattung und damit auch die Produktivität.
- Der größere Wettbewerbsdruck erhöht im Inland die Wettbewerbsintensität. Der Monopolgrad der heimischen Produktion wird verringert. Dies führt zu einer Senkung des Preisniveaus bzw. zu einer Erhöhung der Konsumentenrente. Sowohl die mit Preis-

senkungen verbundene Nachfragesteigerung im Inland als auch der vergrößerte Absatzmarkt im Ausland fördern die inländische Produktion; es lassen sich economies of scale nutzen.

Die Integration bewirkt letztlich eine verbesserte Kapital- und Arbeitsproduktivität. Eine höhere Produktivität senkt Kosten, niedrigere Kosten führen zu niedrigeren Preisen, höheren Reallöhnen bzw. größeren Gewinnen. Das verbesserte Realeinkommen vermehrt die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Größere Gewinne steigern die Investitionen, die ebenfalls Produktionen und Beschäftigung in vielen Wirtschaftsbereichen schaffen. Insgesamt nimmt also die Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu, damit steigt auch die Produktion.

Die Integration ist also kein Nullsummenspiel, bei dem ein Land nur das bekommt was einem anderen Land genommen wird. *Adam Smith* wies in seinem ökonomischen Hauptwerk "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" (1776) auf die längerfristige Wirkung von Investitionen in ärmere Länder hin: "Ein wohlhabender Mann ist wahrscheinlich ein besserer Kunde für die arbeitsamen Leute in seiner Nachbarschaft als ein ärmerer; genau das Gleiche gilt auch für ein reiches Land".

3. Wechselhafte Handelsbeziehungen zwischen 1920 und 1989

Österreich und die MOEL Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien sowie Teile Polens und Rumäniens, waren bis 1918 in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie vereint. Die Habsburger-Monarchie repräsentierte ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, welches gegenüber der ausländischen Konkurrenz durch Zölle geschützt war.

Über die Binnenhandelsströme zwischen den Kronländern der Monarchie existieren keine Statistiken, ihre Intensität lässt sich erst nach dem Zerfall der Monarchie aufgrund der Außenhandelsstatistiken der Nachfolgestaaten abschätzen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass nach 1918 eine Fülle von Maßnahmen gesetzt wurde, um die enge Verbindung zwischen den Nachfolgestaaten zu lockern (*Butschek*, 1993). So erfolgte zunächst 1919 ein Verbot des regulären Handels zwischen Österreich und den anderen Nachfolgestaaten. Die Friedensverträge von St. Germain und Trianon untersagten eine gegenseitige Mehrbegünstigung und verpflichteten zur einseitigen Mehrbegünstigung der Entente-Staaten. Die Ver- und Gebote wurden durch den Abschluss von "Kompensationsverträgen" und

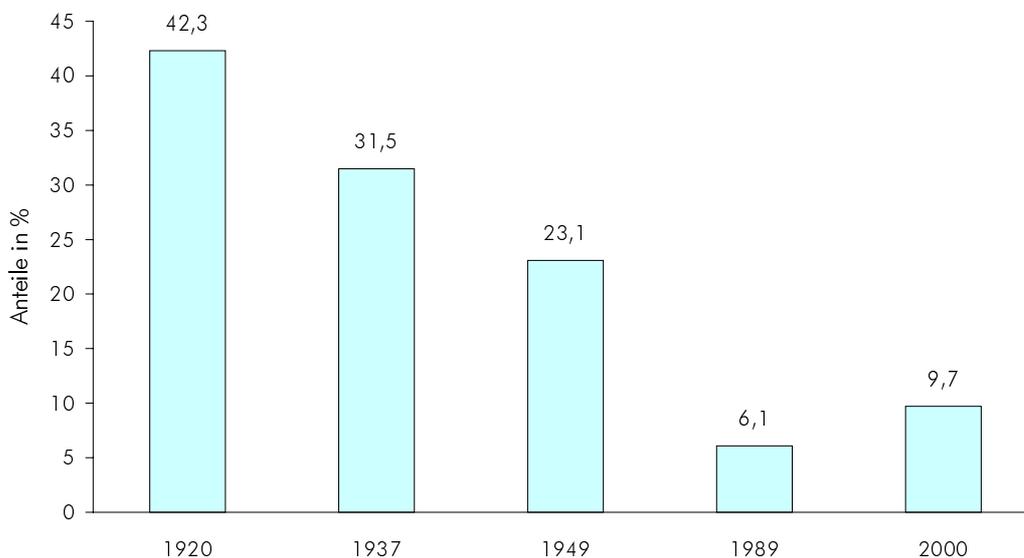
ab 1920 durch Kontingentverträge teilweise umgangen. Mittels Handelsverträgen wurden auch die in der Folge errichteten massiven Zollbarrieren (Übersicht 1) überwunden.

Übersicht 1: Zollltarife in ausgewählten europäischen Ländern

	1913	1927	1931
	In % des Warenwertes		
Österreich	22,8	17,5	36,0
Tschechoslowakei	22,8	31,3	50,0
Ungarn	22,8	30,0	45,0
Rumänien	30,3	42,3	63,0
Jugoslawien	22,2	32,0	46,0
Polen	72,5	53,5	67,5
Bulgarien	22,8	67,5	96,5
Deutschland	16,7	20,4	40,7
Frankreich	23,6	23,0	38,0
Italien	24,8	27,8	48,3
Schweden	27,6	20,0	26,8
Schweiz	10,5	16,8	26,4
Belgien	14,2	11,0	17,4
Spanien	37,0	49,0	68,5

Q: H. Liepmann (1938) nach Hertz (1947).

Abbildung 1: Anteile der "Nachfolgestaaten"¹⁾ am österreichischen Export



¹⁾ Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien (bis 1989 ganz Jugoslawien), Rumänien.

Die Regionalstruktur des österreichischen Außenhandels im Jahr 1920 weist auf die enge wirtschaftliche Verflechtung der Länder der Donau-Monarchie hin:

Es entfielen 42,3% der österreichischen Exporte und 50,2% der Importe auf Nachfolgestaaten (Abbildung 1, Übersicht 2).

Übersicht 2: Regionalstruktur des österreichischen Außenhandels zwischen den Kriegen

	1920	1924	1937
	Anteile in %		
<i>Export</i>			
Deutschland	17,0	13,1	14,8
Italien	27,8	10,1	14,0
Schweiz	7,5	6,6	5,1
Frankreich	1,4	2,5	4,3
Großbritannien	0,4	4,3	5,3
USA	1,5	2,1	2,5
Andere Länder	2,1	15,0	22,5
Monarchie-Nachfolgestaaten ¹⁾	42,3	46,3	31,5
Tschechoslowakei	24,8	11,0	7,1
Ungarn	8,1	8,8	9,1
Polen	3,9	9,7	4,3
Jugoslawien	3,7	10,3	5,4
Rumänien	1,8	6,5	5,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
<i>Import</i>			
Deutschland	36,6	14,9	16,1
Italien	3,6	7,2	5,5
Schweiz	1,1	5,6	3,2
Frankreich	0,0	2,3	2,8
Großbritannien	0,3	2,8	4,5
USA	4,8	5,5	6,0
Andere Länder	3,4	13,0	23,4
Monarchie-Nachfolgestaaten ¹⁾	50,2	48,7	38,5
Tschechoslowakei	37,6	22,6	11,0
Ungarn	3,2	11,7	9,0
Polen	5,7	7,5	4,6
Jugoslawien	3,5	4,4	7,9
Rumänien	0,2	2,5	6,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Q: Bundesamt für Statistik. – ¹⁾ Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Jugoslawien, Rumänien.

Die Tschechoslowakei war mit einem Exportanteil von fast 25% und einem Importanteil von fast 38% der weitaus wichtigste Handelspartner. Der Anteil der Nachfolgestaaten ging im Laufe der folgenden Jahre stark zurück und betrug 1937 nur mehr 31% im Export und 38% im Import. Der Rückgang des Anteils ist ausschließlich auf den stark schrumpfenden Anteil der Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei zurückzuführen. Für die Ver-

schiebungen dürften sowohl handelspolitische Gründe maßgebend gewesen sein, als auch die Verbesserung der Transportbedingungen, die die Erschließung entfernterer Märkte begünstigte.

1938 wurde Österreich in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingegliedert, wodurch alle bis dahin bestehenden Beschränkungen des Außenhandels mit Deutschland wegfielen. In der Folge gestalteten kriegsbedingte Komponenten den Handel. Während des Krieges blieben die Nachfolgestaaten, neben Italien und der Schweiz, überhaupt die einzigen Außenhandelspartner Österreichs außerhalb des Deutschen Reiches.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war zunächst die Schweiz der wichtigste Handelspartner Österreichs. Doch auch der Handelsverkehr mit den Nachfolgestaaten hatte eine Bedeutung. Insbesondere unmittelbar nach dem Krieg gewann die Tschechoslowakei großes Gewicht. Auf alle Nachfolgestaaten entfielen 1946 25,3% der Exporte und 24,1% der Importe (Übersicht 3). Nach 1948 setzte eine fast vollständige Umkehrung der traditionellen österreichischen Außenhandelsbeziehungen mit den MOEL ein, wobei der Beginn der Marshallplanhilfe und der kommunistische Putsch in der Tschechoslowakei den Wendepunkt bewirkten. Die Trennung des demokratischen vom kommunistischen Europa zeitigte bald auch außenwirtschaftliche Konsequenzen. Die Sowjetunion schloss die von ihr dominierten Staaten im Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW) zusammen. Innerhalb des RGW wurde eine Autarkie angestrebt; aus dem Westen sollten nur die im Osten nicht produzierbaren Güter bezogen werden. Die Exporte sollten die dafür benötigten Devisen sicherstellen.

Der Anteil der Nachfolgestaaten an den Exporten Österreichs sank von über 23% im Jahr 1949 auf unter 10% im Jahr 1955. Der Importanteil der Nachfolgestaaten betrug 1949 fast 17%, 1955 nur mehr 9%. Dabei ist zu beachten, dass sich große Teile der österreichischen Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone befanden.

Nach dem Staatsvertrag 1955 zeichnete sich eine neue politische Entwicklung in Europa ab, die zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den Mitgliedern des RGW führten. Der Anteil der Exporte in die Nachfolgestaaten an den österreichischen Gesamtexporten stieg von 9,9% im Jahr 1955 auf 16,3% im Jahr 1975. Dabei spielten sowohl geographische wie auch historische Faktoren eine Rolle, aber auch die Bemühungen der österreichischen Politik, für die Verstaatliche Industrie Absatzmöglichkeiten zu eröffnen

Übersicht 3: Regionalstruktur des österreichischen Außenhandels, 1946 bis 1990

	1946	1949	1955	1975	1990
	Anteile am Gesamtexport in %				
<i>Export</i>					
Deutschland	2,1	7,7	25,1	21,9	36,7
Italien	17,5	18,5	16,8	8,0	9,8
Schweiz	36,5	5,8	4,6	7,8	6,9
Großbritannien	1,3	4,2	3,7	5,6	3,9
Frankreich	4,6	3,2	3,4	2,5	4,8
Niederlande	0,4	4,9	3,9	2,5	2,9
Schweden	2,1	1,9	1,7	4,2	1,8
USA	6,6	3,0	4,9	2,5	3,2
Belgien-Luxemburg	1,4	1,9	1,9	1,6	2,2
Dänemark	0,0	1,3	0,7	2,0	0,9
Norwegen	0,0	0,7	0,6	1,4	0,5
Finnland		0,5	0,5	1,3	0,9
Japan		1,4	0,1	0,6	1,6
Bulgarien		1,9	0,6	0,9	0,3
Tschechoslowakei	19,1	7,2	1,5	2,5	1,9
DDR			1,7	1,5	0,7
Polen	0,9	3,8	2,6	4,4	0,9
Ungarn	2,1	4,3	2,2	3,6	2,2
Rumänien	0,0	1,1	0,5	1,2	0,2
Jugoslawien	3,1	6,7	3,1	4,6	2,7
UdSSR	0,0	0,0	0,8	2,9	2,2
EG86	28,0	44,6	57,6	46,4	64,5
EFTA86	38,6	8,9	7,3	14,8	10,1
Oststaaten	25,3	25,0	13,0	21,6	11,1
Nachfolgestaaten ¹⁾	25,3	23,2	9,9	16,3	7,9
Andere Länder	8,2	21,6	22,0	17,2	14,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Anteile am Gesamtimport in %				
<i>Import</i>					
Deutschland	23,8	12,0	35,4	40,0	43,7
Italien	8,0	8,6	8,0	8,1	9,1
Schweiz	30,7	3,4	4,3	6,7	4,3
Großbritannien	1,1	4,5	4,5	4,0	2,6
Frankreich	2,1	3,2	4,5	4,0	4,2
Niederlande	1,8	2,7	2,7	3,0	2,8
Schweden	0,9	1,1	1,4	2,5	1,7
USA	3,5	28,9	10,5	2,9	3,6
Belgien-Luxemburg	0,5	2,2	1,9	2,2	2,9
Dänemark	0,3	0,8	0,6	0,9	0,7
Norwegen	0,0	0,7	0,8	0,5	0,3
Finnland		0,1	0,2	0,5	0,5
Japan		0,0	0,2	1,5	4,5
Bulgarien		0,7	0,3	0,3	0,1
Tschechoslowakei	16,9	6,1	1,7	2,0	1,2
DDR			1,3	0,7	0,3
Polen	2,6	3,8	2,7	1,6	0,9
Ungarn	3,2	3,2	2,2	1,5	1,6
Rumänien	0,1	0,9	0,7	0,7	0,1
Jugoslawien	1,3	2,8	1,7	0,9	1,2
UdSSR	0,2	0,0	0,5	3,4	1,8
EG86	37,6	35,6	58,8	63,4	68,3
EFTA86	31,6	5,3	6,7	10,3	7,1
Oststaaten	24,2	17,6	11,1	11,1	7,2
Nachfolgestaaten ¹⁾	24,1	16,8	9,0	6,7	5,0
Andere Länder	6,6	41,5	23,3	15,2	17,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Jugoslawien, Rumänien.

(Butschek, 1998). Die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme des RGW beeinträchtigte die Exportentwicklung in den folgenden Jahren. Als das wirtschaftliche System des Kommunismus zusammenbrach, erreichte der Anteil der Nachfolgestaaten am österreichischen Außenhandel einen Tiefpunkt. 1990 entfielen nur mehr 7,9% der Exporte und 5% der Importe auf die Nachfolgestaaten.

Nach dem Hochgehen des Eisernen Vorhanges konnte sich der Ost-West-Außenhandel im Rahmen der nach und nach verringerten Handelsbarrieren frei entfalten.

4. Aufschwung des Osthandels seit 1989

Der Umbruch im Osten beeinflusste den Außenhandel Österreichs nachhaltiger und auch schneller, als allgemein erwartet wurde. Einen vergleichbar tiefen Einschnitt hinterließ in der Nachkriegszeit nur die handelspolitische Spaltung Westeuropas in die EWG und EFTA im Jahr 1959¹⁾. Während aber damals infolge gegenseitiger Diskriminierung bzw. einseitiger Präferenzierung überwiegend Handelsströme verlagert wurden, gewann Österreich nach 1989 im Osten zusätzliche Märkte. Die Handelsexpansion infolge der Ostöffnung nach 1989 kann auch als eine Wiederherstellung von Handelsbeziehungen interpretiert werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg künstlich unterbrochen wurden.

Um den Ländern Osteuropas die Transformation und die Reintegration in die europäische Wirtschaft zu ermöglichen, waren Handelserleichterungen erforderlich. Bereits mit 1. März 1992 setzte die EG die als "Europaverträge" (Assoziationsverträge) bezeichneten Freihand-

¹⁾ Der Anteil der EG 72 (EWG 6) am österreichischen Export sank von 50,2% im Jahr 1960 auf 39,0% 1973, der Exportanteil der EFTA 1972 stieg von 13,1% auf 28,2%, mehr als das Doppelte; der österreichische Marktanteil in der EWG schrumpfte von 1,8% auf 1,2%, in der EFTA vergrößerte er sich von 0,6% auf 1,9%. Das Jahr 1960 kann als der Beginn der handelspolitischen Spaltung Europas bezeichnet werden, die eine (gegenseitige) Diskriminierung im Außenhandel zwischen den EFTA-Staaten und der EWG (EG bzw. EU), sowie eine Präferenzierung des Handels innerhalb der Handelsblöcke zur Folge hatte. Aus österreichischer Sicht wurde diese Spaltung zu einem Teil durch die Freihandelsverträge im Jahr 1973 und vollständig durch den EU-Beitritt 1995 beseitigt.

delsabkommen mit Polen, Ungarn und der damaligen CSFR provisorisch in Kraft²⁾). Diese Vereinbarungen, die später auf insgesamt zehn MOEL ausgeweitet wurden, sahen u. a. einen asymmetrischen Zollabbau (zugunsten Osteuropas) für Industriewaren vor, der bis zum Jahr 2002 abgeschlossen sein wird. Die EFTA-Staaten (einschließlich Österreich) schlossen gemeinsam ebenfalls Freihandelsverträge mit den MOEL ab, die sich weitgehend an den "Europaverträgen" orientierten.

Mit dem Beitritt zur EU Anfang 1995 hat Österreich das handelspolitische System der Union einschließlich der "Europaverträge" – großteils ohne wesentliche Übergangsbestimmungen – übernommen. Da die EFTA-Abkommen den EU-Verträgen nachgebildet wurden, ergaben sich dadurch nur relativ geringe Änderungen der handelspolitischen Rahmenbedingungen in Bezug auf Osteuropa.

Die Europaverträge teilen den Osten in zehn assoziierte MOEL mit präferenziellem Handel und die "anderen" Oststaaten. Alle zehn assoziierten Länder haben die Aufnahme in die EU beantragt. Die EU-Kommission beurteilte im Sommer 1997 die Beitrittsansuchen von fünf Ländern positiv ("Luxemburg Länder": Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland), im Jahr 1999 auch jene der anderen MOEL ("Helsinki Länder": Slowakei, Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien).

Der österreichische Ostexport ist zwischen 1989 (3,1 Mrd. €) und 2000 (11,6 Mrd. €) fast auf das Vierfache gestiegen (+275%). Er hat damit wesentlich kräftiger als der Gesamtexport expandiert, der sich in dieser Periode verdoppelt hat (+123%). Die Ausfuhren in die EU 15 nahmen in dieser Periode um 101% zu, der Exportanteil der Union verringerte sich von 68% auf 61,1% (Übersicht 4).

Die Ausweitung der Ostexporte kam ohne eine Erhöhung der Exportförderung zustande: Der Stand der österreichischen Exportgarantien für die Oststaaten erreichte 2000 wieder den Wert von 1989 (8,1 Mrd. €), der Ausnutzungsstand der Exportfinanzierung, der auch Umschuldungskredite enthält, nahm von 5,7 Mrd. € auf nur 6,2 Mrd. € zu.

²⁾ Die ersten substantiellen Handelserleichterungen räumte Österreich den MOEL ein – bereits 1988 wurde Ungarn in das (für die Entwicklungsländer vorgesehene) Allgemeine Zollpräferenzsystem einbezogen, nach 1989 wurde dieses Verfahren auf die meisten anderen MOEL ausgedehnt.

Übersicht 4: Österreichs Osthandel 1989-2000

	Export			Import		
	1989	1995	2000	1989	1995	2000
	Mrd. €					
Ost-Mitteuropa ¹⁾	1,4	3,7	7,3	1,4	2,7	6,3
Südosteuropa ²⁾	0,9	1,5	3,1	0,5	0,7	1,5
Osteuropa	2,3	5,2	10,4	1,9	3,3	7,8
Frühere UdSSR	0,8	0,8	1,2	0,7	0,9	2,0
Oststaaten	3,1	6,0	11,6	2,5	4,4	9,8
10 Beitrittskandidaten ³⁾	2,0	4,7	9,4	1,8	3,3	7,6
Andere Oststaaten	1,1	1,2	2,1	0,7	1,1	2,3
Welt	31,2	42,2	69,7	37,4	48,5	74,9
EU 15	21,2	27,8	42,6	26,5	35,0	49,6
	Anteile in %					
Ost-Mitteuropa ¹⁾	4,4	8,7	10,5	3,7	5,5	8,4
Südosteuropa ²⁾	2,8	3,6	4,4	1,5	1,4	2,0
Osteuropa	7,2	12,3	14,9	5,1	6,9	10,4
Frühere UdSSR	2,7	1,9	1,6	1,7	2,0	2,7
Oststaaten	9,9	14,2	16,5	6,8	8,9	13,1
10 Beitrittskandidaten ³⁾	6,3	11,2	13,5	4,8	6,7	10,0
Andere Oststaaten	3,5	3,0	3,0	2,0	2,3	3,1
Welt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
EU 15	68,0	65,9	61,1	70,9	72,2	66,2
	1989/1995	1989/2000	1995/2000	1989/1995	1989/2000	1995/2000
	1989 = 100		1995 = 100	1989 = 100		1995 = 100
Ost-Mitteuropa ¹⁾	267,4	533,9	199,7	194,8	459,9	236,1
Südosteuropa ²⁾	173,1	351,8	203,2	127,4	275,2	215,9
Osteuropa	231,0	463,6	200,7	175,7	407,6	231,9
Frühere UdSSR	98,4	136,1	138,3	157,0	325,5	207,3
Oststaaten	195,0	374,8	192,2	171,2	387,6	226,4
10 Beitrittskandidaten ³⁾	239,7	477,0	199,0	180,9	420,8	232,6
Andere Oststaaten	115,0	191,6	166,6	147,9	308,2	208,4
Welt	135,1	223,4	165,3	129,8	200,3	154,4
EU 15	131,0	200,8	153,3	132,2	187,0	141,5

Q: Statistik Austria; Werte für 1989 für die 10 Beitrittskandidaten geschätzt. – ¹⁾ Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen. – ²⁾ Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ex-Jugoslawien. – ³⁾ Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen.

Der Warenaustausch mit dem Osten konnte freilich keine Einbahnstraße bleiben. Die Unternehmen aus Osteuropa, oft Tochterfirmen österreichischer oder ausländischer Multis, konnten ihre Marktposition in Österreich schrittweise ausbauen, wobei sie – anders als in der planwirtschaftlichen Ära – nicht Roh- und Brennstoffe, sondern überwiegend Industriewaren lieferten. Die Ostimporte vervierfachten sich seit 1989 ebenfalls fast (+288%), der Anteil des Ostens an der Gesamteinfuhr vergrößerte sich von 6,8% auf 13,1%.

Die "billigen" Ostimporte dämpften den Preisauftrieb in Österreich und verbesserten als kostengünstige Inputs die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft. Die Produkte aus Osteuropa verdrängten freilich nicht nur Importe aus Drittstaaten, sondern auch zuvor in Österreich hergestellte Erzeugnisse vom Markt. Auch wenn die Vorteile der Ostöffnung deutlich größer waren als die Nachteile, brachte doch die erforderliche Strukturanpassung (vorübergehend) Belastungen für die österreichischen Unternehmen und Arbeitnehmer. Insbesondere sind die Gewinne und Verluste aus der Ostöffnung über Regionen, Branchen und Berufe ungleich verteilt.

Der Bilanzüberschuss im Osthandel vergrößerte sich zwischen 1989 und 2000 von 0,5 Mrd. € auf 1,7 Mrd. €. Er trug maßgeblich zur Verringerung des Defizits im gesamten Außenhandel (+0,9 Mrd. €) bei. Kumuliert über die Periode 1989/2000 ergibt der Osthandel einen Überschuss von 17,6 Mrd. €.

Der Osten stellt keine einheitliche Region dar. Die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs mit den einzelnen Oststaaten entwickelten sich – den Erfolgen dieser Länder bei der Transformation entsprechend – sehr unterschiedlich. Einen rasanten Aufschwung nahm der Außenhandel mit den erfolgreichen Transformationsländern in **Ost-Mitteuropa**³⁾. Fast zwei Drittel des österreichischen Osthandels entfallen auf diese Region. Dieser Anteil ist höher als in anderen EU-Ländern; das erwies sich nicht nur im Hinblick auf die stark wachsende Nachfrage, sondern auch während der Russland-Krise als Vorteil.

Die Exporte nach Ost-Mitteuropa stiegen seit 1989 auf das 5,3-fache, der Exportanteil hat sich von 4,4% auf 10,5% mehr als verdoppelt. Der Aufholprozess der Ausfuhren nach Ost-Mitteuropa war vor allem in den ersten Jahren nach dem Umbruch kräftig, er schwächte sich später etwas ab. Während 1989/95 die Exporte auf das 2,7-fache gestiegen sind, haben sie sich 1995/2000 "nur" verdoppelt. In den Jahren 1998 und 1999 konnten Zunahmen von jeweils weniger als 6% erreicht werden. Die meisten Länder dieser Region hatten erhebliche Zahlungsbilanzprobleme, die zum Teil eine Folge noch

³⁾ Nicht nur die Länder Ost-Mitteuropas (Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen), sondern auch Slowenien (das zu Südosteuropa gezählt wird) sowie auch die baltischen Staaten haben große Reformfortschritte erreicht. Bei einem längerfristigen Vergleich kann aber die hier verwendete Gliederung nicht vermieden werden, da für einige Länder Außenhandelsstatistiken erst für die erste Hälfte der neunziger Jahre vorliegen.

unbewältigter innerer Reformen, zum Teil aber der schwachen Konjunktur in Westeuropa waren.

Übersicht 5: Österreichs Handelsbilanz mit den Oststaaten 1989-2000

	1989	1995	2000	1989/95	1989/2000	1995/2000
	Mio. €			Veränderung in Mio. €		
Ost-Mitteuropa ¹⁾	0	996	1.017	996	1.017	22
Südosteuropa ²⁾	320	807	1.548	487	1.228	741
Osteuropa	320	1.802	2.565	1.483	2.246	763
Frühere UdSSR	218	- 153	- 879	- 363	- 1.097	- 727
Oststaaten	538	1.650	1.686	1.112	1.148	36
10 Beitrittskandidaten ³⁾	182	1.490	1.882	1.308	1.701	392
Andere Oststaaten	349	160	- 203	- 196	- 552	- 356

Zum Vergleich:

Welt	- 6.206	- 6.395	- 5.240	- 189	959	1.155
EU 15	- 5.312	- 7.267	- 7.006	- 1.955	- 1.693	262

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen. – ²⁾ Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ex-Jugoslawien. – ³⁾ Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen.

Auch die Importe aus Ost-Mitteuropa stiegen seit 1989 deutlich stärker als die Gesamtimporte. In der Periode 1995/2000 verzeichneten die Einfuhren aus diesen Ländern sogar eine höhere Dynamik als die Exporte in diese Region. Während 1989 der Außenhandel mit Ost-Mitteuropa ausgeglichen war, zeigte im Jahr 1995 die Bilanz ein Aktivum von fast 1 Mrd. €. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stieg dieser Überschuss vorübergehend sogar auf mehr als 1,4 Mrd. €, er stabilisierte sich aber im Jahr 2000 wieder bei 1 Mrd. € (Übersicht 5).

Der Außenhandel mit **Südosteuropa** wurde durch den Zerfall von Jugoslawien und die Kriege am Balkan beeinträchtigt. Immerhin stiegen seit 1989 die Exporte auf das 3,5-fache, die Importe auf das 2,8-fache. Für diese Region waren 2000 4,4% der Exporte bestimmt, aber nur 2,0% der Importe kamen von dort. Der Exportüberschuss war im Jahr 2000 mit 1,5 Mrd. € größer als jener gegenüber Ost-Mitteuropa.

Die österreichischen Exporte in die Nachfolgestaaten der **Sowjetunion** waren 2000 wertmäßig nur um 40% höher als 1989, der Exportanteil fiel von 2,7% auf 1,6% zurück⁴⁾.

⁴⁾ Etwa 2/3 des Außenhandels mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion entfallen auf Russland. Die Ukraine und die baltischen Staaten partizipieren mit jeweils 0,2% am österreichischen Export.

Mitte der neunziger Jahre expandierten die österreichischen Exporte nach Russland vorübergehend kräftig, doch brachte die Finanzkrise im Sommer 1997 und die nachfolgende Rubel-Abwertung einen starken Exporteinbruch. Die Importe aus Russland hängen maßgeblich vom Preis von Erdöl und Erdgas ab. Die Handelsbilanz mit der Ex-UdSSR ergab 2000 ein Defizit von 879 Mio. € (Russland 581 Mio. €).

Auf die 10 **EU-Beitrittskandidaten** entfielen im Jahr 2000 13,5% der Exporte und 10% der Importe. Der Warenaustausch mit fast allen Ländern dieser Gruppe expandierte außergewöhnlich kräftig, die Exporte verfünffachten sich seit 1989, die Importe vervierfachten sich⁵⁾. Weitere jeweils etwa 3% der Exporte und Importe betreffen die "anderen" Oststaaten, die (noch) nicht den Status eines EU-Beitrittskandidaten erreichten. Etwa die Hälfte dieser Außenhandelsströme entfällt auf die Nachfolgestaaten von Jugoslawien (ausgenommen Slowenien) und Albanien, welchen – im Zusammenhang mit dem Krieg im Kosovo – mittelfristig eine Beitrittsperspektive eingeräumt worden ist. Weitere 1,5% bis 2% des österreichischen Außenhandels betreffen Russland, die Ukraine, Weißrussland, Moldawien und die Nachfolgestaaten der UdSSR in Asien, bei welchen eine Aufnahme in die EU – auch in einer langfristigen Perspektive – wenig wahrscheinlich erscheint.

Der österreichische Ostexport expandierte nach dem Umbruch im Jahr 1989 außergewöhnlich stark (siehe *Von der Ostöffnung zur Osterweiterung*). Dieser Aufschwung stützte sich auf eine kräftig wachsende Nachfrage der Region, in der es nach Jahrzehnten einer Mangelwirtschaft und von Importbeschränkungen einen immensen Nachholbedarf für westliche Produkte gab. Auch andere westliche Länder hatten ihre Handelsbeziehungen zum Osten intensiviert. Ob bzw. in welchem Ausmaß Österreich im Osten tatsächlich erfolgreich war, lässt sich mithilfe des Wettbewerbsindikators "Marktanteil" beurteilen. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Konkurrenzstärke im Gesamt- und im Ostexport.

Der Marktanteil (bzw. dessen Veränderung) ist ein verlässlicher Indikator der Wettbewerbsfähigkeit. Er ist wesentlich aussagekräftiger als die mitunter verwendete Wachstumsrate, da er auch das Marktwachstum und somit die eigene Leistungsfähigkeit im Verhältnis zur Konkurrenz berücksichtigt. Der isolierte Wettbewerbseffekt wird nur bei einem eng

⁵⁾ Daten für 1989 zum Teil geschätzt.

definierten Marktanteil (z. B. Marktanteil am Export von Zeitungspapier nach Ungarn) angezeigt. Weiter abgegrenzte Marktanteile (z. B. Marktanteil am Export von Zeitungspapier in die Oststaaten oder am Export aller Waren nach Ungarn) werden auch durch Struktureffekte beeinflusst, d. h., ob das österreichische Exportangebot über- oder unterdurchschnittlich auf langsam oder schnell wachsenden Teilmärkten vertreten ist. Insgesamt sind aber auch hochaggregierte Marktanteile wichtige Wettbewerbsindikatoren.

Der hier verwendete Marktanteil misst den Anteil Österreichs an den Exporten der OECD 24 (westliche Industrieländer) in die Oststaaten. Diese Definition wurde vor allem aus inhaltlichen Gründen gewählt, da die "alten" OECD-Länder unsere Hauptkonkurrenten im Osten sind. Auch die Verfügbarkeit und Verlässlichkeit der Daten spricht für diese Abgrenzung.

Die Analyse der Wettbewerbsposition Österreichs im Osten liefert ein gemischtes, nur zum Teil befriedigendes Bild. Österreich ist zwar heute im Osten viel besser als im Jahr 1989 positioniert, wirklich erfolgreich waren aber die Exporteure nur in den ersten, "wilden" Jahren nach dem Umbruch. Nach der Konsolidierung der Region wurden Wettbewerbsgewinne nur in den unsicheren Märkten in Südosteuropa und der Ex-UdSSR erreicht. In den erfolgreichen Transformationsländern in Ost-Mitteuropa (Ungarn, Tschechien) mussten hingegen nach 1993 zum Teil erhebliche Positionsverluste hingenommen werden, doch zählt Österreich weiterhin zu den wichtigsten Handelspartnern dieser Länder. Die Erweiterung der Union könnte zur Stabilisierung der österreichischen Marktposition in den neuen Mitgliedsländern beitragen.

Österreich verfügt im Osten, vor allem in den Nachbarländern, über eine starke Marktposition. Während Österreich am Weltexport der OECD mit 1,6% beteiligt ist, war im Jahr 2000 der Marktanteil am Ostexport mehr als viermal so hoch (7%; Übersicht 6). In den meisten Nachbarländern erreichte Österreich sogar einen Marktanteil von deutlich über 10%.

In den neunziger Jahren konnte Österreich seine Position im Weltexport leicht verbessern: Der österreichische Marktanteil am OECD-Export in die Welt stieg von 1,5% 1989 auf 1,6% im Jahr 2000. Zu diesem positiven Ergebnis trugen u. a. die günstige Wechselkursentwicklung, der moderate Anstieg der Arbeitskosten, die Verbesserung des Exportangebotes, die Vertiefung der EU-Integration und eben auch die Öffnung der Ostmärkte bei.

Für die jüngere Vergangenheit werden allerdings stagnierende, zum Teil sogar rückläufige Anteile am Weltexport angezeigt.

Übersicht 6: Österreichs Wettbewerbsposition in den Oststaaten 1989-2000

Marktanteil am Export der OECD

	1989	1993	1995	1996	1998	1999	2000
			Marktanteil in %				
Ungarn	10,8	16,6	16,8	16,7	15,2	14,9	13,9
CR		10,7	9,6	8,8	8,5	8,6	7,8
SR		17,9	12,9	14,4	11,8	12,1	11,6
(Ehemalige CSFR)	6,6	12,0	9,9	10,0	9,3	9,3	8,6
Polen	5,0	3,7	3,5	3,1	3,0	3,0	3,1
Ost-Mitteuropa	7,3	9,6	8,9	8,5	8,1	8,2	7,9
Slowenien		13,3	13,6	13,4	13,6	14,8	15,0
Rumänien		3,2	4,4	4,9	5,3	5,6	5,8
Bulgarien		5,7	4,8	5,5	7,2	7,5	7,0
(Südosteuropa)	5,7	7,8	8,7	8,8	9,8	10,1	10,4
Estland		0,4	0,8	0,6	1,0	1,0	1,0
Lettland		0,9	1,6	1,2	1,6	1,9	1,8
Litauen		0,8	1,6	1,7	1,7	2,2	1,7
3 baltische Länder		0,7	1,3	1,1	1,4	1,7	1,4
10 Beitrittskandidaten		8,9	8,5	8,0	7,8	8,0	7,7
Kroatien		8,5	10,1	11,9	13,6	14,0	14,1
Russland		2,5	3,1	2,4	2,0	2,6	2,7
Oststaaten	4,4	6,5	6,8	6,5	6,5	7,1	7,0
Welt	1,5	1,6	1,7	1,6	1,7	1,7	1,6

	1989/2000	1989/1993	1993/2000	1999	2000
	1989 = 100		1993 = 100	Veränderung in %	
Ungarn	129,0	154,2	83,6	- 1,9	- 6,6
CR			72,5	+ 0,3	- 8,9
SR			64,9	+ 2,4	- 3,7
(Ehemalige CSFR)	129,7	181,8	71,3	+ 0,2	- 8,1
Polen	60,7	74,4	81,6	+ 2,7	+ 0,7
Ost-Mitteuropa	108,1	132,2	81,8	+ 0,8	- 4,2
Slowenien			112,4	+ 9,1	+ 1,0
Rumänien			181,0	+ 4,4	+ 3,7
Bulgarien			123,0	+ 4,7	- 6,6
(Südosteuropa)	182,2	135,8	134,1	+ 3,9	+ 2,7
Estland			263,8	+ 3,0	+ 2,1
Lettland			185,9	+ 22,2	- 9,0
Litauen			219,3	+ 27,4	- 24,1
3 baltische Länder			210,3	+ 18,9	- 14,3
10 Beitrittskandidaten			86,9	+ 3,2	- 3,8
Kroatien			166,1	+ 3,1	+ 0,8
Russland			108,1	+ 31,4	+ 5,8
Oststaaten	160,8	150,2	107,1	+ 9,3	- 2,0
Welt	106,8	103,9	102,8	± 0,0	- 5,8

Q: OECD; OECD 24 Länder, ohne CR, Ungarn, Polen als Berichtsländer.

Wesentlich positiver ist die Bilanz im Ostexport. Der österreichische Marktanteil stieg von 4,4% im Jahr 1989 auf 7% im Jahr 2000 (+61%). Eine Analyse der Entwicklung im Zeitverlauf liefert allerdings ein weniger befriedigendes Bild. Ins Gewicht fallende Erfolge

wurden unmittelbar nach dem Zusammenbruch im Osten erreicht – zu einem Zeitpunkt, zu welchem nur wenige Konkurrenten das Abenteuer des "Go East" gewagt haben. In den ersten drei Jahren der Ostöffnung (1989/93) vergrößerte sich der österreichische Marktanteil in der Region um 50%, in den folgenden 7 Jahren (1993/2000) nur mehr um 7%.

Besonders deutlich ist der Trendbruch in den erfolgreichen Transformationsländern in Ost-Mitteleuropa: Hier konnte Österreich zunächst seinen Marktanteil von 7,3% auf 9,6% (+32%), ausweiten, wobei vor allem die Ergebnisse in der ehemaligen Tschechoslowakei (Verdoppelung des Marktanteils) und in Ungarn eindrucksvoll waren. In der Folge musste aber in Ost-Mitteleuropa ein Rückgang des Marktanteils auf 7,8% (-18%) hingenommen werden. Am stärksten fielen die Positionsverluste in Tschechien und in der Slowakei aus, aber auch in Ungarn verringerte sich der österreichische Marktanteil von 16,6% 1993 auf nur 13,9% im Jahr 2000. Deutlich bessere Ergebnisse konnte Österreich hingegen in Südosteuropa und in den meisten Nachfolgestaaten der UdSSR erreichen. In den 10 EU-Beitrittskandidaten verringerte sich der Marktanteil von 8,9% im Jahr 1993 auf 7,7% im Jahr 2000.

Die Wettbewerbserfolge im Osten nach 1989 resultierten aus den spezifischen Vorteilen Österreichs auf diesen Märkten: Dem hohen Bekanntheitsgrad der österreichischen Produkte (TV-Werbung), dem Informationsvorsprung, den persönlichen Kontakten zu der zweiten und dritten Führungsebene, die oft die Leitung übernahm oder den Sprung in die Selbständigkeit wagte, der räumlichen Nähe in der Zeit mangelhafter Telekommunikation, der Nutzung der Möglichkeit von Direktinvestitionen und auch der umfangreichen technischen Hilfe.

Dieser Vorsprung verlor aber im Zuge der Konsolidierung Osteuropas an Bedeutung. Nach den ersten Erfolgen der Transformation entdeckten zudem Unternehmen aus Westeuropa und den USA – allen voran multinationale Konzerne – die Chancen des Ostens und stellten große Mittel für die Erschließung dieser Märkte bereit (Österreich hat an dieser Entwicklung u. a. dadurch partizipiert, dass es in vielen Fällen zum Standort von "Osteuropazentralen" der Multis wurde). Diesem massiven Wettbewerbsdruck konnte die österreichische Exportwirtschaft auf die Dauer nicht standhalten – der Tendenz nach waren Positions-

verluste kaum zu vermeiden⁶⁾. Bedauerlich ist allerdings, dass die größten Verluste in der jüngeren Vergangenheit in den "besten" (großen und dynamischen) Märkten hingenommen werden mussten. Zu fragen ist auch, ob durch geeignete Maßnahmen (z. B. durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur) zumindest ein Teil dieser Verluste hätte vermieden werden können.

Insgesamt steht Österreich im Jahr 2000 in fast allen Oststaaten besser da als vor dem Umbruch 1989. Für die Zukunft des österreichischen Osthandels entscheidend ist die Frage, ob sich die bisherigen Positionsverluste fortsetzen oder aber ob Österreich wieder einen Aufholprozess in Gang setzen kann. Die Erweiterung der Union könnte die Wettbewerbsposition Österreichs in den neuen Mitgliedsländern verbessern, da nach Beseitigung der noch bestehenden Handelsbeschränkungen (z. B. Abbau der Grenzkontrollen) die Vorteile der räumlichen Nähe stärker ins Gewicht fallen werden.

⁶⁾ Der wichtigste Konkurrent in Osteuropa ist Deutschland, das für fast alle Länder der Region den wichtigsten Handelspartner darstellt. Zwischen 1993 und 2000 hat Deutschland seinen Marktanteil in Ungarn von 36,5% auf 41,3% vergrößert, in der Slowakei von 43,3% auf 50,4%.

OSTÖFFNUNG UND IHRE ÖKONOMISCHEN AUSWIRKUNGEN AUF ÖSTERREICH⁷⁾

FRITZ BREUSS UND FRITZ SCHEBECK

Die Intensivierung des Ost-West-Handels seit 1989 wurde maßgeblich von der Liberalisierung der Handelsbeziehungen geprägt. Die EU hat bereits sehr früh ein Netz von Handels- und Kooperationsabkommen mit den MOEL abgeschlossen, die letztlich in die "Europa-Abkommen" (EA) mit den 10 MOEL mündeten. Der Kern dieser Abkommen ist die Liberalisierung der beiderseitigen Handelsbeziehungen (Freier Warenverkehr; siehe "Natürliche Wirtschaftsräume werden wieder vereint", Abschnitt 4). Neben der Handelsliberalisierung enthalten die EA auch wichtige Bestandteile des Binnenmarktprogramms (Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Niederlassungsrecht, Dienstleistungsverkehr, Wettbewerbsrecht, Landwirtschaft) und einen Politischen Dialog. Alle EA mit den 10 MOEL waren die Vorbedingung für einen Antrag auf Beitritt zur EU. In der Präambel zu den EA ist die "Beitrittsoption" enthalten.

Trotz Asymmetrie im Abbau der Handelshemmnisse konnten die Mitgliedstaaten der EU stärker auf die Märkte der MOEL eindringen als umgekehrt. Aus der Theorie und auch in Modellsimulationen (siehe das Beispiel Österreich-Ungarn von *Breuss – Tesche*, 1994) würde man erwarten, dass die Wohlfahrtseffekte stärker zugunsten der MOEL ausfallen müssten. Dies unterstreicht nur, dass die komparative Vorteilsposition der EU-Mitgliedstaaten viel breiter ist als jene der MOEL, die sich lediglich auf wenige arbeits- und energieintensive Produkte erstreckte. Zudem mussten die MOEL einen schwierigen Umstrukturierungsprozess mitmachen, als sie ihre Exporte vom RGW auf die EU umlenkten. Dieser Umlenkungsprozess implizierte auch eine erhebliche Qualitätssteigerung des Produktangebots der MOEL.

⁷⁾ Auszug (Text und Tabellen) aus: Breuss, F., Schebeck, F., "Ostöffnung und Osterweiterung der EU: Eine Neubewertung der ökonomischen Auswirkungen auf Österreich nach der Agenda 2000", in: Palme, G., Schremmer, Ch. (Koordination), Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC, Juli 1998A, S. 23-42. Breuss, F., Schebeck, F., "Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich", WIFO-Monatsberichte, 1998B, 71(11), S. 741-750.

1. Die MOEL – Ein neuer Wachstumsmarkt

Warenverkehr:

Die Ostöffnung im Jahre 1989 belebte den gegenseitigen Handel wieder deutlich, wobei Österreich offensichtlich von der Ostöffnung stärker profitierte als die Oststaaten.

Österreich zählt insgesamt im Handel mit Osteuropa zu den "Gewinnern" (siehe "Natürliche Wirtschaftsräume werden wieder vereint", Abschnitt 4).

Direktinvestitionen:

Die Aussicht auf neue, wachsende Märkte "vor der Haustüre" ließ die Direktinvestitionen in Osteuropa seit 1989 stark anwachsen. Stimuliert wurde dieser Prozess durch die rasche Privatisierung in den meisten MOEL. Hauptmotiv für die Direktinvestitionen in den MOEL war die Marktpräsenz, wichtigster Hintergedanke war jedoch die Möglichkeit, durch die Kombination von westlicher Produktionstechnologie mit niedrigen Lohnkosten Qualitätsprodukte auch auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig anzubieten. Österreich hatte in diesem Direktinvestitionsspiel die Nase voran, Marktanteile gingen aber seither schrittweise an potentere Investoren aus großen europäischen Ländern (z. B. Deutschland) verloren (Stankovsky, 1996). Gerade in Polen hat Österreich im Jahr 1997 sehr viel direkt investiert (Übersicht 7). Der Bestand an österreichischen Direktinvestitionen in den 10 MOEL erhöhte sich bis zum Jahr 1997 auf 3,2 Mrd. € (Übersicht 8).

Die aufnahmefähigsten Länder für ausländische Direktinvestitionen sowohl absolut, als auch relativ zum BIP waren Ungarn, Polen und Tschechien. Im Jahr 1997 betrug der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn 36,1 Mrd. \$ (39,3% des BIP; Zufluss 1997 2,3 Mrd. \$), in Polen 15,3 Mrd. \$ (11,5%; rund 2 Mrd. \$), 6,8 Mrd. \$ in Tschechien (13%; 1,3 Mrd. \$), 2,4 Mrd. \$ in Slowenien (13,7%; 0,6 Mrd. \$) und 1,4 Mrd. \$ in der Slowakei (7,2%; 0,2 Mrd. \$; Daten des WIIW, Neue Zürcher Zeitung, 30./31. Mai 1998, S. 12). Ausländisches Kapital trägt in den MOEL ganz wesentlich zur Modernisierung des Produktionsprozesses bei und ist ein unverzichtbarer Faktor im Transformationsprozess.

Übersicht 7: Österreichs Direktinvestitionen im Ausland

Neuinvestitionen

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Mio. €									
Oststaaten	7	51	305	422	358	435	350	445	254	552
Polen	–	–	–	22	11	9	7	68	36	218
Tschechien	–	–	–	–	102	156	126	92	44	138
Ungarn	7	51	291	320	234	208	134	216	102	131
Slowenien	–	–	–	–	10	38	22	27	29	29
Baltische Länder	–	–	–	–	–	–	3	1	0	0
Slowakei	–	–	–	–	–	23	44	44	44	36
Rumänien	–	–	–	–	–	1	5	1	0	0
Bulgarien	–	–	–	–	–	1	8	– 2	0	0
Ex-CSFR	–	–	15	80	–	–	–	–	–	–

Q: OECD.

Übersicht 8: Österreichs Direktinvestitionen im Ausland

Bestände

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Mio. €									
Oststaaten	16	48	246	519	842	1.863	2.253	2.376	2.630	3.182
Polen	–	–	–	–	–	69	84	128	164	382
Tschechien	–	–	–	–	157	404	631	728	772	910
Ungarn	16	48	246	519	685	1.195	1.287	1.165	1.267	1.398
Slowenien	–	–	–	–	–	112	120	187	216	245
Baltische Länder	–	–	–	–	–	7	4	7	7	7
Slowakei	–	–	–	–	–	77	126	152	196	232
Rumänien	–	–	–	–	–	–	–	3	3	3
Bulgarien	–	–	–	–	–	–	–	5	5	5
Ex-CSFR	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Q: OECD.

Reiseverkehr:

Tourismus ist ein "Luxusgut". Auslandsreisen hängen sehr stark vom Einkommensniveau ab. Nach einem anfänglichen Einbruch der Einnahmen Österreichs aus dem Reiseverkehr der MOEL kurz nach der Ostöffnung zeichnete sich eine Erholung ab. Mit zunehmender Überwindung der Anfangsschwierigkeiten im Transformationsprozess und den steigenden Ein-

kommen konnte auch Österreich von den wachsenden Auslandsreisen der MOEL-Touristen profitieren. Während insgesamt die Reiseverkehrseinnahmen in Österreich seit 1991 absolut rückläufig waren, stiegen jene aus dem Export in die MOEL (Übersicht 9).

Übersicht 9: Österreichs Reiseverkehrsexporte in die Oststaaten

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Mio. €								
Oststaaten	563	778	489	221	176	219	258	304	331
10 MOEL					147	172	209	247	271
Polen	2	2	4	6	10	13	20	25	22
Tschechien	–	–	–	–	–	–	43	56	55
Ungarn	510	653	168	47	71	73	81	77	58
Slowenien	–	–	–	–	3	18	28	57	87
Baltische Länder	–	–	–	–	0	0	0	0	2
Slowakei	–	–	–	–	–	–	24	20	33
Rumänien	2	0	2	3	7	11	9	8	9
Bulgarien	1	1	1	2	4	5	4	5	5
Ex-CSFR	2	69	23	48	52	52	67	76	88
Ex-Jugoslawien	45	47	289	109	20	43	53	85	114
Ex-UdSSR	1	6	4	7	11	19	23	28	33

Q: OeNB.

Übersicht 10: Österreichs Reiseverkehrsimporte aus den Oststaaten

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Mio. €								
Oststaaten	799	965	870	589	536	599	748	806	959
10 MOEL					452	521	627	712	766
Polen	11	18	16	14	35	27	15	14	13
Tschechien	–	–	–	–	–	–	153	219	258
Ungarn	327	326	326	363	238	205	194	240	276
Slowenien	–	–	–	–	5	120	188	154	119
Baltische Länder	–	–	–	–	0	0	0	0	1
Slowakei	–	–	–	–	–	–	65	72	85
Rumänien	5	5	4	2	6	4	4	4	7
Bulgarien	6	5	6	10	13	5	9	8	8
Ex-CSFR	16	12	20	66	156	162	218	291	343
Ex-Jugoslawien	418	580	470	109	54	181	297	239	276
Ex-UdSSR	17	19	27	24	34	16	11	8	35

Q: OeNB.

Da aber offensichtlich die Attraktivität der MOEL für österreichische Urlauber noch größer war als umgekehrt, nahmen die Reiseverkehrsimporte aus den Oststaaten noch stärker zu (Übersicht 10). Während Österreich im Warenverkehr seine komparativen Vorteile gegenüber den MOEL ausspielen konnte, war dies im Bereich des Reiseverkehrs gerade umgekehrt. Das Defizit in der Reiseverkehrsbilanz verdoppelte sich hier seit 1988 (Übersicht 11).

Übersicht 11: Österreichs Reiseverkehrsbilanz mit den Oststaaten

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Mio. €								
Oststaaten	- 236	- 187	- 380	- 368	- 360	- 379	- 490	- 502	- 628
10 MOEL					- 305	- 349	- 418	- 464	- 495
Polen	- 8	- 16	- 12	- 8	- 25	- 14	5	11	9
Tschechien	-	-	-	-	-	-	- 110	- 163	- 203
Ungarn	183	327	- 158	- 317	- 167	- 132	- 113	- 163	- 218
Slowenien	-	-	-	-	- 1	- 101	- 160	- 97	- 32
Baltische Länder					0	0	- 0	0	1
Slowakei	-	-	-	-	-	-	- 41	- 52	- 52
Rumänien	- 4	- 5	- 3	7	1	7	5	5	2
Bulgarien	- 5	- 4	- 4	- 8	- 9	0	- 5	- 3	- 3
Ex-CSFR	- 14	57	2	- 18	- 104	- 110	- 151	- 216	- 255
Ex-Jugoslawien	- 373	- 532	- 181	- 0	- 35	- 138	- 245	- 154	- 162
Ex-UdSSR	- 16	- 14	- 23	- 17	- 23	3	12	20	- 2

Q: OeNB.

2. Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Ostöffnung

Direkte und indirekte Handelseffekte:

- Die Ostöffnung 1989 wirkte in Österreich primär "handelsschaffend". Leider gibt es keine konkreten Vorstellungen darüber, wie sich Österreichs Außenhandel mit den Oststaaten (MOEL plus GUS plus Ex-Jugoslawien) entwickelt hätte, wäre es nicht zur Ostöffnung gekommen. Eine mögliche Annahme ist, dass sich der Warenaustausch auf dem Niveau vor 1989 stabilisiert hätte (Exportanteil 9½%, Importanteil 7%), die Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung seither werden für die Simulation als "direkte handelsschaffende Effekte" gewertet. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte daraus kumulierten sich im Zeitraum 1989 bis 1997 auf 2,9% des realen BIP zusätzlich und –

bei einem Anstieg des Produktivitätsniveaus um 1,2% – auf die Schaffung von 49.000 Arbeitsplätzen zusätzlich (+1,6%). Die positiven Effekte der Ostöffnung auf die Nettoexporte resultieren in einer Verbesserung der Leistungsbilanz um 0,6% des BIP bis zum Jahr 1997.

- Die historisch einmaligen politischen Änderungen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Ostöffnung machten auch die deutsche Wiedervereinigung möglich. Da in einer kleinen offenen Volkswirtschaft die "spill-overs" von den Nachbarstaaten in Europa nicht unbedeutend sind, muss man bei der Erfassung der Effekte der Ostöffnung in Österreich auch die "indirekten Handelseffekte" berücksichtigen, die sich zum einen durch die deutsche Wiedervereinigung und zum anderen durch die zusätzliche Wachstumsdynamik in den anderen Ländern OECD-Europas infolge der Ostöffnung ergeben haben. Unter der Annahme, dass in der Anfangsphase die deutsche Wiedervereinigung zu einem Wachstumsimpuls in OECD-Europa führte, dann durch die restriktive Geldpolitik in Deutschland eine Wachstumsdämpfung folgte und dass Europa ab 1993 von der Ostöffnung zu profitieren begann, ergibt sich für OECD-Europa folgender zusätzlicher Wachstumsimpuls (jeweils in Prozentpunkten): 1990 +0,3; 1991 +0,2; 1992 +0,1; 1993 –0,2; 1994 –0,1; 1995 ±0,0; 1996 +0,1; 1997 +0,2%. Diese "indirekten Handelseffekte" schlagen sich in einem kumulierten Anstieg des realen BIP in Österreich bis 1997 von 0,5% nieder.

Die Gesamteffekte der Ostöffnung summieren sich nach diesem Simulationsansatz aus "direkten" und "indirekten Handelseffekten" (Übersicht 12). Die möglichen Wirkungen von österreichischen Direktinvestitionen in den Oststaaten wurden hier nicht explizit behandelt. Wirken sie auf die Warenströme substitutiv oder komplementär, dann sind sie in den "direkten handelsschaffenden Effekten" bereits inkludiert. In den Berechnungen wurde nicht berücksichtigt, inwieweit solche Direktinvestitionen zulasten der Investitionstätigkeit in Österreich gegangen sind. Kumuliert von 1989 bis 1997 trugen der Transformationsprozess sowie die mit der Ostöffnung und der Handelsliberalisierung der EU verbundenen Maßnahmen zum Anstieg des realen BIP in Österreich 3,3% bei (das sind im Durchschnitt $\frac{1}{3}$ Prozentpunkte mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr über diesen Zeitraum). Der erhöhte Nettoexport stimulierte Produktion und Einkommen, sodass die Inlandsnachfrage dadurch um 2,4% höher ausfiel. Die Leistungsbilanz verbesserte sich vor allem durch die handelsschaffenden Effekte bis 1997 um 0,7% des BIP. Die Zahl der durch die Ostöffnung bis

1997 zusätzlichen unselbständig Beschäftigten beträgt nach diesen Berechnungen in der Gesamtwirtschaft 57.000. Das entspricht einem kumulierten Zuwachs von 1,9%.

Übersicht 12: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Ostöffnung (1989/1997)

Direkte und indirekte Handelseffekte

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	
	Differenz zwischen Simulations- und Basislösung ¹⁾									
Privater Konsum, real	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,8	
Öffentlicher Konsum, real	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,6	
Exporte i. w. S., real	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,5	+ 4,2	+ 5,2	+ 8,1	
Waren	+ 0,4	+ 1,9	+ 3,1	+ 3,9	+ 4,6	+ 5,4	+ 6,4	+ 7,8	+ 11,9	
Importe i. w. S., real	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,2	+ 4,0	+ 6,4	
Waren	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,9	+ 7,9	
BIP, real	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,3	
Leistungsbilanz	in % des BIP	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7
Deflator des privaten Konsums		± 0,0	- 0,1	- 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Deflator des BIP		± 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0
Terms of Trade: Waren		- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Verfügbares persönliches Einkommen, real		+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,5
Lohnquote		- 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,8
Unselbständig Beschäftigte		+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,9
1.000 Personen		+ 0,9	+ 5,0	+ 11,1	+ 17,2	+ 22,8	+ 28,1	+ 34,7	+ 42,2	+ 57,3
Arbeitslosenquote		- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Arbeitsproduktivität		+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,4
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1
	Mio. €	+ 22	+ 124	+ 262	+ 422	+ 581	+ 734	+ 937	+ 1.235	+ 1.744

¹⁾ Für die Komponenten der Nachfrage, das BIP, die Deflatoren, das verfügbare persönliche Einkommen, die unselbständig Beschäftigten und die Arbeitsproduktivität geben die angeführten Zahlen die kumulierten Niveauabweichungen des Simulationsszenarios vom Basis-szenario im n-ten Jahr in % an, für Leistungsbilanz, Terms of Trade, Lohnquote, Arbeitslosenquote und Finanzierungssaldo des Staates in Prozentpunkten.

Die Arbeitslosenquote sank im selben Zeitraum um 0,2 Prozentpunkte. Das zusätzliche Wirtschaftswachstum hat die Inflation kaum angeregt, da die Lohnanpassungen verzögert erfolgten (die Lohnquote ging leicht zurück). Von der Ostöffnung profitierte auch der Staatshaushalt. Das Defizit konnte bis 1997 um 1,1 Prozentpunkte des BIP verringert werden.

Mögliche makroökonomische Effekte der Migration:

Der Zusammenbruch des Kommunismus, die Ostöffnung, aber auch der Zerfall Jugoslawiens lösten eine Migrationswelle aus. In der Periode 1989/1993 nahm die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Österreich um 144.000 zu. Beginnend mit 17.000 im Jahr 1989 stieg die Zahl auf 58.000 1990 an und entwickelte sich dann stetig nach unten: 1991 51.000, 1992 und 1993 jeweils 9.000. Nicht zuletzt die Zugangsbeschränkungen für Ausländer auf dem österreichischen Arbeitsmarkt haben diesen Stopp bewirkt.

Übersicht 13: Ökonomische Auswirkungen der Migration nach der Ostöffnung, 1989/1997

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Differenz zwischen Simulations- und Basislösung ¹⁾								
Privater Konsum, real	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Öffentlicher Konsum, real	± 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6
Exporte i. w. S., real	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Waren	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Importe i. w. S., real	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Waren	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3
BIP, real	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Leistungsbilanz	in % des BIP	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Deflator des privaten Konsums		± 0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,6	- 0,8	- 0,8	- 0,7	- 0,6
Deflator des BIP		± 0,0	- 0,2	- 0,6	- 0,9	- 1,1	- 1,1	- 1,0	- 0,9
Terms of Trade: Waren		- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,4
Verfügbares persönliches Einkommen, real		+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
Lohnquote		- 0,1	- 0,4	- 1,0	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 1,2
Unselbständig Beschäftigte		+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
1.000 Personen		+ 0,3	+ 2,0	+ 6,1	+ 11,2	+ 15,1	+ 17,7	+ 19,5	+ 19,6
Arbeitslosenquote		+ 0,5	+ 2,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,1
Arbeitsproduktivität		± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2
	Mio. €	- 73	- 327	- 531	- 472	- 458	- 443	- 349	- 262

¹⁾ Für die Komponenten der Nachfrage, das BIP, die Deflatoren, das verfügbare persönliche Einkommen, die unselbständig Beschäftigten und die Arbeitsproduktivität geben die angeführten Zahlen die kumulierten Niveauabweichungen des Simulationsszenarios vom Basis-szenario im n-ten Jahr in % an, für Leistungsbilanz, Terms of Trade, Lohnquote, Arbeitslosenquote und Finanzierungssaldo des Staates in Prozentpunkten.

Der plötzliche unerwartete Zustrom von Arbeitskräften wurde als exogene Erhöhung des Arbeitskräfteangebots in den oben genannten Größenordnungen in das WIFO-Makromo-

dell implementiert. Dieser Angebotsschock führt modellmäßig zu folgenden Reaktionen (Übersicht 13):

Die Arbeitslosenquote erhöhte sich bis 1993 um 3,6 Prozentpunkte. Nach der Einführung von Zugangsbeschränkungen verringerte sich der Anstieg bis 1997 auf 3,1 Prozentpunkte. Das Überangebot auf dem Arbeitsmarkt führte zu einem Druck auf das Lohnniveau. Der Rückgang der Pro-Kopf-Löhne um rund 3¼%⁸⁾ dämpfte auch den Preisauftrieb. Niedrigere Preise übertrugen sich in sinkende Exportpreise und begünstigten somit etwas den Export. Die Preisdämpfung verbesserte auch die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte und stimulierte den privaten Konsum. Die Umverteilung der Einkommen von den Lohnempfängern zu den Unternehmensgewinnen lässt die Nachfrage nach privaten Anlageinvestitionen steigen. Insgesamt resultiert daher durch Migration ein leichter kumulativer Anstieg des realen BIP um 0,3% bis 1997. Die höheren Transferzahlungen infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit belasteten den Staatshaushalt kumulativ mit ¼ Prozentpunkt des BIP (Übersicht 13).

Diese Simulationsergebnisse sind aus folgenden Gründen mit gebotenem Vorbehalt zu betrachten. Der doch erhebliche Angebotsschock, dem das Modell ausgesetzt wird, könnte die Verhaltensweisen der Akteure (Unternehmen, Arbeitnehmer) zumindest temporär verändert haben, sodass die geschätzten Struktur-(Verhaltens-)parameter des verwendeten Modells für diesen Fall nicht ganz adäquat sind. Ferner erlaubt das Modell keine Differenzierung der Lohnentwicklung nach qualifizierten und nicht qualifizierten Arbeitskräften – ein Phänomen, dass gerade bei einer Zuwanderung dieses Ausmaßes bedeutend ist. Schließlich kann ein Nachfragemodell, dem ein konsistenter Angebotsblock mit einer Produktionsfunktion fehlt, die Wirkungsweisen eines solchen Angebotsschocks nur teilweise erfassen.

Wenn man das Migrationsgeschehen, wie es in diesem Simulationsschritt dargestellt wurde, in die Gesamtbewertung der Ostöffnung einbezieht, so ergibt sich nach neun Jahren ein zusätzlicher Anstieg des realen BIP von kumulativ 3,6 Prozentpunkten (Über-

⁸⁾ Mikroökonomische Studien kommen hingegen zu einem gegenteiligen Ergebnis, nämlich dass Migration eher zu einem Anstieg der Löhne von Inländern führt (siehe z. B. *Bauer, 1997* für Deutschland bzw. *Winter-Ebmer – Zweimüller, 1996* für Österreich).

sicht 14). Dieses Gesamtergebnis der Wirkungen der Ostöffnung folgt aus der Addition von direkten und indirekten Handelseffekten sowie den eher hypothetischen Effekten der damaligen Migration.

Übersicht 14: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Ostöffnung (1989/1997)

Direkte und indirekte Handelseffekte, Migration

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	
	Differenz zwischen Simulations- und Basislösung ¹⁾									
Privater Konsum, real	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	
Öffentlicher Konsum, real	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 0,2	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,9	+ 4,5	+ 6,2	
Exporte i. w. S., real	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,4	+ 5,4	+ 8,2	
Waren	+ 0,4	+ 1,9	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,8	+ 5,5	+ 6,5	+ 7,9	+11,9	
Importe i. w. S., real	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,1	+ 6,5	
Waren	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,9	+ 4,5	+ 5,3	+ 8,2	
BIP, real	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,6	
Leistungsbilanz	in % des BIP	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6
Deflator des privaten Konsums	± 0,0	- 0,2	- 0,4	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,3	- 0,2	
Deflator des BIP	- 0,0	- 0,3	- 0,7	- 1,0	- 1,1	- 1,0	- 0,9	- 0,9	- 0,9	
Terms of Trade: Waren	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	
Verfügbares persönliches Einkommen, real	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,6	
Lohnquote	- 0,1	- 0,6	- 1,3	- 1,6	- 1,6	- 1,7	- 1,8	- 1,8	- 2,0	
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,6	
1.000 Personen	+ 1,2	+ 7,0	+ 17,1	+ 28,4	+ 37,9	+ 45,8	+ 54,2	+ 62,1	+76,9	
Arbeitslosenquote	+ 0,5	+ 2,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,9	
Arbeitsproduktivität	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,0	
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9
Mio. €		- 51	-211	- 269	- 44	+124	+ 291	+589	+ 967	+1.483

¹⁾ Für die Komponenten der Nachfrage, das BIP, die Deflatoren, das verfügbare persönliche Einkommen, die unselbständig Beschäftigten und die Arbeitsproduktivität geben die angeführten Zahlen die kumulierten Niveaubweichungen des Simulationsszenarios vom Basis-szenario im n-ten Jahr in % an, für Leistungsbilanz, Terms of Trade, Lohnquote, Arbeitslosenquote und Finanzierungssaldo des Staates in Prozentpunkten.

MAKROÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN DER EU-ERWEITERUNG AUF ALTE UND NEUE MITGLIEDER⁹⁾

FRITZ BREUSS

Breuss (2001) schätzte die makroökonomischen Auswirkungen der EU-Erweiterung. Der methodische Ansatz und die wichtigsten Ergebnisse werden hier zusammengefasst. In der Studie wurden sowohl alle theoretisch zu erwartenden Effekte berücksichtigt, als auch explizit die Auswirkungen auf alte und neue Mitgliedstaaten ermittelt. Methodisch wurde dies durch Simulationen mit einem Weltmakromodell (Oxford Economic Forecasting – OEF World Macroeconomic Model) durchgeführt. Das OEF World Macroeconomic Model modellierte explizit 13 EU-Staaten (neben den anderen wichtigen OECD-Staaten) und drei MOEL (Polen, die Tschechische Republik und Ungarn) sowie Osteuropa als Block. Hinsichtlich des Zeitplans der Erweiterung wurde unterstellt, dass sie in zwei Wellen erfolgt: Im Jahr 2005 wird die "Luxemburg-Gruppe" (Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Estland und Zypern) der EU beitreten; im Jahr 2007 wird die "Helsinki-Gruppe" (Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Lettland, Litauen und Malta) folgen. Es wurden speziell nur die drei MOEL Polen, Tschechien und Ungarn behandelt. Die drei MOEL machen – gemessen am absoluten Bruttoinlandsprodukt (BIP) – rund zwei Drittel der MOEL 10 aus. Ihr BIP pro Kopf liegt allerdings um rund 15% über jenem der MOEL 10. Wenn man Schlüsse von den Integrationswirkungen der drei explizit behandelten MOEL auf 10 MOEL ziehen möchte, so kann man als Faustregel die hier errechneten Effekte um ein Drittel vergrößern.

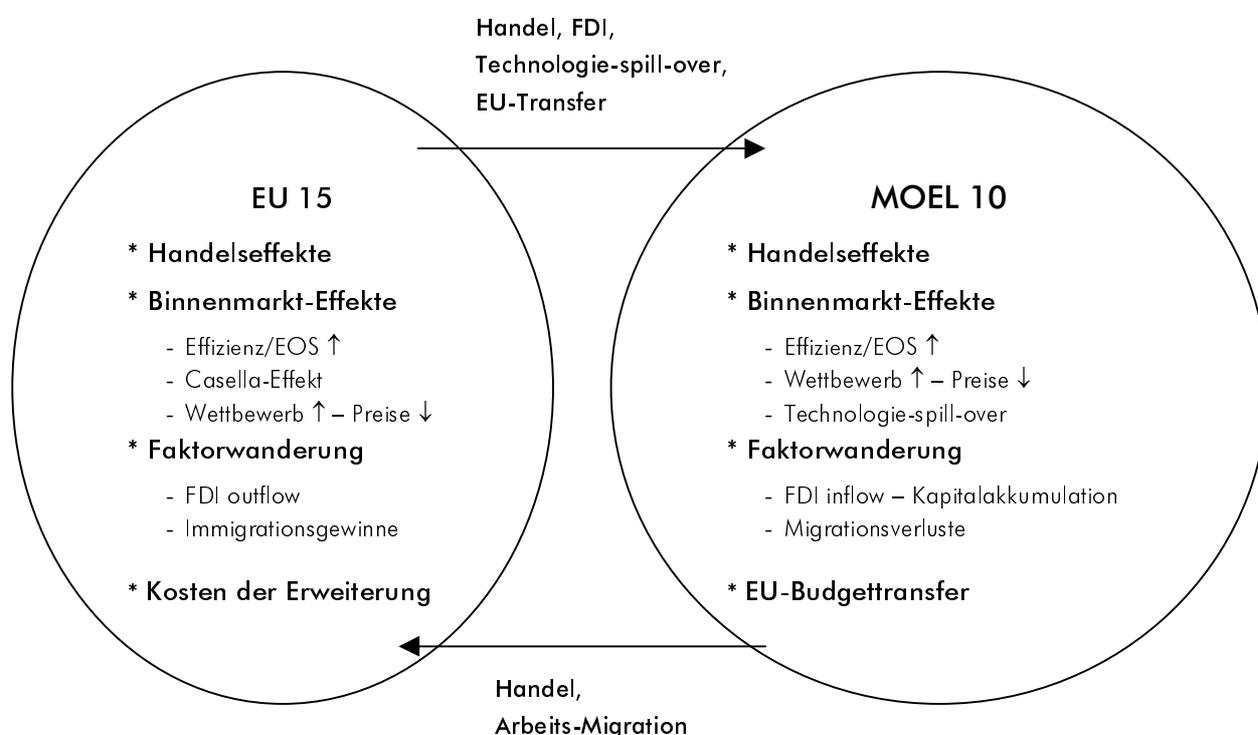
1. Integrationseffekte

Die zu erwartenden Integrationseffekte hängen immer vom Grad der Integration ab. Im Falle der EU-Erweiterung müssen die neuen Mitglieder der EU zu einem Zeitpunkt beitre-

⁹⁾ Gekürzte Fassung (Text und Tabellen) aus: Breuss, F., "Teilprojekt 12: Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder", in: Mayerhofer, P., Palme, G., Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung (Preparity, Teilprojekt 12), April 2001.

ten, in dem die alten Mitgliedstaaten bereits die höchste Stufe der wirtschaftlichen Integration (Zollunion, Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)) erreicht haben. Realistischerweise werden die neuen Mitglieder zunächst auf der Stufe des Binnenmarktes in die EU eintreten. Eine Teilnahme an der WWU ist sofort nach dem Beitritt (aufgrund der dafür zu erfüllenden Konvergenzkriterien) weder möglich, noch wünschenswert. Daher beziehen sich die folgenden Berechnungen auf die makroökonomischen Auswirkungen einer Teilnahme am Binnenmarkt.

Abbildung 2: Integrationseffekte der EU-Erweiterung



Damit ergeben sich einerseits die aus der Literatur bekannten theoretischen Standardeffekte (Baldwin – Venables, 1995) und einige Effekte, die speziell im Fall der EU-Erweiterung auftreten können (Abbildung 2):

- *Handelseffekte:* Wegfall der restlichen Zölle und der Handelskosten

- *Binnenmarkteffekte*: Effizienzsteigerung, mehr Preiswettbewerb
- *Faktorwanderung*: Direktinvestitionen von West nach Ost; Arbeitsmigration von Ost nach West
- *Kosten der Erweiterung bzw. Transfers für die MOEL*

Die EU-Erweiterung ist ein Projekt der regionalen Integration mit zahlreichen Asymmetrien:

- Einerseits wird ein *Block armer Länder* (MOEL) in einen *Block reicher Länder* (EU) integriert, andererseits kommt es zur Integration eines großen Blocks mit einem kleinen. Derzeit sind alle MOEL relativ zur EU arme Länder. Das durchschnittliche BIP pro Kopf der MOEL 10 zu Kaufkraftparitäten (KKP) macht rund 40% jenes der EU aus (Übersicht 15). Die drei MOEL, die hier speziell behandelt werden (Polen, die Tschechische Republik und Ungarn) sind rund 15% reicher als MOEL 10. Das absolute BIP zu KKP der MOEL 10 macht rund 10% jenes der EU aus, gemessen an laufenden Preisen sogar nur 5%. Das BIP zu KKP der MOEL 3 beträgt rund zwei Drittel jenes der MOEL 10.
- Die *Arbeitsproduktivität* der MOEL 10 erreicht nur 40% jener der EU. Der Anteil der Landwirtschaft ist vier Mal so groß wie in der EU.
- Der *Außenhandel* mit der EU ist für die MOEL viel wichtiger als umgekehrt und zwar in einem Ausmaß von 1:20. Österreich (mit einem Anteil der Exporte in die MOEL 10 von 13,3% seiner Gesamtexporte im Jahr 1999 und einem Importanteil von 9,4%), Deutschland (8% bzw. 8,5%), Griechenland (8,8% bzw. 3,5%), Finnland (7,6% bzw. 4,1%), Italien (5,4% bzw. 4,2%) und Schweden (4,3% bzw. 4,1%) sind jene EU-Länder, die am intensivsten mit den MOEL Außenhandel betreiben.

Die Integration einer Gruppe hochentwickelter Industriestaaten mit einer Gruppe von Ländern, die sich immer noch im Zustand der Transformation befinden, bestimmt nicht nur die Handelsströme, sondern induziert auch Faktorwanderungen. Obwohl die EU-Erweiterung auf den ersten Blick der NAFTA-Integration ähnlich ist, stellt die Teilnahme am Binnenmarktprogramm und letztlich an der WWU doch eine weitaus höhere Stufe der Integration dar als im Falle des amerikanischen Beispiels. Aufgrund der Tatsache, dass der Block der MOEL 10 im Vergleich zur EU klein ist, sind die Übertragungseffekte der positi-

ven Integrationseffekte in den neuen Mitgliedern auf die alten EU-Mitglieder immer relativ gering.

Übersicht 15: Die Größenverhältnisse der EU-Erweiterung: EU – MOEL

	1999	EU	MOEL 10	MOEL 3	MOEL 10 in % der EU	MOEL 3 in % der MOEL 10
Bevölkerung	Mio. Personen	376	105	59	27,83	56,41
Unselbständig Beschäftigte	1.000 Personen	133.132	27.842	15.665	20,91	56,27
Erwerbstätige	1.000 Personen	157.244	42.239	24.216	26,86	57,33
Bruttoinlandsprodukt, nominell	Mrd. KKP	7.962	831	539	10,44	64,88
	Mrd. €	7.964	341	240	4,28	70,25
BIP pro Kopf	KKP	21.182	7.946	9.139	37,51	115,02
	€	21.188	3.262	4.063	15,40	124,55
BIP je Erwerbstätigen (Produktivität)	KKP	50.637	19.676	22.266	38,86	113,16
	€	50.650	8.078	9.898	15,95	122,54
Brutto-Monatslöhne	KKP	1.987	714	837	35,91	117,37
	€	2.007	301	375	14,98	124,58
Agraranteil	In % des BIP	1,70	7,20	4,30	423,53	59,72
	In % der Beschäftigung	5,10	16,10	10,10	315,69	62,73
FDI inflows	Mio. \$ (EU=1998)	215.864	16.599	12.968	7,69	78,13
	In % des BIP	2,54	4,56	5,07	179,49	111,18
<i>Außenhandel:</i>						
Exporte nach MOEL	Mio. \$	99.088				
	In % der Gesamtexporte	4,58				
	In % des BIP	1,17				
Importe aus MOEL	Mio. \$	82.794				
	In % der Gesamtimporte	3,94				
	In % des BIP	0,97				
Exporte nach EU	Mio. \$		80.645	56.955		70,62
	In % der Gesamtexporte		68,50	71,90		104,96
	In % des BIP		22,15	22,27		100,52
Importe aus EU	Mio. \$		94.036	66.332		70,54
	In % der Gesamtimporte		62,14	64,56		103,89
	In % des BIP		25,83	25,94		100,41
Migration (von MOEL nach EU)						
5 MOEL in 2005	2005					
	Personen	200.000	-200.000	-143.700		71,85
5+5 MOEL in 2007	2010					
	Personen	210.000	-210.000	-72.100		34,33
<i>Transfers aus EU-Budget (netto):</i>						
<i>"Kosten der Erweiterung"</i>						
2000-2010 kumuliert	Mrd. €	-190	190	134		70,70
	In % des BIP	-0,15	2,10	2,48		118,10
2010	Mrd. €	-39	39	27		69,77
	in % des BIP	-0,30	3,68	4,35		118,21

Q: Eurostat, OECD, WIFO, WIIW.

1.1 Handelseffekte

Die EU hat mit allen 10 MOEL Europaabkommen (EA) abgeschlossen. D. h., dass ein asymmetrischer Zollabbau bereits im Gange ist:

- Die EU hat die Zölle seit 1997 auf Importe aus den MOEL bereits völlig beseitigt (Ausnahmen: Agrarprodukte und sensible Produkte), die MOEL tun dies für Importe aus der EU im Jahr 2002.
- Mit dem EU-Beitritt ab dem Jahr 2005 treten die MOEL der Zollunion der EU bei (gemeinsamer Zolltarif und gemeinsame Handelspolitik), und es fallen im Binnenmarkt die Grenzkontrollen weg (verringerte Handelskosten).

Die Kosteneinsparungen durch den Wegfall der Grenzkontrollen wurden nirgends exakt erhoben. Daher variieren in der Literatur die Zahlen über die Verringerung der Handelskosten aus diesem Titel zwischen 5% (z. B. *Kohler, 2000*) und 10% (z. B. *Baldwin – Francois – Portes, 1997*). *Hoffmann (2000)* erwähnt Grenzkontrollkosten vor der Schaffung des Binnenmarktes von 1,7% der Gesamtexporte der EU. Hier wird angenommen, dass die Restzölle in den MOEL bis 2002 5% betragen. Die Verringerung der Handelskosten im Jahr des Beitritts 2005 wird ebenfalls mit 5% angenommen. Während die Beseitigung der noch bestehenden Zölle zu Wohlfahrtsverlusten in den MOEL führt (Einnahmenverlust des Staates), beeinflusst der Wegfall der Grenzkontrollen (Reduktion der Handelskosten) nur die Richtung der Handelsströme (Handelsschaffung).

Aufgrund der Tatsache, dass fast 70% der Exporte der MOEL in die EU gehen und fast zwei Drittel ihrer Importe aus der EU stammen, umgekehrt aber nur rund 4% des Außenhandels der EU insgesamt mit den MOEL abgewickelt wird, erhält man asymmetrische Handelseffekte (Übersicht 15). Sie sind für die MOEL größer als für die EU (Übersicht 16).

Die *Handelseffekte* allein führen gemäß Modell zu einem Anstieg des realen BIP in der EU von rund 0,05% kumulativ in der Periode 2005 bis 2010. Österreich und die Niederlande gewinnen am meisten (kumulativer BIP-Anstieg von rund $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt; Frankreich, Irland und Italien rund 0,1 bis 0,2 Prozent). Einige Länder (Spanien, Großbritannien) dürften verlieren. Der *handelsinduzierte BIP-Effekt* ist in den MOEL fast zehn mal so hoch.

Übersicht 16: Integrationseffekte der EU-Erweiterung: Reales BIP

	Handelseffekte		Binnenmarkteffekte		FDI-Ströme in die MOEL		Migration in die EU		Kosten der Erweiterung		Gesamteffekte	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
	Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %											
Deutschland	0,15	0,01	0,50	0,37	-0,07	-0,12	0,06	0,23	-0,01	-0,01	0,63	0,48
Frankreich	0,02	0,12	0,21	0,27	-0,10	-0,21	0,03	-0,03	-0,05	-0,04	0,10	0,11
Italien	0,09	0,16	0,46	0,49	-0,04	-0,09	0,02	-0,03	-0,03	-0,03	0,50	0,50
Großbritannien	0,01	-0,06	0,22	0,19	-0,01	0,02	0,03	0,05	-0,02	-0,02	0,24	0,18
Spanien	-0,06	-0,11	0,48	0,37	-0,11	-0,41	0,04	0,05	-0,08	-0,07	0,28	-0,18
Niederlande	0,08	0,17	0,72	0,31	-0,08	-0,21	0,05	-0,08	-0,06	-0,04	0,71	0,15
Belgien	0,06	0,09	0,31	0,40	-0,06	-0,21	0,03	-0,02	-0,01	-0,01	0,33	0,26
Schweden	0,04	0,06	0,65	0,04	-0,06	-0,16	0,07	-0,02	0,00	0,00	0,69	-0,07
Österreich	0,20	0,14	0,59	0,64	-0,09	-0,29	0,13	0,16	0,00	0,01	0,83	0,66
Dänemark	0,07	0,07	0,35	0,10	-0,07	-0,21	0,02	-0,05	-0,01	-0,02	0,35	-0,11
Finnland	0,07	0,08	0,52	0,55	-0,09	-0,33	0,05	0,02	-0,02	-0,02	0,53	0,31
Irland	0,07	0,20	0,64	0,77	-0,14	-0,40	0,05	-0,05	-0,15	-0,13	0,47	0,40
Portugal	0,04	0,12	0,68	-0,12	-0,09	-0,14	0,05	-0,12	-0,05	0,05	0,63	-0,21
EU 13	0,07	0,05	0,40	0,33	-0,07	-0,16	0,05	0,06	-0,03	-0,03	0,42	0,26
Polen	1,95	2,47	1,23	2,07	0,21	0,45	0,02	-0,12	1,87	3,15	5,26	8,02
Ungarn	3,95	4,20	1,58	1,25	0,32	0,81	0,03	-0,09	1,45	2,23	7,32	8,40
Tschechien	1,79	2,84	1,02	0,54	0,14	0,37	-0,03	-0,08	1,10	1,98	4,03	5,65
Osteuropa ¹⁾	0,94	1,23	0,53	0,62	0,08	0,19	0,01	-0,04	0,61	1,08	2,16	3,07

A = Durchschnitt 2005/2006

B = Durchschnitt 2008/2010

Q: Eigene Simulationen mit dem OEF World Macroeconomic Model. – ¹⁾ Bulgarien, Tschechische Republik, Ungarn, Kasachstan, Polen, Rumänien, Russland, Slowenien und Ukraine.

In Ungarn wird das reale BIP um rund 4½% stimuliert (kumuliert über die Periode 2001 bis 2010), in Polen und in der Tschechischen Republik ist der Effekt etwa halb so hoch.

Die Beseitigung der noch verbleibenden Zölle führt zu einem *Verlust von Staatseinnahmen* im Ausmaß von rund 1% bis 1½% des BIP. Die Verringerung der Handelskosten (bei Eintritt in den Binnenmarkt) führt zur Handelsintensivierung (Handelsschaffung) in der EU und in den MOEL, ohne das Budget direkt zu belasten.

Die Handelseffekte führen zu keinen größeren Störungen anderer makroökonomischer Variablen: Im allgemeinen steigen die Preise und die Beschäftigung leicht an und die Arbeitslosigkeit geht etwas zurück. Nur in den MOEL verschlechtern sich die Budgets und auch die Handels- und Leistungsbilanzen.

1.2 Binnenmarkteffekte

Die EU-Erweiterung führt zu einer Ausdehnung des Binnenmarktes. Das bringt einen zunehmenden Wettbewerbsdruck für die neu beitretenden Länder und auch – allerdings in geringerem Ausmaß – für die gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten. Nimmt man die Erfahrungen mit dem Binnenmarktprogramm als Benchmark, sollte dies zu einem Anstieg der Produktivität (Ausnützung von economies of scale) und auch zu einem Sinken des Preisniveaus (über eine Verringerung der mark-ups) führen. Zusammengenommen sollte dies das Wachstumspotential in den MOEL und auch in der EU vergrößern.

a) Produktivitätsschocks – Effizienzsteigerung:

Hier wird davon ausgegangen, dass für die MOEL der Eintritt in die EU ähnliche, wenn nicht sogar stärkere Produktivitätsschocks und Preisdämpfungen bedeutet als die alten EU-Mitglieder bei der Schaffung des Binnenmarktes 1993 zu gewärtigen hatten. Der Eintritt neuer Länder in eine Integrationsgemeinschaft verringert die Bedeutung des Heimmarktes und verbessert die relative Konkurrenzfähigkeit kleiner Länder. Wenn economies of scale implizieren, dass sich Firmen in großen Ländern normalerweise niedrigerer Kosten erfreuen, so führt die Erweiterung einer Integrationsgemeinschaft dazu, dass die *kleinen Länder überproportional gewinnen*. Es wird daher angenommen, dass der anfängliche Produktivitätsschock für die gegenwärtigen kleinen EU-Länder im Jahr 2005 rund ¾%

beträgt und mit der Zeit abnimmt, während er für die großen EU-Länder nur halb so groß sein wird.

Aufgrund dieses angenommenen asymmetrischen Produktivitätsschocks entwickelt sich das *reale BIP* in den kleinen EU-Staaten besser als in den großen. In Belgien, Österreich, Finnland und Irland steigt das reale BIP kumuliert bis 2010 gemäß Modell um $\frac{1}{2}\%$, allerdings mit abnehmender Intensität. Große EU-Staaten können mit nur einem halb so hohen produktivitätsbedingten BIP-Anstieg rechnen.

Allerdings bedeutet ein Anstieg der Arbeitsproduktivität einen trade-off auf dem *Arbeitsmarkt*: Die Nachfrage nach Beschäftigten geht zurück, die Arbeitslosigkeit steigt an.

Die *Wettbewerbsfähigkeit* gemessen am realen Wechselkurs (relative Lohnstückkosten) verbessert sich.

Die *Preisentwicklung* verlangsamt sich und damit auch der Anstieg des nominellen BIP, was leicht negative Auswirkungen auf das Budget hat, da dadurch auch das Steueraufkommen gedämpft bleibt.

Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität beeinflusst auch die *Einkommensverteilung*: Die Lohnquote sinkt, d. h. die Gewinne steigen auf Kosten der Löhne.

Aufgrund des kräftigeren Produktivitätsschocks in den MOEL 3 fallen die Makroeffekte hier – obwohl sie in der Struktur ähnlich sind – viel größer aus. Das reale BIP steigt um rund 1% in den MOEL 3 (kumuliert von 2005 bis 2010), wobei allerdings der zeitliche Verlauf von Land zu Land unterschiedlich ist.

b) *Preiswettbewerb*:

Die Zunahme des Preiswettbewerbs im erweiterten Binnenmarkt wird in den neuen Mitgliedstaaten sicherlich stärker sein als in den alten. Eine Intensivierung des Preiswettbewerbs resultiert in einer *Stärkung der Kaufkraft* und damit einer höheren Nachfrage und letztlich einem Anstieg des realen BIP von anfänglich rund $\frac{1}{2}\%$ in den EU-Staaten mit engeren Handelsbeziehungen mit den MOEL und rund halb so starken Effekten in den anderen EU-Staaten. Der anfängliche BIP-Impuls ist in Polen und Ungarn mit rund 1% etwa gleich stark, in der Tschechischen Republik aber nur halb so hoch. Im Zeitablauf

bleibt das Niveau des realen BIP dadurch in Polen hoch, sinkt aber in Ungarn und in der Tschechischen Republik. Die anderen makroökonomischen Variablen werden durch den wettbewerbsbedingten Preisschock nicht sehr stark beeinflusst.

1.3 Faktorwanderungen

Aufgrund der vier Freiheiten des Binnenmarktes (freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) könnte man die Faktorwanderung nach der EU-Erweiterung auch unter der Überschrift "Binnenmarkteffekt" behandeln. In den bisherigen Studien wurden Faktorwanderungen meist entweder gar nicht oder nur teilweise berücksichtigt. Daher werden die beiden wichtigsten Faktorwanderungen (Kapitalwanderung von West nach Ost; Arbeitskräftewanderung von Ost nach West) hier explizit im OEF Weltmakromodell berücksichtigt.

a) FDI-Ströme von West nach Ost:

Seit der Ostöffnung im Jahr 1989 haben Außenhandel und ausländische Direktinvestitionen (FDI) als die beiden wichtigsten Kanäle der Integration fungiert. Zusätzliche FDIs in den MOEL können einerseits das Investitionspotential in der EU reduzieren (und/oder im Rest der Welt), andererseits indirekt zu dämpfenden Effekten über höhere Zinsen führen, weil zusätzlich Kapital nachgefragt wird.

Die ökonomischen Auswirkungen der Wanderung des Kapitals vom Westen in den Osten (über FDIs) sind spiegelbildlich jene der Migration von Arbeitskräften. In den Investorländern der EU kommt es im Durchschnitt zu einer leichten *Dämpfung des realen BIP* durch den Zinsanstieg von rund 0,1% am Beginn bis zu 0,2% am Ende. Kleinere Länder werden stärker betroffen als große Länder. In den MOEL 3 kommt es zu einem starken Impuls auf das reale BIP, am stärksten in Ungarn mit bis zu 1%, gefolgt von Polen (¾%) und der Tschechischen Republik (½%). Die im Zuge des EU-Beitritts ausgelöste Kapitalbewegung resultiert daher in einem Gewinn für die MOEL (FDI-Gewinn) und einem leichten FDI-(Wohlfahrts-)Verlust in den alten EU-Staaten.

b) Migration von Ost nach West:

Das politisch heißeste Thema im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung ist jenes nach dem möglichen Ausmaß der Migration. Von den Kandidatenländern wird gänzlich

verneint, dass es überhaupt zur Migration kommen wird. Von den an die MOEL grenzenden EU-Mitgliedstaaten (insbesondere Deutschland, Österreich und die skandinavischen Länder) wird hingegen befürchtet, dass eine massive Migration ihre Arbeitsmärkte nachhaltig stören könnte, sollte die Freizügigkeit des Personenverkehrs gleich ab Eintritt in den Binnenmarkt der EU gewährt werden. Die großen Lohnunterschiede (40% jenes der EU; Übersicht 15) könnten theoretisch eine Massenmigration auslösen. Daher plädieren die Nachbarstaaten zu den MOEL für mehr oder weniger lange Übergangsfristen bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte.

In Übereinstimmung mit der Theorie (siehe z. B. *Borjas, 1995*) führen die Modellsimulationen des Migrationszenarios zum berühmten Muster des Immigrationsgewinns (*immigration surplus*) in den Empfängerländern der EU und zu Migrationsverlusten (*migration loss*) in den Senderländern der MOEL. Die Unternehmen in der EU können mit zusätzlichen Arbeitskräften zu niedrigeren Löhnen mehr produzieren.

Als Ergebnis davon *steigt das reale BIP* – natürlich in Deutschland (um ¼% bis zum Jahr 2010) und in Österreich (+0,15%) am stärksten – in der EU und sinkt in den MOEL 3 um etwa denselben Betrag, um den Österreich gewinnt.

Als Folge des Anstiegs des Arbeitsangebots steigt die *Arbeitslosenrate* anfänglich in der EU. In den MOEL treten die umgekehrten Effekte ein. Über die Zeit – auch infolge des sinkenden Migrationsstromes – verschwinden die anfänglichen Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt.

Migration führt natürlich auch zu einer *Umverteilung der Einkommen*; in den Empfängerländern kommt es zu einer Begünstigung der Gewinne auf Kosten der Löhne, in den MOEL erfolgt eine umgekehrte Entwicklung.

1.4 Kosten der Erweiterung für die EU – Nutzen für die MOEL

Neben dem Migrationsproblem ist es die Frage nach den Kosten der EU-Erweiterung, die den EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern Kopfzerbrechen bereitet. Ausgangspunkt für die Modellimplementierung der Kosten der Erweiterung um (in unserem Fall) 3 MOEL und deren Verteilung auf die gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten ist die Agenda 2000. Diese wurde von den Staats- und Regierungschefs bei dem Europäischen Rat in Berlin im März

1999 verabschiedet. Die Agenda 2000 beinhaltet eine finanzielle Perspektive für die Periode 2000 bis 2006, wobei technisch angenommen wird, dass die "Luxemburg-Gruppe" bereits im Jahr 2002 beitreten wird. Demgemäss belaufen sich die Brutto-Kosten der Erweiterung (kumuliert über die Periode 2000 bis 2006; wobei auch die Vorbereitungskosten inkludiert sind) auf rund 80 Mrd. € (oder 0,13% des EU-BIP; im Jahr 2006 0,22%). Zieht man die Eigenmittel, die die "Luxemburg-Gruppe" in das EU-Budget einzahlen muss (nämlich 1,27% des BIP) ab, so kommt man auf Netto-Kosten der Erweiterung von rund 60 Mrd. €. Dies würde 0,1% des EU-BIP (oder im Jahr 2006 0,17%) entsprechen.

Mehrere Anpassungen müssen vorgenommen werden, damit das Kostenbild in das hier erstellte Erweiterungsszenario passt:

- Erstens ist die Finanzperiode bis zum Jahr 2010 auszudehnen.
- Zweitens ist es notwendig, die durchschnittlichen Kosten wie sie die Agenda 2000 enthält, auf alle EU-Mitgliedstaaten aufzuteilen und auch zu identifizieren, welche Transfers jedes einzelne der MOEL 3 im Simulationszeitraum erhalten wird.
- Drittens müssen die Kosten an unseren Zeitplan (2005 und 2007) angepasst werden. Letztlich muss berücksichtigt werden, dass die Agenda 2000 keine Direktzahlungen an die Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgesehen hat.

Die Agenda 2000 wurde unter der Auflage beschlossen, dass die Eigenmittelquote unverändert auf dem bisherigen Niveau, nämlich 1,27% des BIP, bleibt. Das bedeutet, dass die Kosten der Erweiterung durch Einschränkungen bei den Transfers in den Bereichen GAP und Strukturpolitik von den gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten aufgebracht werden müssen. Die Reform in diesen beiden Politikbereichen impliziert, dass jene Länder, die Nettoempfänger aus dem EU-Budget sind, eine höhere Last zu tragen haben als die Nettozahler. Die Agenda 2000 hat die Transfers für die Strukturpolitik viel stärker gekürzt als jene im Bereich der GAP. Das bedeutet, dass durch die Erweiterung auf die sogenannten Kohäsionsländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien die relativ höchste Belastung zukommt.

Die leichte Verschlechterung in den Budgets und Leistungsbilanzen in den EU-Staaten geht mit einer sehr geringen Dämpfung des realen BIP in diesen Ländern einher. In den

MOEL 3 haben die zusätzlichen Transfers aus dem EU-Budget positive Wirkungen. Nicht nur die Budgets und Leistungsbilanzen werden entlastet, sondern – was noch wichtiger ist – die Stimulierung der Infrastrukturinvestitionen führt zu einem Anstieg des realen BIP. Das reale BIP würde in Polen um rund 3% steigen, in Ungarn und in der Tschechischen Republik um 2% (immer kumuliert über die Periode 2001 bis 2010).

2. Gesamtbewertung

Bereits die Ostöffnung hat jenen Ländern, die schon bisher mit den MOEL regen Handel betrieben hatten, Handelsvorteile gebracht. Der Beitritt der MOEL löst über die reinen Handelsvorteile hinaus eine Reihe anderer Integrationseffekte aus. Daneben führen *Faktorwanderungen* in beide Richtungen zu einer zusätzlichen Integration von Kapital- und Arbeitsmärkten. Allerdings ist die Erweiterung nicht gratis. Sie führt zu *Kosten für die alten Mitglieder* und fördert die neuen.

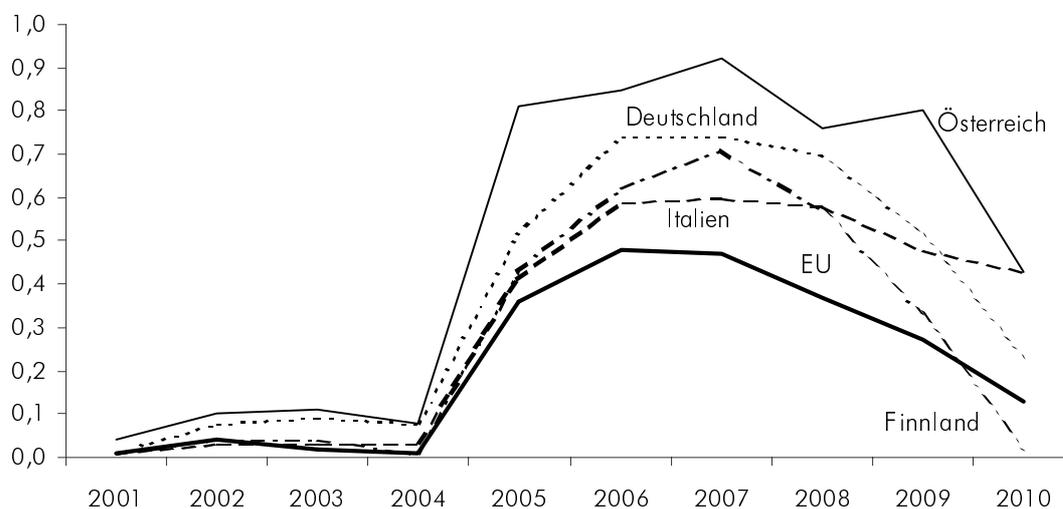
Aufgrund der unterschiedlichen Größe der am Erweiterungsprozess beteiligten Regionen dürften die MOEL im Durchschnitt rund zehn mal so viel durch die Erweiterung gewinnen als die EU.

Im Rahmen von Simulationen mit dem OEF Weltmakromodell wurden erstmals alle theoretisch denkbaren Integrationseffekte für alle beteiligten Länder berücksichtigt:

- Ungarn und Polen können ihr reales BIP innerhalb der nächsten zehn Jahre um rund 8% bis 9% steigern (inklusive der Vorbereitungsphase 2001 bis 2004). Das entspricht einem jährlichen Wachstumsschub von rund 1% (Abbildung 3).
- Die Tschechische Republik gewinnt etwas weniger (5% bis 6% oder $\frac{1}{2}\%$ bis $\frac{3}{4}\%$ mehr BIP-Wachstum pro Jahr).
- Die EU gewinnt im Durchschnitt innerhalb einer Periode von sechs Jahren (2005 bis 2010) rund $\frac{1}{2}\%$ mehr reales BIP, was einem jährlichen Wachstumsimpuls von 1/10 Prozentpunkt entspricht.
- Jene Länder, die bereits bisher enge Handelsbeziehungen mit den MOEL unterhielten, gewinnen am meisten. Das reale BIP in Österreich würde durch die Erweiterung kumu-

Abbildung 3: Gesamteffekte der EU-Erweiterung in der EU

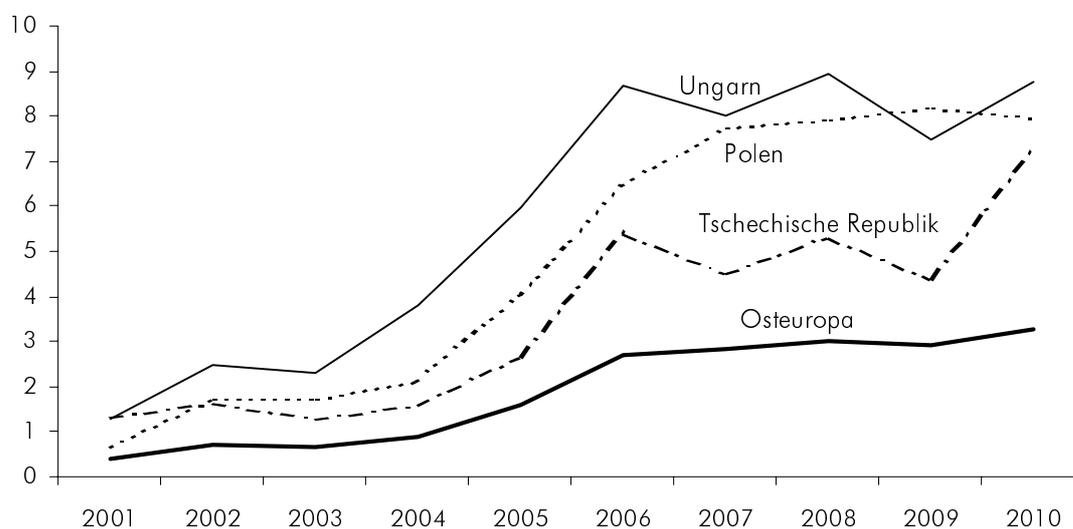
Reales BIP, kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %



Q: WIFO-Simulationen mit dem OEF World Macroeconomic Model.

Abbildung 4: Gesamteffekte der EU-Erweiterung in 3 MOEL

Reales BIP, kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %



Q: WIFO-Simulationen mit dem OEF World Macroeconomic Model.

- liert von 2005 bis 2010 um rund $\frac{3}{4}\%$ zunehmen, was einem jährlichen Wachstumsimpuls von 0,15% entspricht (Abbildung 4).
- Für die EU und noch mehr für die MOEL ist die EU-Erweiterung eine "Win-win-Situation". Für einige EU-Länder übersteigen allerdings die Kosten den Nutzen. Dies gilt insbesondere für Spanien, Portugal und Dänemark. Die anfänglich leichten Wachstumsimpulse verschwinden relativ rasch wieder (Übersicht 16).
- Obwohl hier explizit nur MOEL 3 analysiert wurden, kann man auch das Ergebnis im Falle des Beitritts von MOEL 10 ungefähr abschätzen. Da die MOEL 3 rund zwei Drittel des absoluten BIP der MOEL 10 ausmachen und sie engere Handelsbeziehungen zur EU unterhalten als die MOEL 10 im Durchschnitt, kann man als Daumenregel davon ausgehen, dass die makroökonomischen Effekte der EU-Erweiterung um 10 MOEL sowohl in der EU als auch in den MOEL um rund ein Drittel höher liegen würden als die hier vorgelegten Schätzungen. Das würde langfristig einen Anstieg des realen BIP von rund 12% in den MOEL und von rund zwei Drittel Prozent in der EU bedeuten.

Bei der Evaluierung der gesamten Integrationseffekte muss man allerdings etwas *Vorsicht walten* lassen. Nicht alle Teileffekte sind gleich leicht zu quantifizieren. Während die Quantifizierung der EU-Transfers, der FDI-Ströme und der Migrationsströme relativ gut gesichert ist, besteht bei den anderen Effekten (z. B. den Binnenmarkteffekten – Produktivitätsschocks bzw. dem Preiswettbewerb) ein größerer Fehlerspielraum. Dies sollte man berücksichtigen, wenn man die unterschiedliche Bedeutung der Teileffekte in den einzelnen Ländern interpretiert. Die einzelnen Integrationseffekte haben im Osten und Westen ein unterschiedliches Gewicht. Im Falle *Österreichs*, das sehr wahrscheinlich durch die Erweiterung am meisten gewinnen wird, machen die *Binnenmarkteffekte* rund drei Viertel der gesamten BIP-Effekte aus. Die *Handelseffekte* und der *Immigrationsgewinn* sind viel weniger bedeutend. *FDI-Abströme* und die *Kosten der Erweiterung* haben leicht negative Effekte auf das reale BIP. In *Ungarn* sind dagegen die Handelseffekte und jene aufgrund der EU-Transfers von größerer Bedeutung als die Binnenmarkteffekte und jene durch die FDI-Zuströme.

Die EU-Erweiterung hat nicht nur unterschiedliche Auswirkungen auf das reale BIP der EU-Mitgliedstaaten und der MOEL, die Folgen für die Arbeitsmärkte und die Preisentwicklung sind sehr verschieden (Übersicht 17). Die Erweiterung ist daher als eine Art externer Schock

Übersicht 17: Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung für ausgewählte Länder

	Deutschland		Italien		Großbritannien		Spanien		Österreich		Polen		Ungarn		Tschechien	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %																
Bruttoinlandsprodukt																
Real	0,63	0,48	0,50	0,50	0,24	0,18	0,28	-0,18	0,83	0,66	5,26	8,02	7,32	8,40	4,03	5,65
Nominell	0,70	0,63	0,37	-0,36	0,18	-0,13	0,08	-0,30	0,82	0,11	4,21	1,87	7,67	8,49	2,60	-2,31
pro Kopf, real	0,52	0,41	0,49	0,49	0,23	0,17	0,27	-0,18	0,62	0,54	5,52	8,18	7,56	8,54	4,18	5,75
Verfügbares persönliches Einkommen																
Nominell	0,32	0,33	0,10	-0,29	0,01	-0,24	-0,02	-0,40	0,52	-0,22	3,68	1,66	7,06	9,60	2,81	0,76
Real	0,73	0,76	0,69	1,04	0,15	0,25	0,30	-0,02	1,35	1,21	5,66	9,87	8,16	12,20	5,72	11,36
Verbraucherpreise	-0,42	-0,43	-0,59	-1,33	-0,06	-0,31	-0,33	-0,41	-0,84	-1,42	-1,97	-8,14	-1,11	-2,77	-2,88	-10,62
Beschäftigung gesamt	0,09	0,47	-0,15	0,02	-0,28	0,08	-0,35	-0,55	-0,37	-0,04	0,45	1,71	0,42	0,82	-0,54	0,40
Produktivität (BIP/Beschäftigten)	0,53	0,01	0,63	0,48	0,51	0,10	0,61	0,36	1,20	0,72	4,83	6,30	6,91	7,56	4,58	5,22
Relative Lohnstückkosten (realer effektiver Wechselkurs)	-0,16	1,36	-0,47	-0,09	-0,09	-0,41	-0,17	0,83	-0,18	-0,01	3,04	5,51	4,69	3,57	4,85	10,42
Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in Prozentpunkten																
Arbeitslosenquote	0,11	-0,21	0,15	0,06	0,28	-0,05	0,32	0,53	0,60	0,20	-0,63	-1,33	-0,52	-0,39	0,43	-0,15
Leistungsbilanz (in % des BIP)	0,04	0,24	-0,05	-0,21	0,04	0,21	-0,33	-0,15	-0,04	0,40	3,07	4,87	-1,04	-5,28	3,09	3,57
Staatshaushalt (in % des BIP)	0,11	0,29	0,10	0,00	-0,07	0,12	-0,06	-0,23	0,12	0,25	2,48	6,12	4,56	3,85	0,83	1,90
Kurzfristige Zinssätze	-0,18	0,72	-0,18	0,72	0,13	0,20	-0,18	0,72	-0,18	0,72	-3,95	-4,26	-1,46	5,81	2,04	5,54

A = Durchschnitt 2005/2006

B = Durchschnitt 2008/2010

Q: Eigene Simulationen mit dem OEF World Macroeconomic Model.

aufzufassen, der in den alten und neuen Mitgliedstaaten asymmetrisch wirkt. Die zentral von der EZB gesteuerte Geldpolitik in der Eurozone wird daher kurz nach der Erweiterung eher erschwert als erleichtert. Erst nachdem die Schockwellen der Erweiterung abgeklungen sind, kann man mit einem Fortschreiten der Synchronisierung der Konjunkturzyklen in der Eurozone rechnen.

Der *zeitliche Verlauf* wichtiger makroökonomischer Größen kann anhand der Entwicklung in Österreich, das seitens der bisherigen Mitglieder der EU von der Erweiterung am stärksten betroffen sein wird, beispielhaft studiert werden (Übersicht 18):

- Generell würde Österreich durch die Erweiterung um drei MOEL in den *ersten drei Jahren* nach der Erweiterung einen BIP-Impuls von fast einem Prozentpunkt erfahren, der dann allmählich abklingt. Fast ein Viertel bis zur Hälfte davon stammt aus einer Komponente des "Binnenmarkteffekts", nämlich vom angenommenen *Produktivitätsschock*. Der Produktivitätsschock führt über sinkende Kosten und eine gedämpfte Preisentwicklung zur Stärkung der Kaufkraft und damit zur inländischen Mehrnachfrage. Allerdings geht die Produktivitätssteigerung zulasten der Beschäftigung. Daher sinkt anfänglich die Zahl der Beschäftigten um rund ein Drittel Prozent.
- Erst nach Abklingen des Produktivitätsschocks werden wieder mehr Beschäftigte nachgefragt. Würde man den Produktivitätsschock völlig außer Acht lassen, würde nach der EU-Erweiterung die Beschäftigung sofort um rund ein Drittel Prozent zunehmen. Allerdings würde das reale BIP in den ersten drei Jahren weniger stark wachsen (lediglich um rund zwei Drittel Prozent gegenüber fast einem Prozent in der Vollvariante).
- Analog muss im Zuge der Erweiterung mit vollen Binnenmarkteffekten und *Migration* mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit am Beginn von einem halben bis zwei Drittel Prozentpunkten gerechnet werden. Dieser Effekt läuft aber bald aus. Ohne expliziter Berücksichtigung der Produktivitätseffekte würde die Arbeitslosenquote gleich nach der Erweiterung leicht zurückgehen.
- Die EU-Erweiterung führt über *positive Handelseffekte* zu einer leichten Verbesserung der Leistungsbilanz. Diese positiven Einflüsse werden anfänglich durch negative Binnenmarkteffekte (gestiegene reale Kaufkraft führt zu mehr Importen) teilweise gedämpft. Kumuliert bis zum Jahr 2010 führt die Erweiterung insgesamt aber zu einer

Übersicht 18: Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Österreich

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in %									
Bruttoinlandsprodukt										
real	0,04	0,10	0,11	0,08	0,81	0,85	0,92	0,76	0,80	0,43
nominell	0,04	0,13	0,19	0,27	0,96	0,68	0,53	0,20	0,18	-0,06
pro Kopf, real	0,04	0,10	0,11	0,08	0,59	0,65	0,74	0,61	0,67	0,33
Verfügbares persönliches Einkommen										
nominell	0,02	0,08	0,14	0,23	0,54	0,50	0,25	-0,03	-0,21	-0,42
real	0,01	0,07	0,07	0,07	1,24	1,46	1,47	1,38	1,24	1,00
Verbraucherpreise	0,00	0,02	0,08	0,15	-0,72	-0,96	-1,21	-1,37	-1,47	-1,42
Beschäftigung gesamt	0,01	0,03	0,03	0,04	-0,27	-0,46	-0,34	-0,30	0,04	0,14
Produktivität (BIP/Beschäftigten)	0,03	0,07	0,07	0,04	1,09	1,31	1,28	1,09	0,78	0,30
Relative Lohnstückkosten (realer effektiver Wechselkurs)	-0,06	-0,03	0,06	0,17	-0,35	0,00	-0,16	-0,06	-0,13	0,16
	Kumulierte Abweichungen von der Basislösung in Prozentpunkten									
Arbeitslosenquote	-0,01	-0,03	-0,03	-0,03	0,52	0,68	0,54	0,48	0,11	0,01
Leistungsbilanz (in % des BIP)	0,02	0,07	0,13	0,13	-0,05	-0,02	0,20	0,25	0,50	0,44
Staatshaushalt (in % des BIP)	0,01	0,05	0,06	0,06	0,10	0,14	0,22	0,22	0,28	0,24
Kurzfristige Zinssätze	0,01	0,08	0,16	0,16	-0,41	0,05	0,32	0,55	0,72	0,90

Q: Eigene Simulationen mit dem OEF World Macroeconomic Model.

Verbesserung der Leistungsbilanz in Österreich.

- Die relative *Wettbewerbsfähigkeit* (relative Lohnstückkosten oder realer effektiver Wechselkurs) verbessert sich zu Beginn infolge des Produktivitätsschocks; dieser Effekt klingt aber über die Zeit rasch ab.
- Mehr Wachstum führt über mehr Steuereinnahmen – trotz der geringfügigen Kosten für die Erweiterung – zu einer leichten *Verbesserung des Staatshaushalts*.
- Der einheitliche kurzfristige *Zinssatz* im Euroraum (und damit auch in Österreich) sinkt zu Beginn der Erweiterung (hauptsächlich bedingt durch einen der Binnenmarkteffekte, nämlich durch den zunehmenden Preiswettbewerb), steigt aber im Laufe der Zeit an, teilweise auch aufgrund des zusätzlichen Kapitalbedarf zur Finanzierung der Direktinvestitionen in den neuen Mitgliedstaaten.

Diese Ergebnisse liegen irgendwie in der Mitte von jenen bisheriger Studien. Sie sind mit jenen von *Brown – Deardorff – Djankov – Stern* (1997) mit einem Welt-CGE-Modell vergleichbar. Diese Autoren erhalten langfristige Realeinkommensgewinne von 7,3% für die Tschechoslowakei, von 6,8% für Ungarn und von 5,6% für Polen. Der Spill-over-Effekt auf das Realeinkommen der EU beträgt 0,2%. *Neck – Haber – McKibbin* (1999) kommen mit einem Weltmakromodell zu sehr bescheidenen BIP-Effekten für Osteuropa (+1,6%) und praktisch keinen Effekten für die EU. *Baldwin – Francois – Portes* (1997) liegen mit den Ergebnissen aus Simulationen mit einem Welt-CGE-Modell im Falle des optimistischen Szenarios mit einem Realeinkommensanstieg von 18,8% für die MOEL 7 langfristig an der oberen Grenze des Möglichen; auf die EU würde sich dies nur mit einem Realeinkommensanstieg von 0,2% auswirken. Ähnliche Ergebnisse findet man in einem kalibrierten Zwei-Block (EU 15 und MOEL 10) Wachstumsmodell (*Breuss*, 2000), das ebenfalls Handelseffekte, direkte Wachstumseffekte (über das Wachstum der gesamten Faktorproduktivität – TFP), FDI-Effekte, Migrationseffekte und Budgeteffekte (Kosten der Erweiterung) berücksichtigt. Der wichtigste Wachstumsimpuls stammt von einem Anstieg der TFP. Daraus ergibt sich nach 18 Jahren ein Anstieg des realen BIP von 17% in den MOEL 10 und von 2,8% in der EU 15. Eine raschere Erweiterung um die MOEL 10 würde zu mehr BIP- und Wohlfahrtseffekten in beiden Regionen führen.

Auf jeden Fall führt der stärkere Wachstumsimpuls durch die Erweiterung in den MOEL zur Konvergenz des BIP pro Kopf und verringert somit mittel- bis langfristig das Migrationspotential. Weiters zeigen die Simulationen mit dem OEF Weltmakromodell, dass – dem Balassa-Samuelson-Effekt entsprechend – in den MOEL nach der EU-Erweiterung eine reale Abwertung ihrer Währungen stattfindet.

SEKTORALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT¹⁰⁾

PETER MAYERHOFER UND GERHARD PALME

In den Regionen an der EU-Außengrenze werden die Folgen eines Eintritts der MOEL in den gemeinsamen Markt nach Branchen verschieden sein. Dies resultiert aus erheblichen Unterschieden im handelspolitischen Rahmen und vor allem aus der abweichenden Wettbewerbsposition der Branchen gegenüber neuen Konkurrenten aus Mittel- und Osteuropa. Der bisher unterschiedliche Liberalisierungsgrad nach Sektoren begründet die sektorale Betroffenheit, die Wettbewerbsfähigkeit die daraus folgenden positiven oder negativen Entwicklungspotentiale:

Nach den *Ansätzen der neueren Integrationstheorie* finden in den Regionen an der EU-Außengrenze Branchen dann

- Vorteile im neuen Wettbewerbsumfeld vor, wenn sie *technologieintensiv* (bzw. *softwareintensiv*) oder *marketingintensiv* produzieren, Mitarbeiter mit hoher Qualifikation einsetzen, auf Märkten mit starkem Qualitätswettbewerb agieren, hohe technische Skalenerträge lukrieren, Clustervorteile nutzen und/oder in räumlichen Vorleistungs- und Absatzverbänden produzieren ("begünstigte Branchen").
- Nachteile aus verstärkter Konkurrenzierung durch mittel- und osteuropäische Unternehmen sind dagegen in Branchen zu erwarten, die *arbeitsintensiv und mit niedrigem*

¹⁰⁾ Auszug (Text und Tabellen) aus: Mayerhofer, P., Palme, G., "Teilprojekt 15: Wirtschaftspolitische Empfehlungen auf Basis der Analyseergebnisse", in: Mayerhofer, P., Palme, G., Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung (Preparity, Teilprojekt 15), Oktober 2001A. Mayerhofer, P., Palme, G., "Teilprojekt 8: Aspekte der regionalen Wettbewerbsfähigkeit", in: Mayerhofer, P., Palme, G., Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung (Preparity, Teilprojekt 8), Oktober 2001B.

Humankapitaleinsatz produzieren und/oder auf Märkten mit Preiswettbewerb tätig sind ("benachteiligte Branchen"¹¹⁾).

Für Anbieter lediglich regional handelbarer Dienstleistungen sind diese Brancheneigenschaften nur in "Grenzregionen" relevant. Die Definition dieser "Grenzregionen" wurde so gewählt, dass sie etwa ein regionales Marktgebiet abbilden (innerhalb einer Fahrzeit im Individualverkehr von 90 Minuten zum nächstgelegenen Zentrum in den MOEL).

Allerdings ist ein *Strukturwandel* unvermeidlich, damit die in diesen Regionen ansässigen Unternehmen ihre Wettbewerbsposition auf nationalen und insbesondere internationalen Märkten behaupten können. Auch wenn sie kurzfristig einem erhöhten Anpassungsdruck ausgesetzt sind, wird sich die unmittelbare Nähe zu den Beitrittskandidaten mittel- bis langfristig positiv auswirken. In der Möglichkeit einer Intensivierung der Arbeitsteilung mit den rasch wachsenden Volkswirtschaften der MOEL liegt zweifellos ein Vorteil über den grenzferne Regionen nicht verfügen. Das gilt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, weil diese in ihren Internationalisierungstätigkeiten stärker distanzabhängig sind.

1. Sachgüterproduktion

In der Sachgüterproduktion wird eine bereits weit gediehene Marktöffnung gegenüber den MOEL 10 durch den bevorstehenden Integrationsschritt lediglich vervollständigt bzw. abgeschlossen. Die EU-Erweiterung wird daher hier keine grundsätzliche Veränderung der Marktsituation mit sich bringen, allenfalls werden bereits seit der Ostöffnung sichtbare Trends (mäßig) verstärkt. Der Strukturwandel dürfte schwächer ausfallen als in den neunziger Jahren, als die österreichische Sachgüterproduktion den EU-Beitritt zu verkraften hatte und der Übergang zur Zollfreizone mit den assoziierten Ländern bewältigt werden musste.

Im nun folgenden Übergang zu einem tief integrierten Binnenmarkt werden die Grenzkontrollen abgebaut, die Ursprungsregeln für Vorprodukte aus Drittländern beseitigt und die Rechtsnormen im Rahmen der Übernahme des *Acquis Communautaire* harmonisiert (technische Normen, Umwelt-, Sicherheits- und Sozialstandards). Strukturbrüche durch die

¹¹⁾ Als "neutrale Branchen" werden hier jene Bereiche bezeichnet, in denen sich der Wettbewerbsdruck von Unternehmen aus den MOEL auf EU-Betriebe kaum verändern wird.

EU-Erweiterung können für die Sachgüterproduktion auch aufgrund der bisherigen (positiven) Erfahrungen im Außenhandel mit den MOEL ausgeschlossen werden.

Der Erfolg im Außenhandel mit den Beitrittskandidatenländern spiegelt die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe im Westen wider. In Österreich weist die Hälfte der Branchen(-typen) der Sachgüterproduktion positive Handelsbilanzsalden mit den MOEL 10 auf, besonders groß sind diese mit

- Waren der Lebensmittelindustrie,
- Maschinen-,
- Baustoff-,
- Elektro- (inklusive Instrumente) und
- Chemieindustrie.

Ein starker negativer Saldo ergibt sich im Handel mit

- mineralischen Rohstoffen,
- Leder, Bekleidung, Schuhen,
- landwirtschaftlichen Produkten,
- verschiedenen Fertigwaren wie Möbel und einigen Produkten der
- Fahrzeugindustrie¹²⁾ (Übersicht 19).

Insgesamt hatte Österreich im Handel mit den MOEL 10 einen Handelsbilanzüberschuss von 13% wogegen im gesamten Außenhandel ein Defizit von 6,4% bestand.

Auch größere regionale Verwerfungen sind in der Sachgüterproduktion nicht zu erwarten, wengleich die räumliche Verteilung zwischen begünstigten, benachteiligten und neutralen

¹²⁾ Der negative Saldo der Fahrzeugindustrie entstand durch die hohen Zulieferungen aus den MOEL im Zuge des Ausbaus grenzüberschreitender Produktionsnetze in der Fahrzeugindustrie.

Übersicht 19: Handelsbilanz der Warengruppen nach Bundesländern

Handelsbilanz in % des Handelsvolumens, Durchschnitt 1998/1999

	Wien	Nieder- österreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Ober- österreich	Salzburg	Österreich
<i>Handel mit den MOEL 10</i>								
Landwirtschaftliche Produkte	14,3	-12,0	24,3	-6,4	4,4	7,1	47,3	-1,5
Waren der Lebensmittelindustrie	39,4	3,3	55,5	38,9	70,1	71,8	83,9	37,4
Mineralische Stoffe	-15,6	-94,0	-83,1	-77,5	-14,3	-98,1	-65,6	-37,7
Chemische Produkte, Kunststoffe	56,5	38,9	73,5	49,1	22,9	43,6	47,1	47,9
Leder, Bekleidung, Schuhe	-33,2	33,2	-1,0	-9,5	-21,1	-26,8	-21,0	-5,3
Holz, Papier, Pappe	-19,0	-14,8	24,5	14,2	-53,7	23,1	17,4	-0,3
Waren aus Steinen, Gips, Glas	48,1	4,9	59,3	55,0	31,1	-51,9	-0,9	20,7
Edle und unedle Metalle	-9,6	11,6	28,2	13,5	-18,1	11,4	28,5	3,7
Maschinen, TV	21,4	52,1	-20,8	-4,7	66,3	26,3	10,8	28,6
Beförderungsmittel	34,2	12,0	-13,8	37,7	66,1	56,8	-58,1	-1,6
Instrumente, Apparate, Uhren, Waffen	81,7	59,2	-6,6	70,9	58,6	14,4	54,7	54,2
Verschiedene Waren, Möbel, Beleuchtung	4,2	-2,9	1,4	-20,2	-0,4	-50,4	17,0	-12,9
Insgesamt	15,1	31,1	0,0	2,8	18,4	6,4	-18,0	13,0
<i>Handel mit der Welt</i>								
Landwirtschaftliche Produkte	-45,0	-39,6	-20,7	1,2	21,1	-11,5	-20,3	-25,0
Waren der Lebensmittelindustrie	-31,8	-39,0	21,2	19,5	20,7	-27,0	21,3	-14,1
Mineralische Stoffe	-69,0	-84,6	-86,3	-41,9	6,7	-85,4	-47,9	-59,9
Chemische Produkte, Kunststoffe	-25,5	-8,6	10,1	-21,3	-6,7	-0,3	-30,0	-15,2
Leder, Bekleidung, Schuhe	-68,0	-6,3	-3,6	-23,0	1,0	-4,1	-47,2	-12,8
Holz, Papier, Pappe	-23,3	-16,3	40,9	61,6	40,3	39,2	17,8	21,4
Waren aus Steinen, Gips, Glas	23,5	-12,3	7,8	-9,6	21,5	-45,4	-53,0	6,5
Edle und unedle Metalle	-32,3	11,8	-30,1	30,3	3,9	18,9	-28,5	6,6
Maschinen, TV	-26,7	-3,3	-23,1	21,1	33,6	22,5	27,7	2,9
Beförderungsmittel	-21,0	-19,8	-15,7	10,3	-83,8	32,2	-72,1	-22,4
Instrumente, Apparate, Uhren, Waffen	-53,6	-29,0	10,5	16,7	2,8	12,9	-22,7	-19,2
Verschiedene Waren, Möbel, Beleuchtung	-54,7	-4,6	-40,6	-27,1	14,2	-1,4	2,0	-2,3
Insgesamt	-32,6	-7,9	-10,3	15,7	13,1	12,4	-22,1	-6,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Branchen durchaus unterschiedlich ist. Begünstigte Branchentypen bevorzugen in Österreich die humankapitalintensiven Wirtschaftsregionen, wobei die Metropole Wien und die Großstädte die größten Standortvorteile anbieten. Benachteiligte Branchen haben überdurchschnittlich viele Betriebsstandorte in sachkapitalintensiven und ländlichen Regionen; in den humankapitalintensiven Wirtschaftsregionen bietet ihnen nur das Umland mit seinen Bodenkostenvorteilen geeignete Standortbedingungen. Neutrale Branchen sind in ihren Standortanforderungen am wenigsten selektiv, regionale Konzentrationen lassen sich hier kaum festmachen.

2. Dienstleistungen

Ähnlich wie in der Sachgüterproduktion können über größere Distanzen übertragbare ("international handelbare") Dienstleistungen schon jetzt weitgehend unbeschränkt mit den MOEL ausgetauscht werden. Hier werden sich die Wettbewerbsvorteile der Anbieter aus den EU-Grenzregionen weiterhin durchsetzen. Im Gegensatz dazu werden Dienstleistungsunternehmen, die auf "regionalen" Märkten¹³⁾ engagiert sind, einem stark veränderten Wettbewerbsregime gegenüberstehen. Dieser intensivere Wettbewerb wird allerdings die Preise von lokalen bzw. regionalen Importgütern drücken, was positive Realeinkommenseffekte und Wohlfahrtsgewinne für die Bevölkerung der Grenzregionen auslösen wird. Grenzferne Regionen werden davon nicht betroffen sein.

Unter den Anbietern von Dienstleistungen, die nur durch einen Konsum im Ausland "exportiert" werden können, wird vor allem der *Einzelhandel* nach dem Wegfall von Beschränkungen für den Direktimport von Waren einem erhöhten Konkurrenzdruck ausgesetzt sein.

Im Bereich jener Dienstleistungen, die durch eine *Niederlassung im Gastland* erbracht und auf diese Weise "exportiert" werden, beseitigt die EU-Erweiterung ein handelspolitisches Regime, das durch das Zusammenspiel unterschiedlicher nationaler Regulierungen (Fremdenrecht, Gewerbeordnung, Ausländerbeschäftigungsgesetz) derzeit vor allem auf

¹³⁾ Auf diesen Märkten ist der Absatzradius begrenzt, weil der Anbieter bei der Leistungserbringung am Ort der Nachfrage anwesend sein muss.

EU-Seite äußerst restriktiv wirkt. Da Niederlassungen aus den Integrationsländern vollständig dem Rechtsbestand des Gastlandes unterliegen, sind Wettbewerbsverzerrungen aus der Niederlassungsfreiheit für MOEL-Anbieter allerdings kaum zu erwarten.

Stark zunehmen wird hingegen die Wettbewerbsintensität auf jenen regionalen Dienstleistungsmärkten, auf denen die volle Ausschöpfung von Potentialen der *grenzüberschreitenden Leistungserbringung* durch grenzbedingte (nationale) Segmentierungen bisher unmöglich war. Hier wird sich der Preiswettbewerb erheblich verschärfen. Allerdings werden auch den Unternehmen an der derzeitigen EU-Außengrenze erhebliche Chancen zum grenzüberschreitenden Dienstleistungsexport erwachsen, sofern sie über unternehmensspezifische Wettbewerbsvorteile verfügen.

Österreich erzielt im Dienstleistungshandel mit den MOEL 5 derzeit – allerdings als Ergebnis eines gesteuerten Handelsregimes – erhebliche Überschüsse – der Handel mit den benachbarten Staaten Mittel- und Osteuropas trägt rund 40% des gesamten Überschusses in Österreichs Dienstleistungsbilanz bei. Große positive Handelsbilanzsalden mit den assoziierten Ländern werden vor allem mit wissensintensiven und komplexen Unternehmensdienstleistungen erzielt. Offensichtlich können Österreichs Anbieter, die auf dem Weltmarkt nur eingeschränkt wettbewerbsfähig sind, auf den noch nicht voll entwickelten Märkten der Transformationsländer mit ihrem enormen Aufholbedarf punkten.

In Hinblick auf die EU-Erweiterung zeigt eine detaillierte *Branchenanalyse* für Österreich auch im Dienstleistungsbereich eine günstige Ausgangssituation. Die überwiegende Mehrzahl der Branchen weist eine vorteilhafte bzw. neutrale Wettbewerbsposition auf. Dies gilt insbesondere für Anbieter auf internationalen Märkten; Dienstleister mit potentiellen Nachteilen sind meist auf einem geographisch beschränkten Markt tätig. Nachteilige Brancheneigenschaften zeigen sich in nur 18 der über 70 untersuchten Dienstleistungsbranchen. Darunter sind jedoch Bereiche (gesamtes Bauwesen, Teile des Einzelhandels, sonstiger Landverkehr), die für die Gesamtbeschäftigung von erheblicher Bedeutung sind. Vergleichende Analysen zeigen allerdings, dass Befürchtungen über eine breite Bedrohung des österreichischen Unternehmensbestandes auch in diesen Problembereichen unbegründet sind, weil erhebliche Mängel in der Angebotsstruktur der MOEL bestehen und die Nachfrage sich in den genannten Bereichen grundsätzlich positiv entwickeln wird. Kleinere Anbieter in Grenznähe könnten im Zuge der EU-Erweiterung dennoch einem erheblichen Anpassungsdruck ausgesetzt sein.

In räumlicher Perspektive verteilt sich die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich in Österreich deutlich ungleicher als in der Sachgüterproduktion. Die Konzentrationstendenzen werden allerdings durch die Unternehmenswanderung von den Kernstädten in ihr Umland (Dezentralisierung) und vor allem durch großräumige Aufholprozesse an der Peripherie (Deglomeration) überlagert. Aus der Ostintegration begünstigte Branchengruppen konzentrieren sich in den Großstädten und deren Umland, potentiell benachteiligte Dienstleistungsbranchen sind gleichmäßiger über das Bundesgebiet verteilt, haben jedoch in den ländlichen Regionen eine größere Bedeutung für die Wirtschaftsstruktur. Da viele dieser Dienstleistungen nur regional handelbar sind, dürften die ländlichen Grenzregionen in der Bewältigung des bevorstehenden Integrationsschrittes strukturell benachteiligt sein.

3. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist insofern ein kritischer Bereich, als durch den EU-Beitritt der MOEL 10 das Agrarpotential der Union beträchtlich (um etwa 40%) erhöht wird. Dies wird Wettbewerb und Preisdruck verschärfen und damit die EU-Agrarpolitik (GAP) vor erhebliche Herausforderungen stellen. Die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik wird für die mittel- und osteuropäische Landwirtschaft erhebliche Vorteile in Form höherer Preise und Förderungen bedeuten. Der daraus erwachsende Angebotsdruck könnte neue Diskussionen um die EU-Marktordnung (z. B. für Getreide, Wein, Rindfleisch, Milch) auslösen. Allerdings werden diese Angebotseffekte erst längerfristig wirksam, da die Landwirtschaft der MOEL einen erheblichen Aufholbedarf hat: Derzeit können für die meisten Produktgruppen erhebliche Produktivitätsrückstände nachgewiesen werden. Die derzeitige Situation wäre jedenfalls eine Gelegenheit, aus den Fehlern westlicher Länder in diesem Bereich zu lernen bzw. diese zu vermeiden.

Für die österreichische Landwirtschaft wird der verschärfte Wettbewerbsdruck aus den MOEL angesichts verbliebener Schwächen (teils schwierige natürliche Verhältnisse, kleinbetriebliche Strukturen, Strukturprobleme in der Be- und Verarbeitung, eklatanter Mangel an vertikaler Kooperation mit Be- und Verarbeitern bzw. Vermarktern von Agrarwaren) nicht unproblematisch sein. Mit Marktanteilsverlusten und Ertragseinbußen kann gerechnet werden, eine Beschleunigung der Abwanderung aus der Landarbeit und des Agrarstrukturwandels wären die Folge. Allerdings sind auf kurze und mittlere Frist weniger einschneidende Auswirkungen zu erwarten als durch den EU-Beitritt Österreichs. Am meisten werden

die Bundesländer Niederösterreich, Burgenland und Steiermark von der Verschärfung des Wettbewerbs betroffen sein.

Nach agrarischen *Produktgruppen* sind durch die Erweiterung unterschiedliche Effekte zu erwarten; in der Mehrzahl dürften längerfristig die Herausforderungen überwiegen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

- So müssen Produzenten von *Getreide und Ölsaaten* in Österreich infolge der EU-Erweiterung mit steigendem Angebotsdruck auf den Inlandsmärkten sowie mit einer Verschärfung des Wettbewerbs auf den angestammten Exportmärkten rechnen.
- Auch im *Gemüse- und Gartenbau* sind Marktanteilsverluste im Inland zu erwarten, die voraussichtlich nicht ganz durch zusätzliche Exporte ausgeglichen werden können.
- Ebenso wird auf den *Vieh-, Fleisch- und Milchmärkten* der Anpassungsdruck relativ groß sein.
- Hingegen bieten sich vor allem für den *Obst- und Weinbau* größere Absatzchancen.
- Auf die österreichischen *Geflügelhalter* dürfte sich die EU-Erweiterung ebenso wenig auswirken wie auf die
- *Forst- und Holzwirtschaft*, die bereits jetzt einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist.

4. Regionale Wettbewerbsfähigkeit

Für die Regionen an der derzeitigen EU-Außengrenze lassen sich im Gefolge der EU-Erweiterung durchaus unterschiedliche Integrationserwartungen ableiten. Diese begründen sich aus der Sektorstruktur und aus der Ausstattung mit Standortfaktoren.

- Strukturvorteile resultieren dabei vorwiegend aus einem Besitz mit bevorzugten Branchen der Sachgüterproduktion und Anbietern international handelbarer Dienstleistungen.

- Strukturnachteile gehen dagegen auf eine Häufung benachteiligter Dienstleistungen mit nur regionalem Marktradius zurück, eingeschränkt auch auf Anbieter der Sachgüterproduktion.

Als Standortvorteile wurden für die österreichischen Regionen eine

- hohe Kapitalakkumulation, eine
- regional gute Ausstattung mit Humankapital und Infrastruktur, eine
- hohe Technologie- und Innovationsorientierung der regionalen Unternehmen,
- Verdichtungs Vorteile und der
- Zugang zu großen und dynamischen Märkten sowie eine günstige Branchenstruktur erhoben.

Begünstigt sind die *humankapitalintensiven Regionen*. Sie können in Österreich sowohl in der Sachgüterproduktion als auch im Tertiärbereich auf überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile in Vorteilsbranchen und einen geringeren Besatz an Nachteilsbranchen aufbauen. Besondere Strukturvorteile zeigen sich für Wien und die meisten anderen Großstädte sowie deren Umland (vor allem jenes von Wien, Salzburg und Graz). Mittelstädte sind oft wegen ihrer Industriestruktur begünstigt, zeigen aber Defizite im Bereich international handelbarer Dienstleistungen. Humankapitalintensive Regionen sind nicht nur besser mit potentiell vorteilhaften Branchen ausgestattet, sondern verfügen auch über mehr Standortfaktoren, welche die künftige regionale Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Sachkapitalintensive Regionen dürften von den Vorteilen der EU-Erweiterung strukturbedingt nur eingeschränkt profitieren, vor allem weil sie in Österreich meist außerhalb des Grenzraums zu den MOEL liegen und damit kaum an den Chancen im Bereich regional handelbarer Dienste teilhaben können; dies trifft insbesondere auf die intensiven Tourismusregionen zu. Sie sind aber zugleich weniger mit Branchen belastet, die pessimistische Entwicklungserwartungen rechtfertigen. In der Sachgüterproduktion sind die Strukturvoraussetzungen in den intensiven Industriegebieten dagegen in einigen Fällen (namentlich den Zentralräumen Oberösterreichs und Salzburgs) so günstig, dass insgesamt überdurchschnittliche Chancen resultieren. Erhärtet wird diese optimistische Einschätzung durch

Standortfaktoren, die die Nutzung externer Größen- und Spezialisierungsvorteile unterstützen. Eine Kompensation von Defiziten im Bereich von Forschung und Entwicklung sollte durch eine starke Vernetzung mit den (humankapitalintensiven) Mittelstädten möglich sein.

In den *ländlichen Regionen* haben begünstigte Branchen eine ähnlich geringe Bedeutung wie in den sachkapitalintensiven Regionen. Anders als diese sind die ländlichen Gebiete allerdings stärker mit Branchen besetzt, die durch die Ostintegration benachteiligt sein werden. Für die ländlichen Gebiete in der Grenzregion zu den MOEL ergibt sich daraus eine besonders deutliche Problemlage. Komparative Standortvorteile in der Sachgüterproduktion sind hier schon im Zuge der Ostöffnung verloren gegangen, für die hier besonders bedeutenden regional handelbaren Dienstleistungen kommen nun besondere Anpassungsprobleme aus dem Aufbrechen bisher segmentierter Märkte hinzu. Aufgrund der Nähe zu potentiellen Konkurrenten und des großen Gewichts der Anbieter von regional handelbaren Dienstleistungen ist hier der Beschäftigtenanteil potentiell benachteiligter Branchen um fast 50% höher als im österreichischen Durchschnitt. Randgebiete im Süden und Südosten Österreichs sowie im Wald- und Mühlviertel erscheinen dabei besonders benachteiligt. Darüber hinaus verfügen diese Räume über eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit Standortfaktoren, die in einer internationalen, wissensorientierten Wirtschaft von Bedeutung sind.

Allerdings stehen diese Ergebnisse, die Vorteile für die humankapitalintensiven Regionen und Nachteile für die ländlichen (Grenz-)Regionen erwarten lassen, in deutlichem Gegensatz zur jüngeren Beschäftigungsentwicklung in den österreichischen Regionen. In den humankapitalintensiven Regionen wuchs die Beschäftigung in der Periode 1989/2000 mit +0,7% p. a. wesentlich langsamer als im Durchschnitt, in den ländlichen (Grenz-)Regionen hingegen mit +1,5% p. a. mehr als doppelt so rasch (Übersicht 20). Dieser Wachstumsvorsprung der ländlichen Gebiete und damit verbunden auch der unmittelbaren Grenzbezirke seit 1989 bedeutet einen (statistisch signifikanten) Strukturbruch in der langfristigen Beschäftigungsdynamik. Zugleich war in den humankapitalintensiven Regionen eine signifikante Wende von erheblichen Anteilsgewinnen in den achtziger Jahren zu beträchtlichen Verlusten in den neunziger Jahren zu beobachten. Die beeindruckende Beschäftigungsdynamik der ländlichen (Grenz-)Regionen ist jedoch nicht Folge der Ostöffnung, sondern von (zentrifugalen) Kräften, die im Wesentlichen auf dem Inlandsmarkt ihre Ursache haben. Diese (zentrifugalen) Kräfte werden bewirkt durch:

- a) Der Suburbanisierungsring um die großen Zentren weitet sich aus, sodass die Abwanderung aus den Zentren nicht nur ins unmittelbare Umland, sondern auch ins weitere Umland (und damit im Falle von Wien, Linz und Graz in die Ost-Grenzregionen) erfolgt.
- b) Regionale Anbieter aus den Grenzregionen bearbeiten zunehmend die Märkte der großen Zentren.
- c) Allgemein findet ein Aufholprozess an der Peripherie im Bereich produktionsnaher (Basis-)Dienste statt.

Übersicht 20: Strukturelle Ausgangsposition und Entwicklung in den neunziger Jahren

	Potentiell begünstigte Branchen Lokationsquotienten (Österreich=100)	Potentiell benachteiligte Branchen	Beschäftigung Durchschnittliche jährliche Veränderung 1989/2000 in %
<i>Wirtschaftsregionen</i>			
Metropole	137,9	101,5	+0,2
Großstädte	106,7	91,6	+0,7
Umland	103,0	111,7	+0,2
Mittelstädte	88,4	74,6	+0,9
Intensive Industrieregionen	82,9	86,0	+0,7
Intensive Tourismusregionen	71,8	99,2	+0,9
Extensive Industrieregionen	78,2	110,7	+1,4
Touristische Randgebiete	68,2	117,6	+1,3
Industrialisierte Randgebiete	72,9	139,7	+1,7
<i>Zusammengefasste Wirtschaftsregionen</i>			
Humankapitalintensiv	115,4	97,7	+0,7
Sachkapitalintensiv	79,4	90,2	+0,8
Ländlich	74,9	120,3	+1,5
<i>Grenzregionen</i>			
Nicht-Grenzregion	80,9	71,9	+1,0
Ost-Grenzregion	113,2	119,4	+0,7
davon ländlich	77,0	147,3	+1,6
Österreich	100,0	100,0	+0,9

Q: Mayerhofer – Palme (2001C), ÖIR, HV, WIFO-Berechnungen.

Eine nennenswerte Strukturverbesserung oder gar ein "Entwicklungssprung" – im Sinne einer besonders günstigen Produktivitäts- oder Lohnentwicklung – war damit nur in Einzelfällen verbunden.

Die günstige Entwicklung der österreichischen ländlichen Grenzregionen in den neunziger Jahren kann deshalb nicht als Beleg für eine weiterhin überdurchschnittliche Performance im neuen Integrationsregime gesehen werden. Wieweit die genannten zentrifugalen Kräfte auch in Zukunft ausreichen, um Nachteile der Branchenstruktur und Standortausstattung bei nun offenen regionalen Märkten zu kompensieren, ist kaum abzusehen. Jedenfalls wird die Entwicklung der ländlichen Regionen in engem Zusammenhang mit jener der Großstadtregionen stehen. Positive Effekte dürften damit in den ländlichen Regionen umso eher eintreten, je besser die Großstadtregionen die Chancen der Erweiterung nutzen. Zudem werden die zentrifugalen Kräfte nicht in allen Teilen der ländlichen Grenzregionen gleich wirksam sein. Eine Differenzierung der Entwicklung wird sich vor allem aus der jeweiligen Lage zu den Großstädten ergeben: Während für ländliche Grenzregionen in der Nähe der Städte eine weitere Aufwärtsentwicklung wahrscheinlich ist, dürften die Wirkungen zentrifugaler Kräfte für periphere ländliche Regionen eher gering sein. Zwar sind auch hier keine Strukturbrüche zu erwarten, eine Fortsetzung der langsamen Erosion der regionalen Standortattraktivität ist allerdings nicht auszuschließen.

ARBEITSMARKTWIRKUNGEN¹⁴⁾

PETER HUBER

Das höhere Lohnniveau in der EU zieht Arbeitskräfte aus den MOEL an. Im Falle der EU-Erweiterung und der Freizügigkeit ist ein Zustrom an Arbeitskräften zu erwarten. In den Grenzregionen werden die Pendlerströme zunehmen.

1. Ausmaß des Zustroms

Gegenwärtig liegen europaweit 24 Schätzungen des **Migrationspotentials** aus den MOEL vor, deren Bandbreite von 41.000 bis 680.000 Zuwanderern in die gesamte EU pro Jahr variieren. Generell hat sich in der Literatur ein Konsens herausgebildet, wonach die erwarteten Migrationspotentials nicht sehr hoch sind, die Schätzungen aber zu ungenau sind, um abschließende Aussagen zuzulassen. Überdies betonen die vorliegenden Studien übereinstimmend die Möglichkeit einer regionalen Konzentration der Migration. Insbesondere die Untersuchung von *Brücker – Boeri* (2000) zeigt sehr deutlich, dass der Großteil der Zuwanderung (77%) aus den MOEL auf Österreich und die BRD entfallen werden.

Auch hinsichtlich des zu erwartenden grenzüberschreitenden **Pendervolumens** besteht mittlerweile eine Reihe von Arbeiten. Diese liefern recht unterschiedliche Schätzungen des Pendlerpotentials, was neben der schlechten Prognosegüte der verwendeten Verfahren vor allem auf die Unterschiede hinsichtlich der prognostizierten Größe (Tagespendler oder Tages- und Wochenpendler) und auf Unterschiede in den unterstellten Räumen (ganz Österreich) zurückzuführen ist. Unsere Schätzungen des Tagespendlerpotentials bei einer EU-Erweiterung ohne Übergangsfristen ergeben ein Potential von rund 85.000 Tagespendlern. Allerdings sind unsere Potentialschätzungen mit einiger Unsicherheit behaftet. Diese betreffen zum einen die relative Attraktivität des grenzüberschreitenden Pendelns gegenüber dem Binnenpendeln und zum anderen die maximale Pendeldistanz.

¹⁴⁾ Auszug aus: Huber, P., "Regionale Arbeitsmarktwirkungen der Ostintegration", in: Thesenpapiere, Ready to Enlarge, 8. November 2001.

Genauer sind die Vorhersagen bezüglich der Struktur der Zuwanderung aus den MOEL. Zuwanderer aus den MOEL sind besser ausgebildet als die Zuwanderer aus den traditionellen "Gastarbeiterländern". Das Qualifikationsniveau der MOEL Staatsbürger ist vor allem im Lehrbereich konzentriert. Die Staatsbürger der MOEL werden überdies öfter in Dienstleistungsberufen sowie in höherwertigen Berufen (wie z. B. als Techniker) und seltener als Hilfsarbeitskräfte eingesetzt als andere ausländische Arbeitskräfte.

2. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

Durch Zuwanderung erweitert sich die Ressourcenbasis einer Volkswirtschaft, dies führt zu einem Wachstums- und auch Wohlfahrtsgewinn. Dementsprechend hat Zuwanderung gesamtwirtschaftliche Vorteile. Allerdings kommen diese Vorteile nicht allen Gruppen in gleichem Maße zugute. Generell profitieren hochqualifizierte Arbeitskräfte von der Zuwanderung niedriger qualifizierter Arbeitskräfte. Niedriger qualifizierte Arbeitskräfte kommen hingegen durch Zuwanderung unter zunehmenden Konkurrenzdruck. Bei den Männern ist eine Zuwanderung vor allem mit einem langsameren Lohnwachstum der Arbeiter verbunden, während das Lohnwachstum der Angestellten auf solche Veränderungen kaum reagiert. Bei den Frauen erleiden vor allem immobile Arbeitskräfte Lohneinbußen. Männer wie Frauen im obersten Einkommensquartil erfahren bei einer höheren Zuwanderung ein rascheres Lohnwachstum, während Männer und Frauen im unteren Einkommensquartil eine Verlangsamung ihres Lohnwachstums hinnehmen müssen.

Das Arbeitslosigkeitsrisiko von Männern und Frauen wird durch Zuwanderung stärker beeinflusst als das Wachstum der Löhne. Vor allem bei den Arbeitern erhöht Zuwanderung das Risiko den Arbeitsplatz zu verlieren. Bei allen anderen Gruppen besteht eine sehr große Heterogenität in den Übergängen zur Arbeitslosigkeit. Neuzuwandernde Arbeitskräfte aus den MOEL kommen dabei in erster Linie mit alteingesessenen ausländischen Arbeitskräften in Konkurrenz. Stärkere Konkurrenzverhältnisse bestehen zudem gegenüber inländischen Arbeitern nicht aber zu Angestellten und weiblichen Arbeitskräften.

3. Siedlungsmuster ausländischer Beschäftigter

Wie in den meisten Ländern bevorzugen Zuwanderer in Österreich Regionen, in denen bereits eine starke Minderheit existiert, als Siedlungsregionen. So siedeln Slowenen vor

allem im Süden Österreichs, Tschechen aber im Norden. Im Westen Österreichs siedeln deutlich weniger Bürger der östlichen Nachbarländer als im Osten. Etwas anders ist die Verteilung der Bürger aus dem an Österreich nicht angrenzenden Polen. Sie wohnen vor allem in Wien und in anderen großen Städten. Des weiteren ist der Anteil der ausländischen Staatsbürger mit niedrigem Ausbildungsniveau in den Zentralräumen höher als in der Peripherie. Für Randgebiete stellen Zuwanderer daher eine wichtige Humankapitalressource dar, während es in den Städten notwendig sein wird, durch Integration und Fortbildung die Qualifikations- und Einsatzmöglichkeiten für ausländische Arbeitskräfte zu erhöhen.

VERKEHR

WILFRIED PUWEIN

Der Verkehr in Österreich wird durch einen EU-Beitritt der fünf ostmitteleuropäischen Länder (MOEL 5) Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien besonders berührt. Die Integration beschleunigt das Wachstum ihres Außenhandels und ermöglicht ihren Bürgern die freie Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb der EU. Die positiven Einkommenseffekte der Integration beleben die touristische Nachfrage. Österreich ist aufgrund seiner geographischen Lage ein wichtiges Quell-, Ziel- und Transitland für den Personen- und Güterverkehr der MOEL 5.

Im Berufspendler- und Urlaubsverkehr aus den MOEL 5 besteht ein großes Wachstumspotential, sowohl für Fahrten nach Österreich als auch zu den Arbeitsplätzen und Urlaubsregionen in den anderen EU-Ländern. Erreichen die MOEL ähnliche Mobilitätskennwerte, wie sie derzeit in Westeuropa gegeben sind (insbesondere der Motorisierungsgrad), so kann mit einer Verdoppelung des Personenverkehrs aus den MOEL 5 in Österreich gerechnet werden. Der Zuwachs wird großteils auf den Pkw-Verkehr entfallen.

Die Kontingentierung der grenzüberschreitenden Lkw-Fahrten bremste bisher die Entwicklung des Straßengüterverkehrs mit den MOEL 5 und begünstigte die Bahn. Eine Liberalisierung, wie sie der *acquis communautaire* vorsieht, verlagert nicht nur Transporte von der Bahn auf den Lkw, sondern auch den Lkw-Transitverkehr von Umfahrrouten auf das Straßennetz in Österreich. Ein freier Lkw-Verkehr schafft auch ein flexibles Transportangebot, das vor allem die wirtschaftliche Verflechtung grenznaher Regionen fördert. Staukosten und Straßenbenützungsgebühren beeinflussen das Wachstum des Lkw-Verkehrs.

Nach der WIFO-Prognose (Puwein, 2001) wird im Jahr 2015 das Transportaufkommen in der Einfuhr aus den MOEL 5 mehr als doppelt, in der Ausfuhr 3½-mal so hoch sein wie 1994 (Übersicht 21). In der Einfuhr wird der Straßenanteil von 19% auf fast 50%, in der Ausfuhr von 16% auf rund 65% steigen. Die Straßenanteile werden damit erst im Jahr 2015 so hoch sein wie bereits jetzt im Landverkehr innerhalb der EU. Als Erweiterungsjahr wurde 2004 angenommen.

Das Transportaufkommen im Transitverkehr aus den MOEL 5 wird 2015 mehr als 2½-mal, in umgekehrter Richtung 3½-mal so hoch sein wie 1994. Der Anteil des Lkw am Transportaufkommen wächst von 26% auf 48% bzw. von 43% auf 57%. Der Zuwachs im Transitverkehr wird in besonderem Maße die Donau-Achse und etwas geringer die Pontebbana-Achse (Wiener Neustadt–Tarvis–Udine) belasten. Der Anteil des gesamten MOEL-5-Güterverkehrsaufkommens am Straßenverkehr in Österreich betrug 1994 2,3% und wird im Jahr 2015 (gemessen an der Prognose des Bundesverkehrswegeplans) noch unter 7% liegen.

Übersicht 21: Prognose des MOEL-5-Güterverkehrs in Österreich im Falle einer EU-Erweiterung im Jahr 2004

	1994		2015		
	Transportaufkommen Mio. t	Modal Split Anteile in %	Transportaufkommen Mio. t	1994 = 100	Modal Split ¹⁾ Anteile in %
Ein- und Ausfuhr	16,34	100,0	40,32	246,8	100,0
Straße	2,95	18,1	21,70	735,6	53,8
Bahn	11,85	72,5	17,35	146,4	43,0
Schiff	1,54	9,4	1,27	82,5	3,1
Transit	8,42	100,0	25,05	297,5	100,0
Straße	2,71	32,2	13,06	481,9	52,1
Bahn	3,71	44,1	8,74	235,6	34,9
Schiff	2,00	23,8	3,25	162,5	13,0
Davon					
Transit Donau-Achse	3,81	100,0	12,66	332,3	100,0
Straße	0,84	22,0	5,97	710,7	47,2
Bahn	0,97	25,5	3,44	354,6	27,2
Schiff	2,00	52,5	3,25	162,5	25,7
Transit Pontebbana-Achse	2,22	100,0	7,94	357,7	100,0
Straße	0,72	32,4	4,27	593,1	53,8
Bahn	1,50	67,6	3,67	244,7	46,2
Gesamter MOEL-5-Güterverkehr	24,76	100,0	65,37	264,0	100,0
Straße	5,66	22,9	34,76	614,1	53,2
Bahn	15,56	62,8	26,09	167,7	39,9
Schiff	3,54	14,3	4,52	127,7	6,9

¹⁾ Aufteilung von Beförderungen auf die verschiedenen Verkehrsträger (Straße, Schiene, Wasserstraßen).

Im Straßennetz Österreichs treten bereits jetzt regelmäßig Kapazitätsengpässe auf, die hohe Staukosten verursachen. Die Integration der MOEL 5 wird bestehende Probleme, insbesondere im Raum Wien und auf Abschnitten der Westautobahn, verschärfen. Staus verteuern den Straßentransport und beeinträchtigen seine Qualität. Um Produktionsstandorte in Österreich abzusichern, muss die Verkehrsinfrastruktur laufend den steigenden Anforderungen angepasst werden. Die EU-Erweiterung eröffnet der heimischen Transportwirtschaft neue Wachstumschancen. Die Intensivierung der Ost-West- und Nord-Süd-Handelsströme vermehrt den Warenumschlag insbesondere in den Knotenpunkten Wien und

Linz. Damit steigt die Nachfrage nach Logistikleistungen (Transport, Lagerung, Disponierung, Finishing usw.). Auch Fuhrgewerbe, Bahn und Donauschifffahrt könnten von ihrem Standort im Schnittpunkt stark wachsender Verkehrsströme profitieren. Die Gesellschaft beurteilt allerdings den Straßenausbau zunehmend kritisch. Die Engpassprobleme werden wohl nur mehr in begrenztem Ausmaß durch Kapazitätserweiterungen zu lösen sein; ohne entsprechende Regulierung werden aber die Staukosten stark zunehmen. Eine ökonomische Nutzung knapper Verkehrsflächen könnte durch Preisincentives (Road Pricing) angestrebt werden. Gleichzeitig könnte ein verbessertes Transportangebot von Bahn und Donauschifffahrt verhindern, dass abnehmende Transportqualität und steigende Kosten im Straßengüterverkehr sowohl den Wirtschaftsstandort Österreich als auch den Integrationsprozess der MOEL beeinträchtigen.

DIREKTINVESTITIONEN IN OSTEUROPA

JAN STANKOVSKY

1. Problemstellung

Direktinvestitionen im Ausland sind zum Teil eine Alternative zum Export, oft aber eine Voraussetzung des Exports. Die meisten Studien zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und dem Außenhandel. Grenzüberschreitende Direktinvestitionen sind zwar weiterhin eine Domäne großer multinationaler Gesellschaften, doch machen zunehmend auch mittlere, oft auch kleine Unternehmen von dieser Möglichkeit Gebrauch, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Direktinvestitionen in Osteuropa dienen vor allem zur Erschließung und Sicherung des Marktes sowie der Nutzung der Kostenvorteile.

Im internationalen Vergleich weist Österreich eine relativ schwache Position bei den aktiven Direktinvestitionen (österreichische Investitionen im Ausland) auf. Seit Beginn der neunziger Jahre findet aber ein Aufholprozess statt, der sich vor allem auf die Wahrnehmung von Chancen für Kapitalbeteiligungen an Unternehmen in Osteuropa stützte.

Heute stellt Österreich in Osteuropa – vor allem in den Nachbarländern – einen der wichtigsten ausländischen Investoren dar. Die bevorstehende Osterweiterung der EU wird die Attraktivität der Region als Investitionsstandort signifikant erhöhen, das Investitionsrisiko in Osteuropa hingegen verringern. Österreichische Unternehmen werden in den nächsten Jahren ihr Kapitalengagement im Osten erhöhen, die Bedeutung Osteuropas als Standort österreichischer Auslandsinvestitionen wird weiter zunehmen.

Das Kapitalengagement in Osteuropa hat bisher für Österreich überwiegend Vorteile gebracht und wird sich auch in Zukunft positiv auswirken. Es wäre eine wichtige Aufgabe der österreichischen Wirtschaftspolitik, diesen Prozess nach Möglichkeit zu fördern.

2. Bedeutung der Direktinvestitionen für Wirtschaftspolitik und Unternehmen

Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland liegt in der Komplementarität zum Export. Direktinvestitionen müssen auch als wichtiger Bestandteil der Wachstumsstrategie von Unternehmen verstanden werden.

Aufgrund der geringeren Marktnähe, der Transportkosten sowie der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse bietet die Exporttätigkeit allein oft unzureichende Expansionschancen. In einer solchen Situation stellen Direktinvestitionen oft eine Lösung dar. Untersuchungen zeigen, dass österreichische Unternehmen mit Direktinvestitionen im Ausland an ihren österreichischen Standorten c. p. produktiver sind, als nur exportierende Unternehmen (Pfaffermayr, 1999). Diese Unternehmen leisten also einen wesentlichen Beitrag zur Performance und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie.

Eine Sonderauswertung des WIFO-Investitionstests für die österreichische Industrie in der Periode 1989/1997 zeigt ein ähnliches Bild (Hahn et al., 1999). Unternehmen mit hoher Auslandsproduktion sind auch überdurchschnittlich exportorientiert. Unternehmen, die eine kritische Mindestgröße erreichten und die bereits überdurchschnittlich internationalisiert sind, finden sich eher in technologieintensiven Industriebereichen. Sie setzen auf eine Strategie, die sowohl auf Export als auch auf Auslandsproduktion aufbaut. Unternehmen, die im Ausland investierten, wachsen auch am Inlandsstandort dynamisch. Die Wachstumsrate der Umsätze am Inlandsstandort der Unternehmen mit hoher Auslandsproduktionsquote liegt über dem Industriedurchschnitt. Insgesamt legt das überdurchschnittliche Wachstum jener Unternehmen, die stark – sei es durch Export oder durch Auslandsproduktion – internationalisierten, den Schluss nahe, dass die Leistungsfähigkeit der Unternehmen wesentlich durch unternehmensspezifische Wettbewerbsvorteile bestimmt ist, während die Standortgegebenheiten (bzw. Kostengesichtspunkte) eher eine zweitrangige Rolle spielen.

Österreichische Direktinvestitionen in den *Oststaaten* dienen überwiegend der Erschließung und Bearbeitung des lokalen Marktes, in einigen Fällen aber auch einer Auslagerung der Produktion. Die Übertragung der Fertigung ist keineswegs einem "Export der Arbeitsplätze" gleichzusetzen. Das österreichische Mutterunternehmen sichert sich in der Regel erhebliche Zulieferungen an das Tochterunternehmen im Ausland. Durch die Auslagerung

lohnkostenintensiver Produktionsteile von Österreich nach Osteuropa kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtproduktes verbessert werden, womit auch in Österreich Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden. An den Direktinvestitionen in Osteuropa sind oft mittlere, zum Teil auch kleine Unternehmen beteiligt, für welche die Vorteile der räumlichen Nähe eine besonders große Bedeutung haben.

3. Österreichische Direktinvestitionen im Ausland

3.1 Rückstand Österreichs bei aktiven Direktinvestitionen

Der Wert der österreichischen Neuinvestitionen im Ausland im Jahr 2000 entsprach 1,8% des BIP, der Bestand an Beteiligungen an Unternehmen im Ausland 11,0% des BIP. Die ausländischen Neuinvestitionen in Österreich im Jahr 2000 (10,2 Mrd. €) erreichten hingegen 5,0% des BIP, der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen (33,5 Mrd. €) 16,4% des BIP. Obwohl Österreich zu den reichsten Ländern Europas zählt, sind die Aktiva deutlich geringer als die Passiva. Dieses Defizit wird besonders deutlich bei einem Vergleich der an der Ertragskraft orientierten Marktwerte. Die österreichischen aktiven Direktinvestitionen sind auch niedriger als jene in der EU bzw. den meisten anderen Ländern mit ähnlichem Entwicklungsniveau (siehe hierzu den nächsten Abschnitt).

Der Rückstand Österreichs bei der Internationalisierung durch grenzüberschreitende Direktinvestitionen war in der Vergangenheit noch viel größer: Im Jahr 1980 entsprach der Bestand der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland nur 0,7% des BIP, im Jahr 1988 1,1% und im Jahr 1995 5,0%.

Das geringe Kapitalengagement der österreichischen Unternehmen im Ausland wurde wiederholt als eine ernste Strukturschwäche bezeichnet. Die Ursachen waren mannigfaltig. Die österreichische Wirtschaftspolitik förderte zwar in der Vergangenheit ausländische Direktinvestitionen in Österreich, stand aber den Kapitalbeteiligungen heimischer Firmen im Ausland – die nur als ein "Export der Arbeitsplätze" gesehen wurden – lange Zeit negativ gegenüber. Die österreichische Verstaatlichte Industrie, der bis in die achtziger Jahre eine maßgebliche Stellung in der österreichischen Wirtschaft zukam, zögerte ebenfalls zu lange bei der Internationalisierung durch Direktinvestitionen.

Einige später unternommene Versuche (Bemühungen österreichischer Banken in Westeuropa Fuß zu fassen, Beteiligungen an der Stahlindustrie in den USA, Versuche um eine Diversifizierung der Aluminiumindustrie) brachten keine Erfolge. Den österreichischen privaten kleinen und mittleren Unternehmen fehlte es oft an Risikokapital.

Seit dem Ende der achtziger Jahre ist bei den österreichischen Direktinvestitionen im Ausland ein eindrucksvoller Aufholprozess erkennbar: Die österreichischen Neuinvestitionen – die bis Ende der siebziger Jahre nur selten mehr als 0,1% des BIP ausmachten und die sich auch in den achtziger Jahren nur auf 0,2% bis 0,3% des BIP beliefen – vervielfachten sich 1990 auf 1% des BIP. Mitte der neunziger Jahre flachten sich zwar diese Aktivitäten, zum Teil als Folge einer schwachen Konjunktur, vorübergehend ab. Die zweite Hälfte der neunziger Jahre brachte aber wieder einen spürbaren Anstieg, der sich zuletzt noch weiter verstärkte.

Die Trendwende Ende der achtziger Jahre hatte vor allem zwei Ursachen: Zum einen war das Binnenmarktprojekt der EU ("Vollendung des EU-Binnenmarktes" bis 1992) für viele österreichische Unternehmen Anlass, sich auf diesem Markt ein Standbein zu schaffen. Von größter Bedeutung war aber, dass die österreichischen Unternehmen in hohem Maße die Chance in Osteuropa nach dem politischen Umbruch in der Region im Jahr 1989 wahrnahmen. Das verstärkte Kapitalengagement österreichischer Unternehmen im Ausland wurde durch eine Änderung des wirtschaftspolitischen Klimas sowie durch die Bereitstellung geeigneter Instrumente zur Förderung von Direktinvestitionen ermöglicht.

Als wichtiger Grund für das Internationalisierungsdefizit der österreichischen Wirtschaft muss auch die überwiegend kleinbetriebliche Unternehmensstruktur gewertet werden. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern (wie etwa Schweden) sind in Österreich nur wenige große multinationale Unternehmen mit Headquarter in Österreich entstanden. Die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft ist stark von den Aktivitäten der Unternehmen mittlerer Größe geprägt, die in Osteuropa dank räumlicher Nähe und Informationsvorsprung wichtige Wettbewerbsvorteile vorgefunden haben.

3.2 Derzeitige Situation

Der Wert der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland (*Bestand* am Gesamtkapital) erreichte Ende 1999 19,0 Mrd. €; etwa die Hälfte davon (9,3 Mrd. €) entfiel auf das

Nominalkapital¹⁵⁾. Im Jahr 2000 kann das Gesamtkapital auf 22,7 Mrd. € geschätzt werden. Insgesamt waren im Jahr 1999 902 österreichische Unternehmen ("Mütter", Direktinvestoren) an 2.095 Unternehmen im Ausland ("Töchter", ausländische Direktinvestitionsunternehmen) beteiligt (Übersicht 22). Von der OeNB erfasst werden nur "größere" Unternehmen, die einen Schwellenwert übersteigen¹⁶⁾. Die Wirtschaftskammer Österreich führt in ihren Erhebungen, in die auch kleinste Einheiten und Beteiligungen einbezogen werden, die Anzahl österreichischer Unternehmen im Ausland für das Jahr 2000 mit 15.700 an.

Die 2.095 österreichischen Töchter im Ausland waren wieder an insgesamt 902 Unternehmen ("Enkel") beteiligt. Insgesamt gab es somit 2.997 "österreichische" Unternehmen im Ausland. Der Anteil Österreichs am Nominalkapital der indirekten Beteiligungen im Ausland belief sich auf 2,3 Mrd. €.

In den österreichischen Unternehmen mit Direktinvestitionen im Ausland (österreichische Mütter) waren 1999 im Inland 228.400 Personen beschäftigt, bei den Töchtern im Ausland 199.200. Die Anzahl der bei den österreichischen Töchtern im Ausland Beschäftigten hat sich zwischen 1989 (31.600) und 1999 mehr als versechsfacht (gewichtet). Hiezu kommen noch die bei den 902 Enkeln Beschäftigten hinzu, die sich auf 46.700 belaufen (gewichtet mit dem österreichischen Nominalkapitalanteil). Insgesamt waren somit 1999 in österreichischen Unternehmen im Ausland 245.900 Personen beschäftigt.

Die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland (*Neuinvestitionen*) expandierten in den vergangenen Jahren kräftig: Im Jahr 2000 erreichten sie 3,6 Mrd. € und waren somit um 17% höher als 1999. Auch 1999 (+25%) und 1998 (+40%) hat es hohe Zunahmen gegeben. Nach den bisher verfügbaren Angaben hat sich 2001 dieser Trend nicht abgeschwächt: In der ersten Jahreshälfte erreichten die Neuinvestitionen mit 1,6 Mrd. € den bisher höchsten in den ersten 6 Monaten erreichten Wert.

¹⁵⁾ Zum Gesamtkapital werden, neben dem Nominalkapital, auch Rücklagen, Gewinn- bzw. Verlustvortrag sowie der Saldo von Konzernkrediten gezählt. Seit der OeNB-Erhebung 1999 wird zu den Direktinvestitionsbeständen auch der Jahresgewinn, netto, gezählt. (Die Daten für die Vorjahre wurden entsprechend ergänzt).

¹⁶⁾ Als Direktinvestitionen gelten Beteiligungen am Kapital von zumindest 10% mit dem Ziel einer Einflussnahme auf die Betriebsführung.

Übersicht 22: Bedeutung von Direktinvestitionen

	1999		2000	
	Aktiv	Passiv	Aktiv	Passiv
Bestände¹⁾				
Insgesamt				
Mrd. €	19,0	23,4	22,7	33,5
Mrd. \$	19,1	23,5	21,1	31,2
In % des BIP	9,7	11,9	11,1	16,4
Oststaaten				
Mrd. €	5,5	0,1	7,9	0,1
Mrd. \$	5,5	0,1	7,3	0,1
In % des BIP	2,8	0,0	3,8	0,1
Neuinvestitionen				
Insgesamt				
Mrd. €	3,1	2,8	3,6	10,2
Mrd. \$	3,3	3,0	3,3	9,4
In % des BIP	1,6	1,4	1,8	5,0
Oststaaten				
Mrd. €	1,0	0,3	2,4	0,0
Mrd. \$	1,1	0,3	2,2	0,0
In % des BIP	0,5	0,1	1,2	0,0
Beschäftigte²⁾				
Im Ausland				
In 1.000	199,2			
In Oststaaten				
In 1.000	128,1			
In Österreich				
In 1.000		228,4		
Anteile der Oststaaten				
An Kapitalbeständen	28,8		34,7	
An Neuinvestitionen	33,4		65,9	
An Beschäftigten ³⁾	64,3			

1) Gesamtkapital, Werte für 2000 mit Hilfe von Neuinvestitionen geschätzt (Schätzung OeNB 22,5 Mrd. €). – 2) Direkt Beschäftigte, mit Anteil am Nominalkapital gewichtet. – 3) Im Ausland.

3.3 Österreichs Direktinvestitionen im internationalen Vergleich

Die Auslandsinvestitionsquote (aktive Direktinvestitionen in % des BIP) war in Österreich 1999 mit 9,2% deutlich geringer als in der EU (29,6%)¹⁷⁾. Die Investitionsquote war in allen vergleichbaren Ländern höher als in Österreich, so etwa in Finnland mit 26,8%, in Schweden mit 47,4%, in Italien mit 15,8% und in Spanien mit 19,0%. Ganz andere Dimensionen als in Österreich erreicht die Internationalisierung in der Schweiz (73,9%), in

¹⁷⁾ Die für Österreich in UNCTAD (2001) ausgewiesenen Direktinvestitionsquoten unterscheiden sich zum Teil von den aus österreichischen Quellen errechneten Werten. Diese Differenz dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in den ausländischen Quellen nicht alle Revisionen der Investitionsbestände und des BIP berücksichtigt sind.

den Niederlanden und Belgien (Übersicht 23). Immerhin findet in Österreich ein Aufholprozess statt, durch welchen der Rückstand reduziert wird. Im Jahre 1980 entsprach die österreichische Investitionsquote nur etwa einem Zehntel jener der EU, 1990 etwa einem Viertel, 1995 und 1999 einem Drittel.

Übersicht 23: Internationalisierung Österreichs durch aktive Direktinvestitionen

Bestände im Vergleich zu anderen Industriestaaten

	1980	1990	1995	1999
	In % des BIP			
Österreich ¹⁾	0,7	2,7	5,1	9,2
Belgien/Luxemburg	4,9	19,7	30,4	97,5
Finnland	1,4	8,3	11,9	26,8
Frankreich	3,6	10,1	13,5	24,7
Deutschland	4,7	9,1	10,7	18,9
Irland	-	4,8	6,4	16,4
Italien	1,6	5,2	10,0	15,8
Niederlande	24,5	36,2	42,4	65,7
Spanien	0,9	3,2	7,8	19,0
Schweden	3,0	21,5	31,6	47,4
Großbritannien	15,0	23,4	27,4	49,8
Schweiz	21,1	28,9	46,3	73,9
EU	6,2	11,7	15,5	29,6
Industriestaaten	6,4	9,8	11,8	19,0

Q: UNCTAD, World Investment Report 2001. – ¹⁾ Geringe Unterschiede zu anderen ausgewiesenen Werten.

Die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland sind vor allem auf zwei Regionen konzentriert: Von dem Gesamtbestand Ende 2000 in der Höhe von 22,7 Mrd. € entfielen auf die EU 40,2%, auf die Oststaaten 34,7%. Bei den Neuinvestitionen war der Osten in den Jahren 1999 und 2000 mit Anteilen von 33,4% bzw. 65,9% die wichtigste Zielregion, vor der EU (Anteile 32,7% bzw. 17,7%). Auch im 1. Halbjahr 2001 stand der Osten bei Neuinvestitionen an der ersten Stelle (Übersicht 24).

Werden die Exportanteile als Kennzahl der "traditionellen" Wirtschaftsverflechtung herangezogen, so zeigt sich, dass Österreich bei den aktiven Direktinvestitionen in den Oststaaten überproportional vertreten ist. Der Anteil der Oststaaten beim Direktinvestitionsbestand war im Jahr 2000 doppelt so hoch als der Anteil bei den Exporten, bei den Neuinvestitionen sogar viermal so hoch (Übersicht 25).

Übersicht 24: Österreichische Direktinvestitionen in den Oststaaten und der EU

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	In % des BIP										
<i>Neuinvestitionen</i>											
EU15	0,42	0,57	0,43	0,11	0,22	0,18	0,27	0,45	0,70	0,52	0,31
Oststaaten	0,26	0,28	0,25	0,26	0,22	0,23	0,23	0,52	0,41	0,53	1,17
Ost-Mitteuropa	0,23	0,27	0,25	0,24	0,17	0,20	0,18	0,37	0,36	0,26	0,89
Ungarn	0,22	0,20	0,16	0,15	0,08	0,11	0,10	0,12	0,10	0,03	0,21
Tschechische Republik	0,01	0,04	0,07	0,08	0,07	0,03	0,03	0,09	0,13	0,11	0,44
MOEL 10	0,26	0,27	0,25	0,26	0,20	0,23	0,21	0,43	0,42	0,37	1,05
Restliche Länder	0,34	-0,09	0,21	0,26	0,19	0,07	0,33	0,00	0,19	0,53	0,29
Insgesamt	1,03	0,76	0,89	0,64	0,63	0,48	0,84	0,97	1,30	1,58	1,77
<i>Bestände</i>											
EU15	1,45	1,80	1,86	2,24	2,07	2,33	2,65	2,89	3,58	4,30	4,44
Oststaaten	0,30	0,59	0,86	1,20	1,43	1,41	1,69	2,21	2,28	2,79	3,85
Ost-Mitteuropa	0,24	0,51	0,79	1,10	1,28	1,24	1,48	1,78	1,79	2,08	2,89
Ungarn	0,22	0,45	0,59	0,78	0,80	0,68	0,75	0,83	0,76	0,85	1,03
Tschechische Republik	0,01	0,02	0,14	0,23	0,37	0,40	0,48	0,55	0,59	0,66	1,07
MOEL 10	0,28	0,56	0,85	1,17	1,36	1,36	1,64	2,01	2,11	2,52	3,47
Restliche Länder	1,00	0,86	0,86	1,05	1,13	1,30	1,49	1,95	1,99	2,59	2,78
Insgesamt	2,76	3,25	3,58	4,48	4,64	5,03	5,84	7,05	7,85	9,68	11,07

Q: OeNB, eigene Berechnungen.

Übersicht 25: Österreichische Direktinvestitionen im Ausland nach Regionen

	Neuinvestitionen 2000		Bestände (Gesamtkapital) 2000		Exporte 2000		Relation	
	Mio. €	Anteile in %	Mio. €	Anteile in %	Mio. €	Anteile in %	Anteile an Neuinvest. zu Anteil am Export	Beständen
Oststaaten	2.380	65,5	7.877	34,7	12	16,5	4,0	2,1
Ost-Mitteuropa	1.831	50,4	5.927	26,1	7	10,5	4,8	2,5
Ungarn	437	12,0	2.110	9,3	3	5,0	2,4	1,9
Tschechische Republik	900	24,8	2.191	9,7	2	2,9	8,6	3,4
MOEL 10	2.160	59,5	7.102	31,3	9	13,5	4,4	2,3
EU15	642	17,7	9.105	40,2	43	61,1	0,3	0,7
Restliche Länder	611	16,8	5.690	25,1	16	22,4	0,8	1,1
Insgesamt	3.632	100,0	22.672	100,0	70	100,0	1,0	1,0

Q: OeNB, eigene Berechnungen.

4. Direktinvestitionen in Osteuropa

4.1 Überblick

Österreichs Unternehmen zählten zu den ersten, die nach dem politischen Umbruch im Osten nach 1989 die Marktöffnung zu Direktinvestitionen nutzten. Bereits 1990 erreichten die österreichischen *Neuinvestitionen* in Osteuropa fast 363 Mio. €. Vor allem in den Nachbarländern war Österreich anfangs außerordentlich stark vertreten. Dazu trugen der Informationsvorsprung (bessere Einschätzung des Investitionsrisikos als durch die ausländi-

sche Konkurrenz), aber auch die wirksame Investitionsförderung durch die Versicherung eines Teils des kommerziellen Risikos bei¹⁸⁾.

Die starke Investitionsdynamik des Aufbruchs hielt aber nicht an. Bis 1996 blieb der jährliche Strom an Neuinvestitionen aus Österreich nach Osteuropa auf dem Anfangsniveau von 363 bis 436 Mio. €. Bei den stark wachsenden Gesamtinvestitionen nach Osteuropa hatte dies schmerzhaft Verluste österreichischer Marktanteile zur Folge. Erst 1997 belebten sich die österreichischen Ostinvestitionen wieder: Das Investitionsvolumen hat sich auf 945 Mio. € verdoppelt und blieb bis 1999 (1.035 Mio. €) etwa auf diesem Niveau. Das Jahr 2000 brachte mit Ostinvestitionen in der Höhe von 2.394 Mio. € einen neuerlichen Aufschwung, der sich 2001 fortsetzen dürfte (1. Halbjahr 1.407 Mio. €). Einen wesentlichen Beitrag zu dem Ergebnis im Jahr 2000 leistete die Beteiligung der Erste Bank an der Ceska Sporitelna (545 Mio. €), im Jahr 2001 an der Slovenska Sporitelna (422 Mio. €), doch auch ohne diese Werte waren die österreichischen Investitionen im Osten weitaus höher als in den Vorjahren.

Die wellenförmigen "Zyklen" der österreichischen Ostinvestitionen dürften verschiedene Ursachen haben. Die "Investitionsschwäche" Mitte der neunziger Jahre könnte u. a. auf die unzureichende Finanzkraft österreichischer Unternehmen – im Vergleich zu den multinationalen Konzernen – bei der Privatisierung großer Industrieunternehmen sowie des Telekomsektors in Osteuropa zurückzuführen sein. Der Aufschwung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stützte sich zu einem erheblichen Teil auf Beteiligungen an Kreditunternehmen sowie auch im Handel.

4.2 Ungarn und Tschechien wichtigste Zielländer im Osten

Die wichtigsten Zielländer der österreichischen Direktinvestitionen im Osten sind die traditionellen Handelspartner, insbesondere die Nachbarländer, aber auch Polen und Kroatien. Auf die 10 EU-Beitrittskandidaten (MOEL) entfielen im Jahr 2000 90% aller Ostinvestitionen.

¹⁸⁾ Vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen kann ein Fehlschlag einer Auslandsbeteiligung zu einer existenziellen Bedrohung des Gesamtunternehmens führen, wofür es prominente Beispiele aus der planwirtschaftlichen Ära gibt.

Bis 1996 war *Ungarn* das mit Abstand wichtigste Zielland der österreichischen Direktinvestitionen im Osten. Dazu trugen die günstigen institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie das Angebot an attraktiven Unternehmen bei. Nach dem Auslaufen der Privatisierung schwächte sich der österreichische Kapitalstrom nach Ungarn vorübergehend ab, im Jahr 2000 und 2001 belebte er sich wieder. Heute finden Direktinvestitionen in Ungarn überwiegend in Form von Betriebsneugründungen und -erweiterungen (greenfield investment) statt (Übersicht 26).

Übersicht 26: Direktinvestitionen in den Oststaaten 1999-2001

	Neuinvestitionen			Bestände		Neuinvestitionen			Bestände	
	1999	2000	2001 1. Hj. Mio. €	1999	2000	1999	2000	2001 1. Hj. Anteile in %	1999	2000
Tschechien	224	900	70	1.291	2.191	21,7	37,6	4,9	23,5	27,8
Slowakei	54	179	559	573	752	5,2	7,5	39,7	10,4	9,6
Ungarn	60	437	214	1.673	2.110	5,8	18,2	15,2	30,5	26,8
Polen	175	315	107	558	874	16,9	13,2	7,6	10,2	11,1
Ost-Mitteuropa	513	1.831	950	4.095	5.927	49,6	76,5	67,5	74,7	75,2
Albanien	0	2	1	9	10	0,0	0,1	0,1	0,2	0,1
Bulgarien	20	16	9	113	129	2,0	0,7	0,7	2,1	1,6
Rumänien	36	192	80	174	366	3,5	8,0	5,7	3,2	4,6
Slowenien	161	117	205	560	677	15,5	4,9	14,5	10,2	8,6
Kroatien	131	120	78	383	503	12,7	5,0	5,5	7,0	6,4
Jugoslawien	6	25	32	2	27	0,5	1,1	2,2	0,0	0,3
Südosteuropa	355	473	405	1.240	1.713	34,3	19,7	28,8	22,6	21,7
Russland	164	52	42	92	145	15,8	2,2	3,0	1,7	1,8
Ukraine	0	34	9	23	57	0,0	1,4	0,7	0,4	0,7
Baltische Länder	2	3	2	10	13	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
	0	0	0	0	0					
Oststaaten	1.035	2.394	1.407	5.483	7.877	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Seit 1998 konzentrierte sich das Interesse der österreichischen Investoren auf die *Tschechische Republik*, im Jahr 2000 erreichten die Direktinvestitionen in diesem Land den Rekordwert von 900 Mio. €, was einem Anteil von fast 40% an den Ostinvestitionen entsprach. In Tschechien wird der Großteil des Finanzsektors erst jetzt privatisiert, doch nimmt auch die Zahl der Betriebsneugründungen kräftig zu.

Die Attraktivität der *Slowakei* für ausländische und österreichische Investoren blieb lange Zeit weit hinter jener von Ungarn und Tschechien zurück, obwohl die wirtschaftlichen Erfolge der Slowakei beachtlich waren. Die Ursache war die zurückhaltende Einschätzung der politischen Stabilität des Landes durch westliche Investoren. Nach der Ablösung der Meciar-Regierung konnte die neue Koalition die Wirtschaft weitgehend sanieren. In jüngerer Vergangenheit wurden auch in den EU-Beitrittsverhandlungen beachtliche Fort-

schritte erzielt, sodass dieses Land nicht mehr als ein "Nachzügler" im Erweiterungsprozess gilt. Die politische und wirtschaftliche Konsolidierung trug maßgeblich zum Boom der Auslandsinvestitionen bei. Ein wichtiger Hinweis auf das wachsende Interesse westlicher Investoren an der Slowakei war der Wettbewerb um die Privatisierung der Slowakischen Sparkasse, der Anfang des Jahres 2001 zugunsten der österreichischen Erste Bank entschieden wurde. Österreichische Unternehmen zählten in der Vergangenheit stets zu den größten Investoren in der Slowakei. Im Jahr 2000 wurde mit einem Volumen von 179 Mio. € ein Spitzenwert erreicht, der im 1. Halbjahr 2001 mit 559 Mio. € noch weit übertroffen wurde und der Slowakei den ersten Rang bei Österreichs Auslandsinvestitionen im Osten brachte.

Polen wurde von österreichischen Investoren bis 1996 kaum beachtet, seit 1997 beläuft sich das jährliche Investitionsvolumen auf immerhin 150 bis 300 Mio. €. Im Hinblick auf die Tatsache, dass Polen das mit Abstand wichtigste Zielland für westliche Direktinvestitionen im Osten ist, blieb das Kapitalengagement Österreichs bisher eher enttäuschend.

Beachtlich sind die österreichischen Direktinvestitionen in *Slowenien* und *Kroatien*, die sich 1999 und 2000 auf jeweils etwa 130 Mio. € jährlich beliefen. Österreichische Unternehmen waren unter den ersten, die bereits bald nach dem Ende des Bürgerkrieges den Weg nach Kroatien wagten. Ein bemerkenswert hohes Volumen haben die österreichischen Direktinvestitionen mit 192 Mio. € in Rumänien, obwohl die wirtschaftliche Lage dieses Landes kaum zur Zufriedenheit Anlass gibt und auch Strukturreformen ausbleiben. Nur unbedeutend waren die österreichischen Direktinvestitionen in Bulgarien, in den baltischen Ländern sowie in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Der *Bestand* an österreichischen Direktinvestitionen in den Oststaaten (Gesamtkapital) erreichte Ende 2000 7,9 Mrd. €. Im Jahr 1995 hatten sie nur 2,4 Mrd. € ausgemacht, im Jahr 1990 0,4 Mrd. €. Zwischen 1990 und 2000 sind die Direktinvestitionen im Osten auf das Zwanzigfache gestiegen. Die 10 EU-Beitrittskandidaten waren mit 89% beteiligt.

War bis 1999 Ungarn der wichtigste Standort für österreichische Investitionen im Osten, so ist im Jahr 2000 Tschechien mit einem Anteil von 27,8% an die erste Stelle vor Ungarn (26,8%) gerückt. Polen und die Slowakei sind mit jeweils 10% am österreichischen Auslandskapital im Osten beteiligt. Wichtige Zielländer sind auch Slowenien und Kroatien. Auf

die 10 EU-Beitrittskandidaten (MOL) entfallen 90% des österreichischen Investitionsbestands im Osten. Relativ gering sind mit 145 Mio. € (1,8%) die österreichischen Direktinvestitionen in Russland.

Österreichische Beteiligungen an Unternehmen in den Oststaaten dienen überwiegend der Erschließung und Bearbeitung des lokalen Marktes, in vielen Fällen aber auch einer Auslagerung der Produktion. Eine Befragung der OeNB (1999) über die Motive österreichischer Unternehmen für Direktinvestitionen im Ausland ergab in Bezug auf die Oststaaten den Marktzutritt (Absatzsicherung) als wichtigsten Grund (Anteil über 70%). Arbeitskostensparnisse wurden von 4% bis 6% der Unternehmen als Investitionsmotiv angegeben, Bezugssicherung (Rohstoffe) nur von 2% bis 3%.

4.3 Langfristige Positionsverluste im Osten nur teilweise aufgeholt

Während die gesamten *Neuinvestitionen* im Osten im Jahr 2000 etwa gleich hoch waren wie 1999, hat sich der Kapitalexport aus Österreich in den Osten mehr als verdoppelt. Auch 1999 hat Österreich seine Ostinvestitionen leicht überdurchschnittlich ausgeweitet. Mit diesen Ergebnissen konnte Österreich die seit mehreren Jahren anhaltenden Positionsverluste unterbrechen und seine Stellung als Investor in Osteuropa wieder stärken.

Der Marktanteil Österreichs an den ausländischen Neuinvestitionen im Osten vergrößerte sich von 3,4% 1998 bzw. 4,0% 1999 auf 8,0% im Jahr 2000. Dieser Wert war der höchste seit 1992; damals hatten allerdings – neben Österreichern – nur wenige Unternehmen aus dem Westen das Risiko eines Kapitalengagements im "neuen Osten" gewagt. Österreichs Vorreiterrolle stützte sich zu jener Zeit auf persönliche Beziehungen, einen Informationsvorsprung, aber auch auf maßgeschneiderte Instrumente zur Absicherung des Investitionsrisikos.

Österreich war im Jahr 2000 in Ungarn und Tschechien mit jeweils fast einem Fünftel an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen beteiligt und zählte somit zu den wichtigsten Investoren. In Tschechien stieg der österreichische Marktanteil an den Neuinvestitionen von 3,8% 1999 auf 18,0% 2000, in Ungarn von 3,2% auf 23,7%. In der Slowakei blieb das Ergebnis (8,0%) unter dem Wert des Jahres 1999. In Polen war Österreich nur schwach vertreten. In Ost-Mitteuropa konnte Österreich den Marktanteil von 3,4% Ende 1999 auf 9,7% 2000 ausweiten. Auch in Südosteuropa waren heimische Unternehmen im

Vorjahr unter den wichtigsten Investoren. Beachtlich waren vor allem die Ergebnisse in Rumänien und Kroatien. Im Jahr 2001 hat Österreich nach den bisher verfügbaren Daten seine Stellung als Investor in den Oststaaten weiter ausgebaut.

Übersicht 27: Österreichs Marktanteil an den Direktinvestitionen in den Oststaaten

Anteile Österreichs an den gesamten Direktinvestitionen in den Oststaaten

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Marktanteile in %									
<i>Neuinvestitionen</i>										
Ost-Mitteuropa	18,3	14,2	9,1	8,2	4,4	4,8	8,9	5,9	3,4	9,7
MOEL 10			8,9	7,6	4,4	5,0	7,5	5,1	4,1	9,6
Oststaaten	15,8	12,2	5,9	6,2	3,4	3,5	4,8	3,4	4,0	8,0
<i>Bestände</i>										
Ost-Mitteuropa	29,0	18,3	16,8	16,4	10,4	8,5	7,8	6,3	6,3	7,2
MOEL 10			15,5	14,4	9,7	8,1	7,2	6,0	6,0	6,8
Oststaaten	16,7	16,7	12,9	11,9	7,8	6,2	5,3	4,6	4,3	5,0

Übersicht 28: Österreichs Marktanteil an den Direktinvestitionen in den Oststaaten

Anteile Österreichs an den gesamten Direktinvestitionen in den Oststaaten

	Neuinvestitionen		Bestände	
	1999	2000	1999	2000
	Marktanteile in %			
Tschechische Republik	3,8	18,0	7,4	9,7
Slowakei	15,7	8,0	20,4	18,9
Ungarn	3,2	23,7	8,7	9,9
Polen	2,6	3,2	2,2	2,5
<i>Ost-Mitteuropa</i>	3,4	9,7	6,3	7,2
Bulgarien	2,7	1,5	4,9	3,6
Rumänien	3,7	17,7	3,2	5,2
Slowenien	94,8	59,6	20,9	21,0
Kroatien	9,4	12,1	10,0	9,8
<i>Südosteuropa</i>	10,0	12,7	7,7	8,1
<i>Ehemalige UdSSR</i>	2,2	1,2	0,3	0,4
Baltische Länder	0,2	0,3	0,2	0,2
Russland	5,3	1,8	0,5	0,7
Ukraine	-0,1	5,2	0,7	1,4
Weißrussland	0,0	0,5	0,0	0,0
MOEL 10	4,1	9,6	6,0	6,8
Oststaaten	4,0	8,0	4,3	5,0

In den ersten Jahren nach dem Umbruch zählte Österreich zu den wichtigsten Investoren im Osten. Im Jahr 1992 verfügte Österreich bei den *Direktinvestitionsbeständen* über einen Marktanteil von fast 17%. In den Folgejahren mussten erhebliche Positionsverluste hingenommen werden, der Marktanteil schrumpfte auf nur 4,3% im Jahr 1999. Mit dem Rekordergebnis des Jahres 2000 konnten die Verluste nur zu einem geringen Teil ausge-

glichen werden, der österreichische Marktanteil stieg auf 5,0%. In Ost-Mitteuropa verbesserte Österreich seine Marktstellung von 6,3% auf 7,2%.

Die stärkste Position hält Österreich nach wie vor in den "schwierigen" Oststaaten, die bisher nicht das volle Vertrauen der westlichen Investoren gewonnen haben: In Slowenien erreichte der österreichische Marktanteil an den Investitionsbeständen Ende 2000 21,0%, in der Slowakei 18,9% und in Kroatien 9,8%. Aber auch in Ungarn und Tschechien war Österreich mit einem Marktanteil von 9,9% bzw. 9,7% gut vertreten (Übersichten 27 und 28).

4.4 Ostinvestitionen vor allem in Industrie und Banken

Von den österreichischen Direktinvestitionen in Osteuropa entfielen im Jahr 1999 40% auf die Sachgüterproduktion, vor allem auf die Chemie, Glasindustrie, Nahrungsmittelindustrie und die Bauwirtschaft. Bei den Dienstleistungen (60%) stehen der Finanzsektor (Banken und Versicherungen) mit 27% sowie der Handel mit 19% im Vordergrund.

Nach einer Untersuchung der OeNB erreichte die Bilanzsumme der Tochtergesellschaften der österreichischen Kreditinstitute in Mitteleuropa Ende 2000 27,9 Mrd. \$ (30 Mrd. €). Im Vergleich zu Ende 1999 (14,7 Mrd. \$) hat sich dieser Wert verdoppelt. Die Bilanzsumme der "Ostbanken" entsprach 5% der Bilanzsumme österreichischer Banken. Der Marktanteil der österreichischen Ostbanken in Mitteleuropa Ende 2000 kann auf deutlich über 15% geschätzt werden. Ende 1999 machte er etwa 10% aus. Über eine starke Stellung verfügt Österreich auf dem Finanzmarkt in Tschechien (21%), Ungarn (18%) und der Slowakei (16%), in Polen belief sich der Marktanteil auf 12%, in Slowenien auf 5%. In den österreichischen Ostbanken waren Ende 2000 32.700 Personen beschäftigt. Im Vergleich dazu waren in Österreich im Bankensektor 69.457 Personen beschäftigt. Die österreichischen Ostbanken erreichen überwiegend hohe Erträge und Eigenkapitalrentabilität.

Österreichische Unternehmen mit Direktinvestitionen beschäftigten 1999 insgesamt 199.200 Arbeitnehmer im Ausland. Die Zahl der von Österreich abhängigen Arbeitsplätze im Ausland nahm in den neunziger Jahren zu, 1990 hatte sie nur 47.800, 1996 135.400 betragen.

Zu dieser Internationalisierung trug maßgeblich die Expansion in Osteuropa bei: Die Zahl der Beschäftigten von österreichischen Tochterunternehmen im Osten stieg von 10.800 1990 auf 85.400 1996 und 128.100 im Jahr 1999, der Anteil der Oststaaten an den gesamten Auslandsbeschäftigten vergrößerte sich von 25% 1990 auf 63% 1996 bzw. 64% 1999. Hiezu kommen Beschäftigte in den "Enkelunternehmen", die sich 1999 auf insgesamt 46.700, in den Oststaaten auf etwa 18.700 beliefen. Insgesamt waren somit 146.800 Personen in österreichischen Unternehmen im Osten beschäftigt.

Die Beschäftigung der österreichischen Ost-Direktinvestoren im Inland nahm kontinuierlich von 70.800 1990 auf 190.400 1996 zu. Diese Entwicklung kann als ein Hinweis auf positive Beschäftigungseffekte der Investitionen in Osteuropa gesehen werden.

4.5 Österreichische Osteuropazentralen

Ein bedeutender Teil der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland wird von österreichischen Unternehmen durchgeführt, die zum Teil bzw. ganz in ausländischem Besitz stehen. Diese Tochtergesellschaften multinationaler Unternehmen erfüllen oft die Funktion von Auslandszentralen ("regionale Headquarter"), jene mit Direktinvestitionen in den Oststaaten werden als "Osteuropazentralen" bezeichnet.

Von den im Jahr 1999 insgesamt 902 österreichischen Unternehmen mit Direktinvestitionen im Ausland standen 194 unter Auslandseinfluss. Diese vom Ausland beherrschten Mütter hatten 489 Töchter im Ausland; bei etwa einem Viertel der insgesamt 2.095 österreichischen Auslandstöchter handelte es sich somit um "Enkel" von Unternehmen aus Drittstaaten. Am Nominalkapital dieser österreichischen Auslandstöchter von insgesamt 4,3 Mrd. € war Österreich mit 77% (3,3 Mrd. €) beteiligt (Übersicht 29).

Die österreichischen "Auslandszentralen" (österreichische Unternehmen mit Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Beteiligungen) hatten ein Nominalkapital von insgesamt 3,7 Mrd. €. An diesem waren Österreicher mit etwa einem Drittel (1,2 Mrd. €), Ausländer mit zwei Dritteln beteiligt.

Übersicht 29: Österreichs Direktinvestitionen im Ausland 1999

Auslandszentralen (Regional Headquarters)

	In Österreich			Im Ausland					Davon im Osten	
	Österr. Multis ¹⁾	davon Auslandszentralen ²⁾	Struktur In %	Österr. Töchter	Töchter v. Multis	Österr. Töchter Struktur In %	Töchter v. Multis	Anteil in %	Österr. Töchter	%
	1	2	2	4	5	4	5	5/4	7	7/4
Unternehmen	902	194		2.095	489			23	1.056	50,4
Beschäftigte										
Gewichtet				199,2	64,3			32,3	128,1	64,3
Ungewichtet	258,3	79,7		271,1	81,4			30,0	173,4	64,0
Nominalkapital										
In österr. Besitz		1.167	31,3	9.261	3.317	79,7	77,2	35,8	3.314	35,8
In ausländ. Besitz	2.563	2.563	68,7	2.357	979	20,3	22,8	41,5	986	41,8
Insgesamt		3.731	100,0	11.618	4.296	100,0	100,0	37,0	4.300	37,0
Gesamtkapital										
Österreich				19.039					5.483	28,8

Q: OeNB, Statistisches Monatsheft, 6/2001, Beilage, Tab 6.1, 11.1, 25. – ¹⁾ Österreichische Unternehmen mit Kapitalbeteiligungen an Unternehmen im Ausland. – ²⁾ Österreichische Unternehmen mit Kapitalbeteiligung aus dem Ausland (überwiegend mit mehrheitl. Auslandskapital).

Die insgesamt 1.056 österreichischen Töchtern im Osten hatten der OeNB-Statistik zufolge ein Nominalkapital von 4,3 Mrd. €, von dem sich 3,3 Mrd. € in österreichischem Besitz befanden.

Der Anteil der Osteuropazentralen an den gesamten österreichischen Direktinvestitionen im Osten (Nominalkapital) betrug Anfang der neunziger Jahre etwa 40%, ging aber bis 1995 auf 26% zurück (aktuelle Daten sind nicht verfügbar). Die Investitionsschwäche Österreichs im Osten Mitte der neunziger Jahre war zum Teil darauf zurückzuführen, dass westliche multinationale Unternehmen die Mittlerfunktionen ihrer Niederlassungen in Österreich für Kapitalbeteiligungen in Osteuropa einschränkten. Die transnationalen Gesellschaften engagieren sich jetzt überwiegend direkt in Osteuropa: zum Teil weil viele Hindernisse (z. B. die unzureichende Infrastruktur im Osten) beseitigt wurden, zum Teil aber auch weil Österreich als ein "gateway" in die Oststaaten an Attraktivität verloren hat.

5. Ausblick: Bedeutung der EU-Osterweiterung für österreichische Direktinvestitionen

Die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit Osteuropa stützt sich seit dem Umbruch 1989 nicht nur auf den Warenhandel, sondern zunehmend auch auf Beteiligungen am Kapital osteuropäischer Unternehmen. Heute stellt der Osten – nach der EU – die zweitwichtigste Zielregion für österreichische Direktinvestitionen im Ausland dar. Zugleich zählen österreichische Unternehmen zu den wichtigsten Auslandsinvestoren im Osten.

Die bevorstehende Aufnahme der Beitrittswerber aus Osteuropa in die EU wird die wirtschaftliche Integration weiter vertiefen und den Zustrom von Auslandskapital aus West nach Ost verstärken. Die Integration wirtschaftlich hochentwickelter Industriestaaten mit weniger fortgeschrittenen Ländern löst Faktorwanderungen (Kapital und Arbeit) aus. Diese Feststellung ist nicht nur theoretisch begründet, sie wird auch durch die Erfahrungen aus der Süderweiterung der EU bestätigt.

Der Beitritt zur EU wird in den neuen Mitgliedsländern kräftige Wachstumsimpulse auslösen und damit die Attraktivität Osteuropas als Investitionsstandort erhöhen. Mit der Aufnahme in die EU werden überdies die neuen Mitglieder zur Übernahme des umfassenden Rechtsbestandes der Union verpflichtet, wodurch das Investitionsrisiko merklich verringert wird. Zugleich werden die noch bestehenden Handelshindernisse (z. B. Grenzkontrollen) zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedern beseitigt, was die Handelskosten reduzieren und die grenzüberschreitende Arbeitsteilung innerhalb eines Unternehmensverbundes erleichtern wird.

Nach der Aufnahme in die EU wird das Interesse westlicher Investoren an erfolgsversprechenden Direktinvestitionen in Osteuropa zunehmen. Österreich bringt alle Voraussetzungen, um in diesem Wettbewerb mit Erfolg bestehen zu können.

Das Jahr 2000 brachte Österreich in den Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa eines der besten Ergebnisse seit dem politischen Umbruch in der Region. Die Ostexporte erreichten mit +20% den zweithöchsten Zuwachs der vergangenen Dekade, die Direktinvestitionen hatten sich mehr als verdoppelt. Der Aufschwung im Jahr 2000 spiegelt vor allem die günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wider (Ende der Finanzkrisen, höheres Wachstum), aber auch einige Sonderfaktoren (Bankenprivatisierung). Im Jahr 2001 flachte

die Expansion infolge der weltweit schwachen Konjunktur ab, doch wurden weiterhin die Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa überdurchschnittlich ausgeweitet. Die für die zweite Hälfte 2002 sowie für 2003 erwartete Konjunkturerholung wird auch den Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa kräftige Impulse verleihen.

ZUSAMMENFASSUNG

WILFRIED PUWEIN UND JAN STANKOVSKY

Die EU verhandelt mit den zehn mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien sowie mit Zypern und Malta über deren Beitritt zur EU. Die nunmehr anstehende fünfte Erweiterung der EU gestaltet sich wesentlich schwieriger als die bisherigen Runden. Es geht dabei um die Integration von Ländern mit zusammen über 100 Mio. Menschen. Die MOEL waren über ein halbes Jahrhundert hinweg von Westeuropa durch den Eisernen Vorhang getrennt.

Die EU-Erweiterung ist eine Investition in die Zukunft Europas. Von dieser Investition werden Frieden, Freiheit, Stabilität und Sicherheit erwartet. Sie beschleunigt aber auch das wirtschaftliche Wachstum in der gesamten EU, indem sie eine freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte im vergrößerten Binnenmarkt ermöglicht.

Für die österreichische Wirtschaft bedeutet die Erweiterung eine besondere Herausforderung. Die gemeinsame Grenze mit den MOEL bildet fast die Hälfte der österreichischen Staatsgrenze. Österreich und die MOEL Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien sowie Teile Polens und Rumäniens waren bis 1918 in der Österreich-ungarischen Doppelmonarchie vereint. Diese Monarchie repräsentierte ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet. Auch nach 1918 hielten die intensiven Handelsbeziehungen Österreichs mit den Nachfolgestaaten an. Sie wurden mit der Errichtung des Eisernen Vorhanges 1948 je unterbrochen.

Mit der Ostöffnung 1989 setzte wieder eine kräftige Handelsexpansion ein, wovon Österreich besonders profitierte. Der Überschuss im Handel mit Osteuropa (ohne frühere UdSSR) stieg von 0,3 Mrd. € im Jahr 1989 auf 2,6 Mrd. € im Jahr 2000. Österreichs Wirtschaft investierte in den MOEL kräftig und nutzte damit die Möglichkeit, durch die Kombination von westlicher Produktionstechnologie mit niedrigen Lohnkosten Qualitätsprodukte auch auf dem europäischen Markt wettbewerbsfähig anzubieten. Kumuliert von 1989 bis 1997 trug die Ostöffnung 3,3% zum Anstieg des realen BIP in Österreich bei (das waren jährlich durchschnittlich $\frac{1}{3}$ Prozentpunkte mehr Wirtschaftswachstum).

Der Beitritt der MOEL löst über die reinen Handelsvorteile hinaus eine Reihe anderer Integrationseffekte aus. Die Modellschätzungen für eine Erweiterung im Jahr 2005 ergaben, dass die gesamten Integrationseffekte den Anstieg des realen BIP in den MOEL im laufenden Jahrzehnt um über 1% pro Jahr beschleunigen. In den alten Mitgliedstaaten wird die Wirtschaft jährlich um durchschnittlich 0,13% rascher wachsen, wobei die Wachstumsimpulse für Österreich, als ein Land mit engen Handelsbeziehungen zu den MOEL, fast 0,2% erreichen werden.

Neben diesem Wachstumsimpuls bringt die EU-Erweiterung für Österreich eine leichte Verbesserung der Leistungsbilanz, eine gedämpfte Preisentwicklung und damit eine gestärkte Kaufkraft sowie eine geringe Verbesserung des Staatshaushaltes. Die zu erwartende Migration wird allerdings zunächst auch einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit auslösen. Der stärkere Wachstumsimpuls, den die Erweiterung in den MOEL bewirkt, führt jedoch zur Konvergenz des BIP pro Kopf und verringert somit mittel- bis langfristig das Migrationspotential. In den Grenzregionen Österreichs ist mit einer Zunahme der Pendlerströme zu rechnen.

Grundsätzlich erweitert die Zuwanderung von Arbeitskräften die Ressourcenbasis einer Volkswirtschaft und führt zu einem Wachstums- und auch Wohlfahrtsgewinn. Allerdings kommen diese Vorteile nicht allen Gruppen im gleichen Maße zugute. Generell profitieren hochqualifizierte Arbeitskräfte von der Zuwanderung niedriger qualifizierter Arbeitskräfte. Wenig ausgebildete Arbeitskräfte kommen hingegen durch die Zuwanderung unter zunehmenden Konkurrenzdruck, der langsames Lohnwachstum und höheres Arbeitslosigkeitsrisiko bewirkt.

In den Regionen an der EU-Außengrenze werden die Folgen eines Eintritts der MOEL in den gemeinsamen Markt besonders stark zu spüren sein. Vorteile im neuen Wettbewerbsumfeld ergeben sich für technologieintensive oder marktintensive Branchen, die Mitarbeiter mit hoher Qualifikation einsetzen und auf Märkten mit starkem Qualitätswettbewerb agieren. Nachteile aus verstärkter Konkurrenzierung durch MOEL-Unternehmen sind dagegen in Branchen zu erwarten, die arbeitsintensiv und mit niedrigem Humankapitaleinsatz produzieren.

Die EU-Erweiterung begünstigt humankapitalintensive Regionen. Besondere Vorteile zeigen sich für Wien und die meisten anderen Großstädte sowie deren Umland. Sachkapital-

intensive Regionen dürften von der EU-Erweiterung nur eingeschränkt profitieren. Die ländlichen Gebiete in Österreich sind stärker mit Branchen besetzt, die durch die Ostintegration benachteiligt sein werden.

Österreich ist aufgrund seiner geographischen Lage ein wichtiges Quell-, Ziel- und Transitland für den Personen- und Güterverkehr der MOEL. Die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Straßengüterverkehrs im Zuge der Integration wird insbesondere den Lkw-Transitverkehr verstärken. Die EU-Erweiterung eröffnet der heimischen Transportwirtschaft neue Wachstumschancen. Die Intensivierung der Ost-West- und Nord-Süd-Handelsströme vermehrt den Warenumschlag insbesondere in den Knotenpunkten Wien und Linz. Damit steigt die Nachfrage nach Logistikleistungen. Auch das heimische Fuhrgewerbe, die Bahn und Donauschifffahrt könnten von ihrem Standort im Schnittpunkt stark wachsender Verkehrsströme profitieren.

Österreichische Direktinvestitionen im Ausland stellen eine wichtige Ergänzung zum Export dar, sie müssen auch als wichtiger Bestandteil der Wachstumsstrategie von Unternehmen verstanden werden. Direktinvestitionen in den *Oststaaten* dienen überwiegend der Erschließung und Bearbeitung des lokalen Marktes, in einigen Fällen auch einer Auslagerung der Produktion. Die Übertragung der Fertigung an das Tochterunternehmen in Osteuropa ist keineswegs einem "Export der Arbeitsplätze" gleichzusetzen. Das österreichische Unternehmen sichert sich in der Regel erhebliche Zulieferungen an das Beteiligungsunternehmen im Ausland. Durch die Auslagerung lohnkostenintensiver Produktionsteile von Österreich nach Osteuropa kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtproduktes verbessert werden, womit auch in Österreich Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden.

Im Vergleich zu anderen Industriestaaten besteht in Österreich ein erhebliches Internationalisierungsdefizit bei aktiven Direktinvestitionen. Seit dem Ende der achtziger Jahre ist in diesem Bereich ein eindrucksvoller Aufholprozess erkennbar: Österreichs Direktinvestitionen im Ausland sind viel schneller angestiegen als das BIP, die Exporte oder die passiven Direktinvestitionen. Dieser Aufschwung ist vor allem auf die Wahrnehmung von Chancen in Osteuropa zurückzuführen.

Die österreichischen Direktinvestitionen im Osten erreichten Ende 2000 den Wert von 7,9 Mrd. €, was einem Anteil von 35% am gesamten Investitionsbestand im Ausland ent-

sprach. Der Osten wurde nach der EU zur zweitwichtigsten Zielregion bei den Direktinvestitionen. Bei den Neuinvestitionen stand Osteuropa 1999 und 2000 mit Werten von 1 Mrd. € bzw. 2,4 Mrd. € sogar an erster Stelle.

Die bevorstehende Osterweiterung der EU erhöhte die Attraktivität der Beitrittskandidaten als Investitionsstandort. Mit den guten Ergebnissen der letzten Jahre verstärkte die österreichische Wirtschaft ihre Position in Osteuropa und schuf günstige Voraussetzungen für einen weiteren Ausbau. Die Intensivierung der Wirtschaftsverflechtung zeigt, dass die aktuellen Probleme in den politischen Beziehungen zwischen Österreich und einigen Oststaaten (Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitskräfte nach dem EU-Beitritt, Energiepolitik) bisher keinen Einfluss auf Entscheidungen der Unternehmen hatten.

Literaturhinweise

- Baldwin, R. E., Venables, A. J., "Regional Economic Integration", in Grossman, G., Rogoff, K. (Hrsg.), *Handbook of International Economics*, Vol. III, Elsevier Science B.V., Amsterdam 1995, S. 1597-1644.
- Baldwin, R. E., Francois, J. F., Portes, R., "The costs and benefits of eastern enlargement: the impact on the EU and central Europe", *Economic Policy*, 24. April 1997, S. 127-176.
- Bauer, T., *Do Immigrants Reduce Natives' Wages? Evidence from Germany*, Münchner Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Ludwig-Maximilians-Universität München, April 1997, (97-05).
- Borjas, G. J., "The Economic Benefits from Immigration", *The Journal of Economic Perspectives*, Spring 1995, 9(2), S. 3-22.
- Breuss, F., Tesche, J., "A General Equilibrium Evaluation of Trade and Industrial Policy Changes in Austria and Hungary", *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1994, 130(3), S. 534-552.
- Breuss, F., Schebeck, F., "Ostöffnung und Osterweiterung der EU: Eine Neubewertung der ökonomischen Auswirkungen auf Österreich nach der Agenda 2000", in: Palme, G., Schremmer, Ch. (Koordination), *Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL*, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC, Juli 1998A, S. 23-42.
- Breuss, F., Schebeck, F., "Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung für Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 1998B, 71(11), S. 741-750.
- Breuss, F., "Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs", *WIFO-Monatsberichte*, 1999, 72(8), S. 551-575.
- Breuss, F., "The Role of Time in EU Enlargement", in Arndt, S., Handler, H. (Hrsg.), *Eastern Enlargement: The Sooner, the Better?*, European Academy of Excellence, Austrian Ministry for Economic Affairs and Labour, Wien, Juli 2000, S. 118-132.
- Breuss, F., "Teilprojekt 12: Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder", in: Mayerhofer, P., Palme, G., *Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung (Preparity, Teilprojekt 12)*, April 2001.
- Brown, D., Deardorff, A., Djankov, S., Stern, R., "An economic assessment of the integration of Czechoslovakia, Hungary, and Poland into the European Union", in Black, St. W. (Hrsg.), *Europe's Economic Looks East. Implications for Germany and the European Union*, Cambridge University Press: Cambridge, U.K., 1997, S. 23-60.
- Brücker, H., Boeri, T., *The Impact of Eastern Enlargement on Employment und Wages in the EU Member States*, European Integration Consortium, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW, 2000.
- Butschek, F., "Der Zerfall Österreich-Ungarns – ein Lehrstück für die GUS?", *WIFO-Monatsberichte*, 1993, 66(4), S. 231-237.
- Butschek, F., "Eine Wiederkehr Mitteleuropas? Zur wirtschaftlichen Verflechtung der Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert am Beispiel Österreichs", in Henning, F.-

- W. (Hrsg.), Die Regionen des ehemaligen Habsburgerreiches und ihre heutigen Wirtschaftsbeziehungen, Frankfurt a. M., Berlin, Rom, New York, Wien, 1998, S. 127-145.
- Hahn, F., Palme, G., Pfaffermayr, M., Die Bedeutung und Funktion von multinationalen Unternehmenszentralen für den Wirtschaftsstandort Österreich, WIFO-Studie im Auftrag der Bundesarbeitskammer, 1999.
- Hoffmann, A. N., "The Gains from Partial Completion of the Single Market", Weltwirtschaftliches Archiv (Review of World Economics), 2000, 136(4), S. 601-630.
- Huber, P., "Regionale Arbeitsmarktwirkungen der Ostintegration", in: Thesenpapiere, Ready to Enlarge, 8. November 2001.
- Kohler, W., "Wer gewinnt, wer verliert durch die Osterweiterung der EU?", in Hoffmann, L. (Hrsg.), Jahrestagung 1999: Erweiterung der EU, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 274, zugleich Beiheft 9: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Duncker & Humblot, Berlin, 2000, S. 27-77.
- Mayerhofer, P., Palme, G., "Teilprojekt 15: Wirtschaftspolitische Empfehlungen auf Basis der Analyseergebnisse", in: Mayerhofer, P., Palme, G., Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung (Preparity, Teilprojekt 15), Oktober 2001A.
- Mayerhofer, P., Palme, G., "Teilprojekt 8: Aspekte der regionalen Wettbewerbsfähigkeit", in: Mayerhofer, P., Palme, G., Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung (Preparity, Teilprojekt 8), Oktober 2001B.
- Mayerhofer, P., Palme, G., "Teilprojekt 6/1: Sachgüterproduktion und Dienstleistungen: Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen", WIFO-Studie im Rahmen des EU-Forschungsprogrammes PREPARITY, Wien, 2001C.
- Neck, R., Haber, G., McKibbin, W. J., Macroeconomic Impacts of an EU Membership of Central and Eastern European Economies, Forschungsbericht Nr. 9917, Ludwig Boltzmann Institut zur Analyse wirtschaftspolitischer Aktivitäten, Wien, Oktober 1999.
- OEF, The Oxford World Macroeconomic Model – An Overview, Oxford Economic Forecasting, Oxford, März 2000.
- Pfaffermayr, M., Ownership Advantages, Foreign Production and Productivity – Evidence from Austrian Manufacturing, The Review of Industrial Organisation, 1999, 15(4).
- Puwein, W., "Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Verkehr in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(8), S. 513-525.
- Stankovsky, J. (1996A), "Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen in Osteuropa", WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(2), S. 123-137.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., "Die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf den österreichischen Arbeitsmarkt 1988 bis 1991", in Holzmann, R., Neck, R. (Hrsg.), Ostöffnung: Wirtschaftliche Folgen für Österreich, Manz, Wien, 1996, S. 55-104.

© 2002 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: € 35,00 • Download: € 28,00

http://titan.wsr.ac.at/wifosites/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23169